

Nr. 7 '88

Juli

Postver-
triebsstück

G 7426 E

Erscheint
monatlich

19. Jahrgang

Jahresabo

33,- DM

Einzelpreis

3,- DM



AIB

DRITTE

WELT

ZEITSCHRIFT

Südafrika: Sanktionen wirken

„Abgestufte Abschreckung“

Reportage aus dem Gaza-Streifen

Nach dem Moskauer Gipfel

Endzeit für regionale Konflikte?



Inhalt

Kommentar „Heißer Terror-Herbst in Berlin“?	2
Mandela wird 70	4
Weltpolitik Nach dem Moskauer Gipfel: Endzeit der Konfrontation und Regionalkonflikte? Erklärungen auf dem Moskauer Gipfel Was ist neu an der US-Langzeitstrategie „Abgestufte Abschreckung“?	5 7 10
DOKUMENTATION: Bericht der US-Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie	13
Angola Eine Verhandlungslösung scheint greifbar nahegerückt	17
Kamputschea Bewegung in der Kamputschea-Frage	21
Nicaragua Die Contra läßt Verhandlungen platzen	24
Mosambik Die Strategie des Terrors Bericht des US-Außenministeriums über den RNM	25 26
Südafrika Stand und Wirkungen von Sanktionen Südafrika-Kongreß der IG Metall Appell südafrikanischer Kirchenführer an Bonn und die EG Bilanz des Bankenaktionstages '88 Rede Norman Paechs vor der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank zu deren illegalen Namibia-Geschäften Z. B. Bankenaktionstag in Aachen	29 31 34 35 36 37
Südostasien – EG EG-ASEAN: Die Wirtschaftsoffensive ist ins Stocken geraten	41
Verschuldungskrise Selbstdarstellung der IWF/Weltbank-Kampagne	44
Rezension Energieverschwendung und Alternativen	46
Kultur Mexikos großer Wandmaler Diego Rivera	47
Infos zur Solidarität Medien, Ausländerpolitik, Südafrika-BRD, Namibia-BRD, Friedensbewegung, Ökologie-Initiativen	48
Kurzinformationen Ökologie, Paraguay, Ecuador, Guatemala, Algerien-Marokko, Sudan, Sri Lanka, Neukaledonien	49



Südafrika

S. 29

Einmal mehr signalisierte das Londoner Mandela-Konzert, zu welchem großem internationalem Faktor sich die Bewegung gegen Apartheid inzwischen gemausert hat. Neue Kräfte sorgen für eine Verstärkung des Drucks, mit dem die Westmächte zur völligen Aufkündigung der Zusammenarbeit mit Pretoria gezwungen werden sollen.

Wir berichten über die jüngsten Taten der BRD-Sanktionskampagne. Und wir bilanzieren den Zwischenstand der internationalen Sanktionsschritte.



Regionalkonflikte

S. 55

Neben globalen Abrüstungsfragen standen auf dem Moskauer Gipfel Gorbatschow-Reagan auch die Lösung von Regionalkonflikten mit auf dem Programm. Nach dem Friedensprozeß in Mittelamerika wurde nun mit dem Genfer Afghanistan-Abkommen ein Präzedenzfall geschaffen. Auch in Angola und Kamputschea ging es voran.

Ist damit die Endzeit der globalen Konfrontation und regionalen Kriege in der Dritten Welt angebrochen?



Palästina

S. 36

Auch die vierte Nahostmission von US-Außenminister Shultz Anfang Juni d.J. verlief ergebnislos. Die PalästinenserInnen der besetzten Gebiete unterstrichen mit Protestaktionen ihren ungebrochenen Widerstandswillen.

Unsere Korrespondentin Leila Burhani schildert nach einem Aufenthalt in Gaza, wie stark dort der Aufstand inzwischen den Alltag der Menschen bestimmt.

Impressum

DRITTE WELT-Zeitschrift, Gegr. 1970 als AIB. Erscheint monatlich.

Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Asia Ebtahaj, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Andreas Krajczek, Julia Kühnert, Ulrich Rupp, Petra Sittig.

Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Doris Knabe, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Aleks Amdt, Frank Braßel, Stefan Flaig, Iain Galbraith, Ingrid Rein, Norbert Vollmecke, Gregor Witt.

Redaktionsschluß: 11. Juni 1988

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes.

DRITTE-WELT-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 02 21 / 1 60 01 27.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 37010050), Stadtsparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198).

Anzeigen: Wechselwirkung, atom, Pahl-Rugenstein Verlag, Trialog, Sahara-Info, Dritte Welt Laden Ravensburg

Titel: Gestaltung von Udo Tammel

Fotonachweis: issa, Newsweek, Der Spiegel, Defence Update, Gert Krützfeld, New Outlook, USN&WR, Time, Ernst Volland, Hartmut Schröter, MPLA, South, FEER, El Pais, Granma, Afrika Buletinen, APN, AIB-Archiv.

„Heißer Terror-Herbst in Berlin“?

Nico Biver

Manche der rund 500 TeilnehmerInnen des 12. Bundeskongresses entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO) dürften sich gewundert haben, welche Aufmerksamkeit die Staatsorgane diesem größten Zusammenschluß von Dritte-Welt-Initiativen neuerdings zukommen lassen.

Der Frankfurter Oberbürgermeister Brück hatte vergeblich versucht, den BUKO, der unter dem Motto „Gegen die Macht des Geldes – Wege aus der Verschuldung und Elend“ vom 2.-5. Juni d.J. im Bankenzentrum tagte, durch ein Raumverbot zu verhindern. Daß es sich hierbei nicht um eher zufällige Schikanen handelt, machen bereits die vorausgegangenen Diffamierungsversuche gegen den BUKO und die von ihm initiierte IWF/Weltbank-Kampagne '88 deutlich.

Bereits am 24. November 1987 hatte BMZ-Minister Klein im Bundestag den BUKO als eine „von Kommunisten und anderen Linksextremisten beeinflusste Organisation“ bezeichnet, die sich auf „eine breite Kampagne zur Störung bis zur Verhinderung der nächstjährigen Tagung von Weltbank und IWF in Berlin“ vorbereite.

Bei der Bewilligung von 400.000 DM für das Nationale Organisationskomitee (NOK) der vom Europarat initiierten Nord-Süd-Kampagne ging das NOK-Mitglied BUKO leer aus. Daraufhin verzichteten die anderen NOK-Organisationen, darunter Kirchen, DGB und kommunale Spitzenverbände aus Protest gegen diese „Zensur“ auf die von ihnen beantragten BMZ-Mittel.

Mit der IWF/Weltbank-Kampagne wurde bei Bundesregierung und Banken offenbar der Nerv getroffen. Beunruhigend für sie dürfte nicht nur sein, daß die Kampagne parallel zur IWF/Weltbank-Tagung Ende September d.J. in Berlin vor der versammelten internationalen Presse einen Gegenkongreß (siehe Aufruf in diesem Heft), ein Tribunal und eine Großdemonstration plant. Kopfzerbrechen bereitet es den Regierenden in Bonn auch, daß neben den in der Kampagne zusammengeschlossenen Organisationen von Jusos über Dritte-Welt- und Umweltschutzgruppen, BUKO und ASK bis hin zu Grünen und KommunistInnen, auch andere gesellschaftliche Organisationen sich des Verschuldungsthemas annehmen.



Die Nord-Süd-Kampagne hat die Verschuldung zu einem Hauptthema gemacht. Die beiden Kirchen haben sich kritisch zur bisherigen Praxis geäußert. Sowohl christliche Gruppen als auch der Bund für Umwelt und Naturschutz und der Deutsche Naturschutzring planen eigene Kongresse zum Thema.

Nicht der BUKO, sondern das BMZ hat sich isoliert, wie die Solidarität, die dem BUKO bei der Mittelverweigerung und bei dem versuchten Raumverbot zuteil wurde, beweist. Diese Erkenntnis, durch eine breite Bündnispolitik politikfähig geworden zu sein, hat sich auch bei den BUKO-TeilnehmerInnen durchgesetzt. Sie lehnten einen Antrag ab, aus der Europaratskampagne wegen deren teils unkritischen Positionen zu IWF und Weltbank auszusteigen, und sich damit in eine selbstgewählte Isolation zu begeben.

In Bonn ist die Sorge groß, daß durch die Kampagne nicht nur die eigene Mitschuld und die des IWF an der Verelendung der Dritten Welt ins rechte Licht gerückt wird, sondern der Propagandaeffekt für Westberlin durch „die bedeutendste internationale Konferenz, die in Berlin seit 1945 stattgefunden hat“ (Finanzminister Stoltenberg), verpufft. Grund genug, die eigenen Wohltaten für die Dritte Welt herauszustellen: Weltbank-Präsident Barber Conable wurde auf Good-Will-Tour geschickt. Die BundesbürgerInnen werden mit 1,25 Mio Faltblättern über „die konstruktive Rolle“ der beiden Finanzinstitutionen versorgt. Und öffentlichkeitswirksam werden kleine Schuldenbeträge der ärmsten Länder gestrichen.

Gegenüber den KritikerInnen verfährt Bonn nach der alten „Zuckerbrot und

Peitsche“-Methode. Während BMZ, Weltbank und selbst die US-Botschaft dem BUKO Gespräche anbieten, wird die TU Berlin unter Druck gesetzt, keine Räume für den Gegenkongreß zu bewilligen.

Gleichzeitig wird durch Presseverlautbarungen von BKA und Verfassungsschutz über angeblich geplante Anschläge von der Kritik abgelenkt und soll eine bürgerkriegsähnliche Situation geschaffen werden. Durch ein geplantes Großaufgebot an Polizei und die bereits durch den Westberliner Innensenator Kewenig erwogene zweite Abriegelung Kreuzbergs soll die Kampagner kriminalisiert werden.

Zwar ist es bisher selten einer Kampagne zum Thema Dritte Welt gelungen, wie jetzt selbst in großbürgerlichen Zeitungen Beachtung zu finden. Doch beherrschen nicht die Darstellung der Kritik, sondern Schlagzeilen wie „Heißer Terror-Herbst in Berlin“ die Berichterstattung.

Dabei wird die 1987 vom BUKO beschlossene Formulierung, man plane Aktionen von der „Mahnwache bis zur Verhinderung“ wird in Bonn begierig aufgegriffen. Und dies, obwohl niemand ernsthaft an eine Verhinderung denkt und die umstrittene Formulierung in der Kampagne keine Mehrheit fand (siehe Selbstdarstellung in diesem Heft).

Selbstkritisch muß angemerkt werden, daß es bisher nur unzureichend gelungen ist, die Kritik an der Verschuldungspolitik verständlich und öffentlichkeitswirksam zu formulieren. Gegen den Irrglauben in weiten Kreisen der Bevölkerung, eine Schuldenstreichung würde auf Kosten der Menschen in den Metropolen gehen (in Wirklichkeit könnte sie zur Belebung der Exporte und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen), konnte nicht ausreichend angegangen werden, weil er selbst in der Kampagne noch weit verbreitet ist.

Die Notwendigkeit hier voranzukommen, um vor allem auch in den Gewerkschaften ein größeres Engagement zu erreichen, ist durch die intensiven Diskussionen auf dem BUKO deutlicher geworden. Wenn dies gelingt, wird die Bundesregierung es schwer haben, mit ihren Kriminalisierungsversuchen und ihrer Gegenpropaganda durchzukommen.

70. Geburtstag Mandelas am 18. 7. 1988

Freiheit für Nelson Mandela!

Nelson Mandela, Führer der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC), ist zum weltweit anerkannten Symbol für ein freies, demokratisches Südafrika geworden. Nelson Mandela wird am 18. Juli 1988 70 Jahre alt. Mehr als 24 Jahre seines Lebens verbrachte er hinter Gefängnisgittern, weil er kompromißlos für die Freiheit seines Volkes eintritt. Nelson Mandela verkörpert die Sehnsucht aller friedliebenden Menschen der Welt nach Befreiung von Rassendiskriminierung und Unterdrückung.

Das Apartheidregime in Südafrika ist ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ (UNO 1973). Es ist eine Bedrohung des Weltfriedens. Alle Menschen sind aufgerufen, sich für die Abschaffung von Apartheid einzusetzen.

Aufgrund der Verbrechen des deutschen Faschismus kommt uns dabei eine besondere Verantwortung zu. Dementgegen steht die bittere Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland zu den stärksten Stützen des Apartheidsystems zählt. Das dürfen wir nicht länger zulassen!

Mit der Forderung nach Freilassung von Nelson Mandela und allen politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia schließen wir uns den Stimmen Millionen unterdrückter Südafrikaner und Namibianer an, den Stimmen von Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen in der ganzen Welt.

Nelson Rolihlahla Mandela wurde am 18.7.1918 in Umtata in der Transkei als Sohn eines Häuptlings geboren. Er studierte Jura und gründete 1952 zusammen mit Oliver Tambo, dem heutigen Präsidenten des ANC, in Johannesburg eine Anwaltspraxis.

Im Jahre 1944 wurde Mandela Mitglied im ANC. Im gleichen Jahr wurde die Jugendliga des ANC gegründet, in der Mandela und Tambo maßgeblich mitarbeiteten. 1952 wurde Mandela zum Präsidenten des ANC in der Provinz Transvaal und zum landesweiten stellvertretenden Präsidenten des ANC gewählt. Er organisierte die „Kampagne zur Nichtbeachtung der Apartheidgesetze“ Anfang der 50er Jahre und nahm am Volkskongreß in Kliptown teil, auf dem die Freiheitscharta (1955; d. Red.) von Organisationen aller Bevölkerungsgruppen verabschiedet wurde.

Von der Anklage des Hochverrats wurde Mandela zusammen mit 156 führenden Teilneh-

mern des Volkskongresses 1960 freigesprochen. 1958 hatte Mandela Winnie Nomzamo Madikizela geheiratet. Sie haben zusammen zwei Töchter, Nomsa und Zinzi Mandela. Nach der Bannung des ANC 1960 ging Mandela in den Untergrund. Unter entscheidender Mitwirkung Mandelas wurde am 16.12.1961 der Militärflügel des ANC, Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), gegründet.

Die ANC-Führung wurde 1962 in Rivonia verhaftet und 1964 zu lebenslanger Haft verurteilt. Mandelas berühmte Verteidigungsrede endet mit den Worten: „Ich habe gegen die Vorherrschaft der Weißen und ich habe gegen die Vorherrschaft der Schwarzen gekämpft. Eine demokratische freie Gesellschaft, in der alle friedlich leben können, hat mir stets als Ideal vorgeschwebt. Es ist ein Ideal, für das ich leben und das ich verwirklichen möchte, aber wenn es sein muß, bin ich bereit, für dieses Ideal zu sterben.“

Die Freiheitscharta, Programm des ANC

Zur Freiheitscharta, die bis heute das politische Programm des ANC und zahlreicher Massenorganisationen in Südafrika bildet, äußerte sich Mandela wie folgt:

„Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes haben die demokratischen Kräfte unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ideologischen Überzeugung, Mitgliedschaft in einer Partei oder Kirche Rassismus in all seinen Auswirkungen aufgegeben, ihre Ziele definiert und sich auf ein gemeinsames Aktionsprogramm geeinigt.“

„Die Freiheitscharta ist mehr als nur ein Katalog von Forderungen nach demokratischen Reformen. Sie ist ein revolutionäres Dokument eben deshalb, weil die darin angestrebten Veränderungen nicht erreicht werden können, ohne mit der ökonomischen und politischen Ordnung des heutigen Südafrika zu brechen.“

Bundesdeutsches Solidaritätsprojekt „Freiheitsender Nelson Mandela“

Die Anti-Apartheid-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin fordert zusammen mit allen Gegnerinnen des Apartheidregimes die bedingungslose, sofortige Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen politischen Gefangenen in Südafrika und Namibia! Bedingte Freilassungsangebote der Apartheidregierung, wie sie von Nelson Mandela zurückgewiesen wurden, da sie eine Abkehr von den ANC-Zielen bedeuteten, sind keine Lösung des Problems!

Die Anti-Apartheid-Bewegung bittet um materielle Solidarität mit Nelson Mandela und großzügige Spenden für das Projekt „Freiheitsender Nelson Mandela“. Seit Oliver Tambo 1986 zu Spenden für dieses Projekt in der Bundesrepublik aufrief, sind über 300.000 DM gesammelt worden. Der Freiheitsender ist Teil der ANC-Radioeinheit „Radio Freedom“ und strahlt von den Sendestationen in den Ländern im Südlichen Afrika sowie aus dem Untergrund innerhalb Südafrikas seine Programme aus.

Spenden werden erbeten auf eines der beiden Konten der Anti-Apartheid-Bewegung: Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn, Konto Nr. 1019894500 (BLZ 380 101 11) oder Postgiroamt Köln, 12979-501, unter dem Stichwort „Mandela-Sender“.

Diese Postkarte von Ernst Volland kann bei der AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, bezogen werden.



Nach dem ersten Abrüstungsvertrag UdSSR-USA Konfrontation und Endzeit für Regionalkonflikte? (I)

Ein Diskussionsbeitrag

Nach den beiden Gipfeltreffen Gorbatschows und Reagans in Washington und Moskau darf mit dem Fortgang des globalen Dialogs und Abrüstungsprozesses gerechnet werden. Inbegriffen sind gemeinsame Anstrengungen der beiden Weltmächte, wie im Fall Afghanistans begonnen, die politische Lösung regionaler Konflikte voranzutreiben. Damit stellen sich in zugespitzter Form die Fragen nach dem Stand und den Aussichten des Dialogs UdSSR-USA, nach seinen Antriebskräften und den Gegenteilstendenzen. Aus dem Veränderungsgrad der globalen Rahmenbedingungen leiten sich wiederum maßgeblich die Chancen für die Beilegung der Regionalkonflikte, für andere Nutzeffekte zugunsten der Dritten Welt ab.

Der nachstehende Beitrag will bei der Sondierung und Diskussion dieser Veränderungsprozesse einen Anfang machen. Er wird begleitet von vertiefenden Einzelbeiträgen zu Regionalkonflikten, zum Konzept für eine neue US-Langzeitstrategie, zum Wandel der sowjetischen Außenpolitik, zu den Teilaspekten „Abrüstung für Entwicklung“, Verhältnis von politischem Dialog und bewaffnetem Befreiungskampf. Von daher versteht sich der Beitrag von W. Bröner zugleich als Einstieg in eine für die Solidaritäts- und Friedensbewegung gleichermaßen unverzichtbare Diskussion, zu der wir hiermit alle interessierten Kräfte ermuntern möchten.

Auf dem vierten Gipfeltreffen von Michail Gorbatschow und Ronald Reagan, das am 2. Juni d.J. in Moskau zu Ende ging, äußerten beide Seiten die Überzeugung, „daß die Ausweitung des von ihnen aufgenommenen politischen Dialogs in wachsendem Maße zu einem effektiven Mittel bei der Lösung von Fragen wird, die von beiderseitigem Interesse sind und beiderseitige Besorgnis auslösen“.¹

Damit scheint zunächst einmal sichergestellt: Der im November 1985 in Genf eröffnete Dialog zwischen den beiden führenden Weltmächten ist so weit gediehen, daß er unter Präsident Reagan und höchstwahrscheinlich darüber hinaus fortgesetzt wird. Unterdessen umfaßt er sämtliche Kernprobleme der Weltpolitik wie der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Und er zeitigte erste konkrete Ergebnisse.

Das beim Washingtoner Treffen im Dezember 1987 vereinbarte Abkommen über die Beseitigung der landgestützten Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles und SS-20), immerhin der erste echte Abrüstungsvertrag des Atomzeitalters, konnte in Moskau ratifiziert werden.

Der Abschluß eines Vertrages über die Verminderung strategischer Rüstungen bzw. Offensivwaffen (START) um 50% rückte ein Stück näher. Hier konnte die Übereinstimmung, voran in Sachen luftgestützte Cruise Missiles, erweitert werden. Eine Einigung auf diesen zweiten Abrüstungsvertrag noch unter Präsident Reagan und einen fünften Gipfel noch 1988 schlossen beide Seiten nicht aus.

Was sich beim Washingtoner Gipfel nur vage angedeutet hatte, nämlich ein Afghanistan-Abkommen mit der UdSSR und den USA als Garantiemächten, konnte am 14. April d.J. in Genf unter Dach und Fach gebracht werden. Und noch vor der Moskauer Begegnung begannen die sowjetischen Truppen vereinbarungsgemäß mit dem Abzug.²

Damit wurden bereits veränderte Realitäten geschaffen, zusätzliche angebahnt. Sowohl im Bereich der Abrüstung strategischer Atomwaffen als auch der politischen Lösung von Regionalkonflikten erzielten die Weltmächte einen ersten Durchbruch. Die Fortsetzung ihres Dialogs ist, trotz aller Differenzen (SDI, seegestützte Cruise Missiles usw.), auf beiden Schienen wahr-



Ein Präzedenzfall: Unterzeichnung des Afghanistan-Vertragspakets am 14. 4. 1988 in Genf durch die Außenminister Schewardnadse (l.), Shultz (r.) und UN-Generalsekretär de Cuelar (M.).

scheinlicher, ihre Aussichten sind größer geworden. Andererseits darf nicht verdrängt oder beschönigt werden, wie widerspruchsvoll sich dieser Prozeß vollzieht, daß er weiterhin auf die Gegenwehr ultrakonservativer Kreise in den USA und der NATO stößt.

Aber verglichen mit der explosiven Weltlage, ja Weltkriegsgefahr in der Konfrontationsära, die 1979/80 einsetzte, ist der laufende globale Dialog schon ein beträchtlicher Schub in die entgegengesetzte Richtung, in Richtung Entspannung. Mehr noch, mit der Verschrottung der vorgeschobenen Erstschlagswaffen auf europäischem Boden und mit der Genfer Afghanistan-Einigung wurden nicht irgendwelche, sondern die beiden wichtigsten Streitobjekte und Säulen der Konfrontationspolitik der 80er Jahre beiseite geräumt: der NATO-„Nachrüstungs“beschuß und die sowjetische Truppenpräsenz in Afghanistan, beides Relikte vom Dezember 1979.

Insofern bewegt sich der Verständigungsprozeß der Weltmächte heute bereits auf einer wesentlich solideren Grundlage als vor dem Washingtoner Gipfel. Die „Präzedenzfälle“ auf dem Feld der Abrüstung und der Beilegung regionaler Konflikte berechtigen zu der Hoffnung auf Folgeschritte.

Die Diskussion darüber, ob und inwieweit es heute zulässig ist, erweiterte Möglichkeiten in beiden Bereichen festzustellen und daraus vermehrte Chancen für die Friedens- und Befreiungskräfte, für die Völker der Dritten Welt insgesamt abzuleiten, ist also nicht mehr so spekulativ wie sie noch vor dem 10. Dezember 1987 ausfallen mußte. Sie duldet auch keinen Aufschub, geht es doch für die progressiven Kräfte nicht zuletzt darum, sich bietende Chancen rechtzeitig zu erkennen, zu nutzen, die Veränderungsprozesse aktiv mit voranzutreiben.

Als hervorstechendste Akteure einer solchen neuen Außenpolitik erwiesen sich die Sowjetunion und Nicaragua. Von ihnen gingen die wegweisenden Impulse dafür aus, daß die Entschärfung bedrohlichster Spannungsfelder, so in Europa, Afghanistan und Mittelamerika vorankam, ja erste friedensstiftende bzw. -fördernde Vereinbarungen abgeschlossen werden konnten. Diese kamen andernteils deshalb zustande, weil

**Sowohl im Bereich
der Abrüstung strategischer
Atomwaffen als auch der politischen Lösung
von Regionalkonflikten erzielten die
Weltmächte UdSSR-USA jeweils
einen ersten Durchbruch**

sie mit Anzeichen des Stärkeverfalls der imperialistischen Führungsmacht USA und der eingeschränkten Handlungsfähigkeit der Regierung Reagan korrespondierten. Diese galt es offensiv zu nutzen, was gerade Moskau und Managua mit breit angelegten Friedens- und Dialogangeboten taten.

Die unter Gorbatschow entfaltete neue sowjetische Außenpolitik³ erbrachte so manchen Beweis, wie durch neues Denken, initiativreiches Agieren und Flexibilität bis hin zu einseitigen Vorleistungen verhärtete Fronten aufgebrochen, Konfronteure unter Zugzwang gesetzt und hin zu realistischeren Sichtweisen gedrängt werden konnten. Auf diese Weise blieb den Überlegenheitsfetischisten in Washington und Brüssel kaum eine Atempause für tragfähige Gegenzüge (etwa eine Alternative zu Gorbatschows Vision „Atomwaffenfrei ins Jahr 2000“), gerieten sie in die Defensive. Dies, zumal sich Schwachstellen der Reagan-Administration häuften:

Das Reagan'sche Superrüstungsprogramm stieß zunehmend an die wirtschaftlichen Grenzen der USA, trieb deren Hegemonieverlust gegenüber Japan und Westeuropa weiter voran. Der Ende der 70er Jahre von den Konservativen wiederbelebte Washintoner Anspruch nach nahezu universeller Eigenpräsenz, Vorherrschaft, strategischer Überlegenheit und Kriegsführungsfähigkeit (Neoglobalismus), die nach dem 2. Weltkrieg m.E. kurzweilig gegolten haben mag, kontrastierte mehr denn je mit den geschwundenen Innenpotenzen.

Sie paßten ferner weniger denn je mit der nunmehr annäherungsweise Gleichwertigkeit und Gegenschlagsfähigkeit der Militärmacht Sowjetunion und mit dem erhöhten Selbstbehauptungsvermögen der Nichtpaktgebundenen und Befreiungsbewegungen zusammen. Überdies reifte die Friedensbewegung, vor allem in Schlüsselstaaten der NATO, im Widerstand gegen die US-Erstschlagsstrategie zu einem Massenphänomen und neuartigen Gegenmachtfaktor heran, was deren politische Kosten zu hoch schraubte und Umdenkungsprozesse bis in die etablierten Parteien hinein auslöste. Und diese schlossen die Infragestellung des NATO-Abschreckungsdogmas mit ein.

Infolge des Iran-Contra-Skandals und des Ausbleibens durchschlagender Erfolge des neoglobalen Interventionismus (Reagan-Doktrin)⁴ bröckelte die Basis für ein Abschütteln des „Vietnam-Syndroms“ ab. Deutlichstes Zeichen hierfür war das Scheitern der Regierung Reagan ausgerechnet bei ihrem „Testfall“, dem Contra-Krieg gegen das revolutionäre Nicaragua,

wobei sie in Mittelamerika die Initiative verlor.

Ferner büßte Reagan im November 1986 im Kongreß die republikanische Mehrheit ein, was sich in Kürzungen des Rüstungs-etats, der Contra-Hilfe usw. niederschlug. Der Spielraum für eine konfrontative Weltpolitik des Präsidenten wurde damit zusätzlich eingengt. Der Sachzwang zu Abstrichen bzw. zu schmerzhaften Anpassungsversuchen an veränderte Realitäten geriet drängender.

Je mehr sich im Zuge der Gipfelgespräche der Trend Reagans hin zu realistischeren Positionen verfestigte, desto mehr Hardliner seiner Administration nahmen demonstrativ ihren Hut. Mit dem Ausscheiden von Verteidigungsminister Caspar Weinberger, den Pentagon-Staatssekretären Richard Perle und Fred C. Iklé u.a. verlor der anfänglich die Regierung Reagan dominierende ultrarechte Flügel auch weitgehend an Einfluß auf die Washingtoner Außenpolitik. Damit entfielen die dicksten Bremsklötze für eine realpolitische Neuorientierung dieser Administration.

Die veränderte Außenpolitik und der Reformprozeß der UdSSR kamen diesem Trend entgegen, begünstigten ihn. Gorbatschows Aufwertung des gemeinsamen Lösungsbedarfs der globalen Probleme, seine – verglichen mit der Breshnew-Ära – ideenreicheren Abrüstungs-offerten, sein Abrücken von alten Sicherheitsdogmen u.a.m. erleichterten Washington das Einlenken. Dies gab mit den Ausschlag dafür, daß eine Abmilderung der Weltkriegsgefahr und der Einstieg in die Abrüstung gelingen konnte.

Ferner begünstigte das Signalisieren einer stärkeren Selbstbegrenzung des wirtschaftlich-militärischen Engagements der Sowjetunion in der Dritten Welt sowie vor allem ihr Drängen auf einen raschen Abzug und Kompromißfrieden in Afghanistan diesen Trend. Sie gaben Anstöße auch für die Korrektur der Reagan'schen Weltsicht, derzufolge alle Revolutionsprozesse bzw. Konflikte in der Dritten Welt das Teufelswerk des



„Der arme Finster. Er hat die letzten 15 Jahre damit verbracht, Mittelstreckenraketen zu entwerfen.“

„sowjetischen Expansionismus“ seien.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Beispielwirkung, die das Genfer Afghanistan-Abkommen für die Lösung weiterer Regionalkonflikte in sich birgt, hoch zu veranschlagen. Das zeigen jüngste positive Bewegungen vorab in der Angola- und Kamputscheafrage an (siehe Beiträge von J. Becker und N. Binh).

Eine ähnliche Wirkung wie die Auflösung des „afghanischen Knotens“ zeitigt sicherlich auch Gorbatschows spektakulärer Reformkurs im Innern, hin zur Demokratisierung und Öffnung des Sozialismus (Menschenrechtsfrage!). Dies zusammengekommen erleichterte es dem US-Präsidenten außerordentlich, seinen eigenen Kursschwenk hin zur Dialogpolitik ohne allzu großen Gesichtsverlust zu rechtfertigen – als Folgeerscheinung seiner ureigenen Stärkepolitik und der Selbstver-

Erklärungen zum Gipfel von Moskau

Gemeinsame Erklärung

Entsprechend der Vereinbarung, die während des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Genf im November 1985 erreicht und auf dem Gipfeltreffen in Washington im Dezember 1987 bekräftigt worden ist, haben der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, vom 29. Mai bis 2. Juni 1988 in Moskau ein Treffen durchgeführt. (...)

Der Generalsekretär und der Präsident betrachten das Moskauer Gipfeltreffen als wichtigen Schritt im Prozeß der Schaffung einer produktiveren und stabileren Grundlage für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Die von ihnen geführte komplexe und gründliche Diskussion umfaßte alle Fragen der Tagesordnung, die von den beiden führenden Repräsentanten bei ihrem ersten Treffen in Genf im November 1985 abgestimmt worden war und die die Rüstungsbegrenzung und -reduzierung, die Menschenrechte und humanitäre Fragen, die Beilegung regionaler Konflikte sowie die bilateralen Beziehungen betrifft. Bei wichtigen Fragen gibt es immer noch ernsthafte Differenzen, und der zwischen beiden Ländern entstandene offene Dialog hat nach wie vor entscheidende Bedeutung für die Überwindung dieser Differenzen. (...)

Sie bekräftigten feierlich ihre Überzeugung, daß es in einem Kernwaffenkrieg keine Sieger geben kann und daß er niemals entfesselt werden darf. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, jeden Krieg zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten – sei es ein nuklear- oder ein konventionell geführter – zu verhindern, sowie ihren Verzicht auf jegliche Absichten, militärische Überlegenheit zu erlangen. (...)

Der Generalsekretär und der Präsident unterzeichneten ein Protokoll über den Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Beseitigung ihrer Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite. Die beiden führenden Repräsentanten begrüßten das Inkrafttreten dieses historischen Abkommens, das erstmals eine ganze Klasse sowjetischer und amerikanischer Kernwaffen beseitigt und neue Normen für die Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen setzt. (...)

Beide führenden Repräsentanten sind fest entschlossen, die strikte Erfüllung aller Festlegungen und Auslegungen des Vertrags zu gewährleisten. Sie betrachteten die gemeinsame erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiet als wichtigen Präzedenzfall für künftige Anstrengungen bei der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen.

Die führenden Repräsentanten beider Staaten betonten, daß ein gemeinsamer Entwurf für den Text eines Vertrags über die Reduzierung und Begrenzung der strategischen Offensivwaffen erarbeitet wurde. Im Ergebnis dieses Prozesses konnten die Seiten in dem gemeinsamen Vertragsentwurf große und wichtige Gebiete festschreiben, bei denen Einvernehmen herrscht, und die Positionen zu den übrigen Fragen, bei denen das Einvernehmen fehlt, detailliert darlegen. (...)

Bei der Erörterung der strategischen Offensiv-



waffen auf dem jetzigen Treffen in Moskau ist es gelungen, die Bereiche der Übereinstimmung wesentlich zu erweitern, insbesondere in der Frage der luftgestützten Flügelraketen und in bezug auf die Versuche, eine Lösung für das Problem der Kontrolle mobiler Interkontinentalraketen zu finden und möglichst zu vereinbaren. (...)

Die Seiten erörterten ferner die Begrenzung der stationierten seegestützten Flügelraketen großer Reichweite, die mit Kernladungen bestückt sind. (...)

Der Generalsekretär und der Präsident erörterten ausführlich einen großen Kreis regionaler Fragen, einschließlich des Nahen Ostens, des Kriegs zwischen Iran und Irak, des südlichen Afrikas, des Horns von Afrika, Mittelamerikas, Kampuchea, der koreanischen Halbinsel sowie andere Fragen. Sie äußerten ihre Genugtuung in Zusammenhang mit dem Abschluß der Vereinbarungen zur Afghanistan-Regelung

im April 1988 in Genf. Obleich im Ergebnis der Beratungen ernste Meinungsverschiedenheiten sowohl hinsichtlich der Ursachen der regionalen Spannungen als auch hinsichtlich der Mittel zu ihrer Überwindung zu Tage traten, stimmten die führenden Repräsentanten darin überein, daß diese Differenzen kein Hindernis für ein konstruktives Zusammenwirken zwischen der UdSSR und den USA sein dürfen. Die führenden Repräsentanten beider Länder bekräftigten erneut ihre Absicht, die sowjetisch-amerikanischen Konsultationen auf allen Ebenen fortzusetzen, deren Ziel es ist, den an regionalen Konflikten Beteiligten bei der Suche nach friedlichen Lösungen zu helfen, die ihrer Unabhängigkeit, Freiheit und Sicherheit dienlich sind. Sie betonten die Wichtigkeit einer Stärkung des Vermögens der Vereinten Nationen und anderer internationaler Institutionen, zur Lösung regionaler Konflikte beizutragen. (...)

Aussagen Michail Gorbatschows

(...) Eingehend erörtert wurde das Problem der regionalen Konflikte. Es stand bei allen meinen Treffen mit dem Präsidenten und bei den beiden Plenartagungen zur Debatte. Und besonders heute wurde dieses Problem mit aller Gründlichkeit behandelt. Ich denke, daß wir jetzt eine Situation haben, in der wir feststellen müssen, daß sich auch hier, bezüglich der Brennpunkte auf unserem Planeten, reale Möglichkeiten für eine Lösung dieser regionalen Probleme, für die Lösung auch anderer Knoten, und zwar auf der Basis eines politischen Herangehens, auf der Basis eines Interessenausgleichs ergeben haben.

Im Prinzip haben wir heute festgestellt: Da ist erstens Afghanistan. Dazu komme ich noch. Zum zweiten ist da der Prozeß im Nahen Osten. Er ist im Gange. Es gibt eine Annäherung der Positionen. Es gibt eine Verständigung über die Notwendigkeit der Lösung, auch auf dem Wege einer internationalen Konferenz. Das wird bereits allgemein anerkannt. Jetzt geht es nur noch darum, wie diese Konferenz zu verstehen sei. Doch das ist schon eine Frage der Arbeit, der weiteren Arbeit, all diese Fragen zu präzisieren.

Es gibt das **Kampuchea-Problem**. Dank der in den letzten Tagen von Vietnam und Kampuchea entwickelten Initiative ist es in die

Bahn jener Probleme gelangt, die bereits in allernächster Zeit gelöst werden können.

In **Mittelamerika** ist ein Prozeß im Gange, im **Süden Afrikas** vollziehen sich reale Prozesse einer möglichen Lösung und so weiter. Ich denke, wenn Sie meine Überlegungen als ungegerechtfertigten Optimismus oder als Wunschenken auffassen würden, wäre das falsch. Ich möchte Sie daran erinnern, wie es vor drei Jahren war und wie es heute aussieht. Die Situation hat sich wesentlich geändert. Es bieten sich Möglichkeiten zur politischen Lösung aller dieser Konflikte. Es sind sowohl innerhalb dieser Regionen als auch in der ganzen Welt gewaltige Kräfte in Bewegung gesetzt worden.

In meinen Gesprächen mit dem Präsidenten und mit allen anderen amerikanischen Repräsentanten habe ich immer wieder den Hauptgedanken betont, daß wir die Chance nicht verlieren, genauer gesagt, nicht verpassen dürfen. Im Zusammenhang damit habe ich dem Präsidenten direkt gesagt, daß die Unterzeichnung des **Afghanistan-Abkommens** ein Präzedenzfall ist, dessen Bedeutung über den Rahmen dieses Problems hinausgeht. Dies ist der erste Fall, da die Sowjetunion und Amerika neben den konkreten Beteiligten an diesem Konflikt ein Abkommen unterzeichnet haben, das den Weg zur politischen Lösung dieses

Nr. 21, Mai/Juni 88

AUS DEM INHALT:

- **Hanau - Demo**
kontroverse Debatte um die Demo am 19.3.88
- **Neuordnung der Atomindustrie**
Atomminister Töpfer als Saubermann der Nation?
oder „Neuordnung“ im Sinne der Atomindustrie?!
- **Atomwaffen**
Ambitionen der BRD
Hahn-Meitner Institut Berlin
Atomwaffenstaat Israel
- **Wendland**
Castor bald unterwegs?
neue Atommüllfabrik (PKA)

Außerdem in dieser **atom**

- Unfallgefahren von Atom-
mülltransporten
- Militärjets über Atomkraft-
werken
- Autonomie — aber wie?

Atom

erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 4 DM (plus Porto). Abo für 5 Ausgaben 25 DM. Sollte unbedingt abonniert werden:

Herausgeber und Bestelladresse:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen, oder Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt,
 Tel.: 04131/37835 (tagsüber).

Problems eröffnet. Wir werden uns bemühen und alles dafür tun, den Vertrag zu erfüllen. Dasselbe erwarten wir von den beteiligten Seiten und von den Vereinigten Staaten von Amerika. Ich denke, wenn dieses Mal nichts Positives dabei herauskommt und dieser Präzedenzfall keine positiven Ergebnisse zeitigt, so wird dies weitreichende Folgen haben und sich auf das Herangehen an die Lösung solcher Probleme in anderen Regionen auswirken.

Doch wir haben das gespürt. Es gibt zwei Momente, die uns beunruhigen. Erstens wird Kabul beschossen, unsere Botschaft, unsere Truppen in Kabul. Zweitens sind gestern im Bezirk Kandahar Genossen von uns ums Leben gekommen, mehrere werden vermißt. Wir haben gesagt, daß die sowjetischen Truppen sich während des Truppenabzugs nicht an Kampfhandlungen beteiligen werden, und haben uns auch daran gehalten. Jedoch haben wir zur Bedingung gemacht, daß es keine Provokationen und keine Banditenangriffe auf unsere Truppen geben darf. Anderenfalls werden wir reagieren, und zwar gebührend. Das muß auch klar sein. Vertrag ist Vertrag.

Wir sehen, was Pakistan macht, und das Außenministerium hat im Zusammenhang damit eine Erklärung abgegeben. Ich möchte nicht näher darauf eingehen, sondern nur unterstreichen, daß es Versuche gibt, dieses Abkommen zu unterlaufen. Das hätte negative, ernste negative Folgen.

Das haben wir dem Präsidenten und der ganzen amerikanischen Delegation in aller Deutlichkeit gesagt. Ich denke, sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika als auch die Sowjetunion können einen konstruktiven Beitrag zur Lösung regionaler Konflikte leisten — auf der Grundlage politischer Methoden, auf der Grundlage des Gleichgewichts der Interessen aller an dem jeweiligen Konflikt Beteiligten, auf der Grundlage von Realismus. (...)

Zu Angola. Ich muß sagen, daß wir einen interessanten, inhaltsreichen und realistischen Meinungsaustausch hatten. Sowohl von unserer als auch von der amerikanischen Seite wurde festgestellt, daß Fortschritte, eine Regelung dieses regionalen Konflikts, möglich sind. Dabei wurde sowohl von der einen als auch von der anderen Seite unterstrichen, daß es um die strikte Einhaltung der bekannten Resolutionen der Vereinten Nationen, des Sicherheitsrates und derjenigen geht, die eine Einmischung der Republik Südafrika in die Angelegenheiten Angolas ausschließen und daß Namibia die Unabhängigkeit gewährt wird. Unsererseits haben wir, wir sind an diesem Prozeß nicht unmittelbar beteiligt, den Prozeß der Verhandlungen unterstützt, der zwischen den Angolanern, den Kubanern und der Republik Südafrika unter Vermittlung der Vereinigten Staaten von Amerika geführt wird. Wenn alle an diesem Prozeß Beteiligten der Ansicht sind, daß sich die Sowjetunion irgendwie konkreter einschalten sollte, so sind wir dazu bereit. Auf alle Fälle führten wir ein Gespräch, das dieser Prozeß in einem positiven Endergebnis münden könnte. (...)

Ja, wir haben, wie ich schon sagte, über Afghanistan gesprochen, wir haben über **Kampuchea** gesprochen, und wir haben über die Lage auf der koreanischen Halbinsel gesprochen. Ich habe den Eindruck — wir hatten noch keine Zeit, uns darüber auszutauschen, wir haben erst heute darüber geredet —, daß die amerikanische Seite versteht, daß hier Bewegung notwendig ist. Aber sie hat die Haltung Nordkoreas negativ eingeschätzt, wir dagegen haben dem Präsidenten die Haltung der Regierung Nordkoreas als konstruktiv, zum Dialog einladend dargestellt, wobei sie bereit ist, sowohl

auf bilateraler Grundlage als auch unter Beteiligung der Amerikaner den Meinungsaustausch über die Lage und über die Perspektiven der Vereinigung der Nationen erfolgen soll. Wir haben diese Fragen also erörtert. Und wir haben gesagt, daß es bislang ungenutzte Möglichkeiten gibt. (...)

... so muß ich sagen, daß wir auch über den **Persischen Golf**, gleich nach Afghanistan, beraten haben. Wir sind der Meinung, daß dieser Konflikt sehr ernst ist, daß man alles unternehmen muß, damit er nicht eskaliert. Dort sind jetzt starke militärische Kräfte konzentriert, und man muß alles tun, damit es dort nicht zu einer Explosion kommt. Deshalb sagen wir: Wir setzen uns dafür ein, daß das Potential der ersten Resolution des Sicherheitsrates voll ausgeschöpft wird, um dem UNO-Generalsekretär oder seinen Vertretern die Möglichkeit zu geben, alles zu realisieren, um die Kriegshandlungen dort zu beenden. Ich glaube, wir handeln richtig, wenn wir zur Zurückhaltung, zur Geduld auffordern, obwohl wir der Meinung sind, daß dieser Konflikt gelöst werden muß, weil die Gefahr einer verhängnisvollen Eskalation real ist. Wir fordern die Amerikaner dazu auf, die Golf-Region zu „entlasten“ — was ihre militärische Präsenz dort angeht — und dort lieber die Kräfte der Vereinten Nationen zu stationieren, damit dieser Prozeß keine unerwünschte, gefährliche Entwicklung nimmt.

FRAGE: Herr Generalsekretär, als Sie in Washington waren, haben Sie Herrn Reagan gesagt, daß die Sowjetunion bereit sei, die Waffenlieferungen nach Nicaragua einzustellen, wenn die USA die Contras nicht länger finanzieren. Später wurde auf einem Treffen von Schewardnadse und Shultz diese Frage erörtert und uns mitgeteilt, daß sich die sowjetische Haltung in dieser Beziehung nicht geändert hat: Wenn die USA die Lieferungen nach Lateinamerika einstellen, wird auch die Sowjetunion nicht mehr an Nicaragua liefern. Können Sie bestätigen, daß diese neue Haltung richtig ist? Was haben Sie bezüglich dieser Frage im Kontext der Diskussion um Mittelamerika erörtert?

GORBATSCHOW: Diese Frage, dieses Problem ist heute sehr ausführlich diskutiert worden. Noch dazu mit einem Abstecher in die Geschichte, und wenn wir einen Abstecher unternehmen, haben wir dabei unterschiedliche Gesichtspunkte und Erklärungen. Ich schlug vor, dennoch von den heutigen Realitäten auszugehen.

Es gibt den Contadora-Prozeß, es gibt das Guatemala-Abkommen, es gibt den Waffenstillstand, es gibt die Suche nach politischen Regelungen, und man muß diesen Prozeß unterstützen und den sich in Nicaragua gegenüberstehenden Kräften die Möglichkeit geben, unter Beteiligung lateinamerikanischer Vertreter diese Frage selbst zu lösen. Ich habe dem Präsidenten gesagt, daß ich dazu stehe, was bei den Spaziergängen im Weißen Haus geäußert wurde, daß wir uns auf Lieferungen von Polizei- und Waffen beschränken sollten. Dieses Thema wird weiter auf der Tagesordnung bleiben, und wir haben an die Amerikaner appelliert zu beachten, daß der Prozeß ein Stadium erreicht hat, um ihn zu einem positiven Abschluß zu bringen. Da ist ein Oberst noch aus der Somoza-Armee aufgetaucht, der Somoza gute Dienste geleistet hat und jetzt Amerika dient und sehr viel unternimmt, um diesen Prozeß zum Scheitern zu bringen. Ich weiß nicht, vielleicht sollte man den Oberst durch einen Sergeanten ersetzen, der dem Volk näher steht und vielleicht eher etwas Gutes tut? (...)

(Quelle: Prawda, Moskau, 2.6.1988)

wandlung des Gegner Nr. 1, versteht sich.

Was für die Aussichten des Dialogs freilich zählt, sind weniger solche Legitimationsstrickmuster als die Erkenntnis, daß eine Abkehr von der globalen Konfrontationspolitik nur möglich wurde durch einen beiderseitigen Positionswandel und Zugewinn an Realismus seitens der USA und Sowjetunion. Dazu gehört die Einsicht, daß eine Fortsetzung des atomaren Wettrennens die Gefahr der Selbstvernichtung nur vermehrt, daß das Ausspielen der „militärischen Karte“ durch die Weltmächte heute an engere äußere und innere Grenzen stößt. Dahinein gehört auch die von Ronald Regan im Anschluß an das Moskauer Gipfeltreffen bekundete Erkenntnis, die UdSSR sei für ihn nicht länger das „Reich des Bösen“.⁵

Die andere Seite dieses Realismuszugewinns ist die sich teils schon konstruktiv auswirkende Positionsveränderung der Reagan-Administration im Umgang mit Regionalkonflikten in der

Trotz eines realistischen Trends bleibt Reagans Weltpolitik in sich widerspruchsvoll, kann von einem grundsätzlichen Abrücken von der Reagan-Doktrin bislang nicht gesprochen werden

Dritten Welt. Dies trifft neben den erwähnten Krisenherden Afghanistan, Kamputschea, Angola auch auf die Golfregion zu. In diesem Fall wurde bereits im Juli 1987 mit dem vereinten Vorgehen Washingtons und Moskaus im UN-Sicherheitsrat in Gestalt der Resolution 589 erstmals eine tragfähige Plattform für eine Beendigung des irakisch-iranischen Krieges gefunden. Dies war ein Novum und ein Vorzeichen für die inzwischen herangereiften neuen Möglichkeiten, zumindest in Ausnahmefällen zu einer politischen Verhandlungslösung vorzustoßen. Die Chance zur Beilegung des Golfkriegs wurde vertan. Sie scheiterte an der Unnachgiebigkeit Teherans und am konfrontativen Alleingang der USA und anderer Westmächte, durch deren Truppenaufmarsch und -Gewalteinsatz in der Ölregion sich die Lage im Herbst 1987 wieder zuspitzte.

Demgegenüber gelang in der Krisenregion Mittelamerika ein Durchbruch zum Friedensprozeß, und zwar ohne Zutun der führenden Weltmächte. Den Auftakt bildete die Unterzeichnung des Friedensabkommens von Esquipulas (Guatemala) am 7.8.1987 seitens der Staatsoberhäupter Nicaraguas, Honduras', El Salvadors, Costa Ricas und Guatemalas. Im Anschluß daran brachten die regierenden Sandinisten das Kunststück fertig, mittels einer breitestmöglichen (über-)regionalen Allianzpolitik und eines nationalen Versöhnungskurses im Innern Nicaraguas diesen Prozeß voranzutreiben, obgleich sie auf den massiven Widerstand und Gegendruck Washingtons stießen.⁶

Selbst nachdem im März 1988 in Sapoa ein erster Waffenstillstand zwischen Sandinisten und Contras vereinbart worden war, bekräftigte US-Präsident Reagan seinen Obstruktionskurs gegen jedwede Friedensgespräche mit Nicaragua. Er titulierte das Land am 26. April d.J. in einer Erklärung an den Kongreß weiterhin als eine „außerordentliche Bedrohung der Sicherheit“ der USA, strafte es mit einer Verlängerung des Wirtschaftsembargos um ein Jahr und drängte die Contras zum Verhandlungsbruch.⁷ Und dies knapp eineinhalb Wochen nach dem Genfer Afghanistan-Abkommen.

Das Beispiel Nicaragua verdeutlicht zweierlei: Zunächst einmal zeigt es an, daß sich im Zuge des globalen Dialogs und Abrüstungsprozesses die Spielräume für revolutionäre Akteure bereits ein Stück erweitert haben und NATO-Intervenenten enger Grenzen zu ziehen sind, sofern erstere, ausgehend von einer relativen Position der Stärke, (im Unterschied zum Iran) frie-

densfähig sind und friedensstiftend agieren.

Zum zweiten signalisiert es, genauso wie im Fall der Golfkrise oder des Nahostkonflikts, daß die Regierung Reagan in Regionalkonflikten teils in alten konfrontativen bzw. kriegerischen Bahnen verharret. Sie gerät damit immer wieder in Gegensatz zur globalen Dialogpolitik. Zum dritten belegt sie auf diese Weise, daß von einem grundsätzlichen Abrücken von der Reagan-Doktrin hin zur generellen politischen Konfliktlösungsstrategie bei Reagan bislang ebenso wenig gesprochen werden kann wie in Sachen Hochrüstung (SDI, atomare Kurzstreckenwaffen usw.).

Die bislang in Teilbereichen flexiblere Außenpolitik dieser Administration bleibt (was in Teil II noch genauer aufgewiesen werden soll) in sich widersprüchlich, besonders gegenüber der Dritten Welt. Dennoch geht ihr realistischer Trend den Verfechtern der neuen US-Langzeitstrategie „Abgestufte Abschreckung“ (siehe gesonderten Beitrag) schon viel zu weit. Sie kritisieren trotz einer für die USA eher ernüchternden Bestandsaufnahme der Weltlage implizit den „späten“ Reagan, um daran ihre ultrakonservative Ablehnung sowohl der globalen Abrüstung als auch jeder weiteren Abstriche an der Reagan-Doktrin zu knüpfen.

Dies wirft die Frage auf, inwieweit sich das grundsätzliche Herangehen der Reagan-Administration an die Regionalkonflikte bereits gewandelt oder auf andere Schlüsselprobleme der Dritten Welt „abgefärbt“ hat bzw. „abzufärben“ verspricht.

Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

- 1) Gemeinsame Erklärung auf höchster Ebene in Moskau, Prawda, Moskau, 2.6.1988
- 2) Einschätzungen zum und Wortlaut des Afghanistan-Vertragspakets siehe in: DRITTE WELT 6/1988, S. 3ff.
- 3) Eine Gesamtschau soll in DRITTE WELT 10 oder 11/1988 folgen.
- 4) Siehe: AIB 4/1987, S. 6-7
- 5) Nach: Frankfurter Rundschau (FR), 3.6.1988
- 6) Siehe: Beiträge von N. Biver in: AIB 10/1987, 3 und 5/1988
- 7) Nach: International Herald Tribune, Paris, 27.4.1988 und FR, 27.4.1988

Zeitschriftenschau

ila, Nr. 116/Juni 1988

Schwerpunkt: **Automobilindustrie:** Weltweite Verdrängungskämpfe • **Neue Strategien der Automultis:** in Brasilien • **Umstrukturierung der mexikanischen Autoproduktion** • **Gewerkschaftskämpfe** bei Ford und VW in Mexiko • **Solidaritätstexte** und der Kampf zweier Linien • **Berichte und Hintergründe:** Kolumbien am Kreuzweg • **Polizeihilfe** für Kolumbien • **Interesse** mit brasilianischem Anarchosyndikalisten • **Behinderte** in Nicaragua • **Beilage der Infostelle Guatemala:** Solidarität und „Solidarismo“ • **Schwache Wahlbeteiligung** und Putschversuch • **Die Klage** nach Land • **Ländernachrichten:** Mexiko, Honduras, Panama, USA • **Kulturszene** Einzelpreis 3,50 DM; Abo 55 DM
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 128/Mai 1988

Schwerpunkt: **Gegen die Macht des Geldes** – Vorbereitungsmaterialien zum 12. BUKO • **Übersicht** Arbeitsgruppen; **Rechenschaftsberichte;** Resolutionen; **Vorbereitungstexte** der Arbeitsgruppen • **IWF/Weltbank-kampagne** aktuell; **Protokoll** 3. Aktionskonferenz • **Kritische Bemerkung** zur Kampagne • **Was heißt verhindern?** – Brief des BUKO an den ARP • **Zur autonomen Kritik** am BUKO • **Bericht** vom Frauenseminar • **Diskussionspunkt** „tax-Symposium“ • **Briefe** von Ulla Pfenning und Ingrid Stöbl • **Außerdem:** KA-Protokoll • **GON-Buchvertrieb** und Gründe für sein Scheitern • **Theater:** Nachgespräch mit Fidel • **Notizen** aus der Szene Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM
Bezug: FORUM; Lingener Str. 9, 4400 Münster

Latinamerika Nachrichten, Nr. 171/Juni 1988

Brasilien: „Virus Sarney“ • **Argentinien:** Der Kampf um's Erbe Alfonsíns • **Kultur/Argentinien:** „Sur“ • **Chile:** Was steckt hinter dem „Aufschwung“? • **Ortstermin** in der Colonia Dignidad • **In Talcahuano** sinkt's nach Fischmehl • **Gastspiel** der chilenischen Theatergruppe „Q“ • **Kolumbien:** Wie die Regierung die Demokratie verteidigen will • **Mittelamerika:** Arias-Plan – Neue Perspektiven? • **El Salvador:** Gewerkschafts-„freiheit“: Zum Konflikt in der Sozialversicherung • **9. Lateinamerikareise** Johannes Paul II.
Einzelpreis 4,50; Abo 50 DM
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Peripheric, Nr. 30-31/1988

Schwerpunkt: **Frauen: Arbeit Organisation:** R. Rott: **Fabrikarbeiterinnen** in Brasilien • **A. Meentzen:** **Nahrungsmittellieferung** und Arbeitsbeschaffungsprogramme in Peru • **E.M. Bruchhaus:** **Frauen** selbsthilfegruppen • **C. Risseuw:** **Frauen** in der Hausindustrie • **I. Schneider:** **Hausangestellte** in Kolumbien • **Ch.-S. Kang:** **Frauen** in den selbständigen/demokratischen Gewerkschaften in Korea • **A. Wiener:** **Gewerkschaftliche Organisation** in der mexikanischen Bekleidungsindustrie • **V. Benholdt-Thomsen:** **Überleben** in der Wirtschaftskrise und die Würde der Menschen – zwei Beispiele aus Mexiko • **E. Märke:** **Entwicklung** aus Frauenicht? • **E. Frießen:** **Linker** menschenfreundliche und substanzorientierte Projekte in der Dominikanischen Republik
Einzelpreis 9 DM; Doppelheft 16 DM; Abo 30 DM
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Blätter des i3w, Nr. 149/Mai 1988

Eritrea: Entschender Durchbruch der Befreiungsbewegungen? • **Paraguay:** Stroessners Sockel bekommt Risse • **Uruguay:** Ein langer Weg zum Referendum • **Argentinien:** Militärunruhen und Wirtschaftskrise • **Peru:** Garcia Wirtschaftspolitik, ein Ausweg aus der Schuldenkrise? • **Vietnam:** Feldgeschlagene Wirtschaftsform und ihre politischen Folgen • **Bangladesh:** Interview mit Prof. Umar zu NGO's • **Die Grünen** haben stiften • **Bevölkerungspolitik:** Experimente in der Karibik • **Energiepolitik:** Warten auf neue Atomlagen • **Tourismus** in Goa: Interview mit Claude Alvares • **Kultur:** Vargas Llosa • **Filmkritik:** Eine Innenansicht des Lagerkriegs
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: Blätter des i3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg



Luftlandeoperationen gehören zur Einsatzplanung der durchgängig offensiven US-Militärstrategien.

Wolfram Brönner/Gregor Witt

„Abgestufte Abschreckung“ Kriegführung in der Dritten Welt bleibt Programm

Im Auftrag der Reagan-Administration erstellte eine hochkarätige Expertenkommission ihren ersten Bericht, die Studie „Abgestufte Abschreckung“ (Discriminate Deterrence). Sie entwirft und fordert eine neue „integrierte Langzeitstrategie“ der Weltmacht Nr. 1. Mit ihr soll die US-Militärpolitik an die veränderten weltweiten Rahmenbedingungen angepaßt werden. Mittlerweile liegt das am 18. Januar 1988 in Washington präsentierte 69-Seiten-Papier im vollen Wortlaut vor und wird von uns auszugsweise dokumentiert. Die begleitende Einschätzung von W. Brönner, DRITTE-WELT-Chefredakteur, und G. Witt, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, versucht vornehmlich, die neuen Elemente dieser Langzeitstrategie herauszuarbeiten.

Zu einem außergewöhnlichen Vorstoß entschlossen sich vor und nach dem Moskauer Gipfel zwei ehemalige US-Außenminister, der Republikaner Henry A. Kissinger und der Demokrat Cyrus R. Vance. Sie taten in einem gemeinsamen Brief an die beiden auserkorenen Präsidentschaftskandidaten George Bush und Michael Dukakis ernste Besorgnis kund, und zwar über Reagans neuen Kurs der fortschreitenden Annäherung an den Widerpart Sowjetunion. Sie hatten vor dem 29. Mai d.J. im Stillen eine Kopie des Briefes auch ihrem Amtsnachfolger George Shultz zugesteckt – vergeblich.

Ronald Reagan war aus ihrer Sicht in Moskau als „Sponsor“ von Gorbatschows Reform- und Abrüstungskurs aufgetreten. Dadurch noch besorgter geworden, wandten sich die beiden verhinderten Weltpolitiker am 3. Juni d.J. an die Öffentlichkeit. Ihr Auftritt läuft darauf hinaus, den globalen Abrüstungsprozeß auszubremsen, und dafür – so ihr Appell – einen Zweiparteien-Konsens in der amerikanischen Außenpolitik wiederherzustellen. Abzuwenden gilt es ihres Erachtens vorab die wirtschaftliche Schwächung der USA, den Rückgang der Aus-

landshilfe und die Gefahr, daß Washington seinen militärischen Verpflichtungen nicht nachkommen könne.¹

Kissinger und Vance stießen damit ins gleiche Horn wie die Verfasser des Kommissionsberichts „Abgestufte Abschreckung“, den eine Gruppe prominenter, mehrheitlich konservativer Persönlichkeiten am 11. Januar d.J. der Reagan-Administration in Washington ausgehändigt hatte. Mit tonangebend unter den Autoren der Studie war eben jener Henry Kissinger, der einst unter den Präsidenten Nixon und Ford im Vietnamkrieg seine Spuren verdiente.

Zwar stehen viele altgediente US-Spitzenpolitiker heute, unter dem erhöhten Druck der Friedenskräfte und der öffentlichen Meinung, der Erstschlagsstrategie und dem direkten Interventionismus ablehnend bis reserviert gegenüber, darunter führende Demokraten. Doch sympathisieren viele mit den Vorstellungen, wie sie der Appell von Kissinger/Vance und der Bericht der Iklé/Wohlstätter-Kommission widerspiegeln.

Im Auftrag gegeben worden war die Studie „Abgestufte Abschreckung“ im Oktober 1986 vom Verteidigungsministerium (Pentagon) und dem Nationalen Sicherheitsrat. Den Vorsitz der dazu gebildeten „Kommission über eine integrierte Langzeitstrategie“ teilten sich Fred C. Iklé, bei der Vorlage des Berichts noch Staatssekretär für Verteidigung, und der Pentagon-Berater für strategische Fragen, Albert Wohlstetter. Unter den vorwiegend konservativen 13 Mitgliedern der Kommission ragten neben Henry A. Kissinger ferner die ehemaligen Nationalen Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Zbigniew Brzezinski (Demokrat), und William P. Clark, sowie die Generäle John W. Vessey und Andrew J. Goodpaster heraus.

Sie fordern in ihrem Bericht für die USA eine „integrierte Langzeitstrategie“, die auf eine erweiterte, flexiblere, den verringerten Möglichkeiten der Weltmacht angemessenere Kriegführungsfähigkeit abzielt.

Ein wichtiger Streitpunkt ist dabei die eher beiläufige Behandlung Westeuropas. Diesem wird als weltpolitischem Akteur

keine Vorzugsrolle mehr beigemessen, wohl aber wird es als einer der denkbaren Kriegsschauplätze gehandelt. Ursprünglich hatten die Verfasser daran den Vorschlag geknüpft, die US-Truppenkonzentration in Europa auszudünnen. Dies aber wurde wieder gestrichen, als London und Paris Alarm schlugen.

Der Argwohn der NATO-Verbündeten erhielt sodann neue Nahrung, als US-Marineminister James Webb Jr. kurz nach der Vorlage des Berichts eine „Neuüberprüfung“ der weltweiten Verpflichtungen, insbesondere in Europa, verlangte.² Die Kritik aus Westeuropa richtet sich einesteils gegen den Washingtoner Verlagerungstrend und andernteils gegen das in der Studie vorgeschlagene Abrücken von der totalen US-Nukleargarantie für Westeuropa. Konkret soll für den Fall eines militärischen Konflikts auf europäischem Boden nicht mehr automatisch der globale atomare „Vergeltungs“schlag der USA gegen die UdSSR angedroht bzw. ausgelöst werden. Der Krieg soll auf europäisches Terrain „begrenzt“, die Weltmacht Nr. 1 damit unverwundbarer gemacht werden.

Selbst führende CDU/CSU-Repräsentanten kritisierten daher die „Abgestufte Abschreckung“ als Anschlag auf die gültige NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion“, fußt diese doch auf der atlantischen Nukleargarantie. Lothar Rühl, Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium, verwarf die Studie deshalb als eine „Konzeption begrenzten Nuklearkrieges in Europa ohne Abschirmung durch die strategischen Waffen der USA“.³ Verlagern will die Iklé/Wohlstätter-Kommission künftig das militärische Engagement der USA in die Dritte Welt, vor allem in jene ihrer Gebiete, in denen die eigenen „Sicherheitsinteressen“ am stärksten berührt sind. Einig wurden sich die Experten darin, daß dies Konzentration auf die „sowjetische Peripherie“ erfordere. Ob dabei allerdings Südwestasien (Brzezinskis Option) oder Ostasien/Westpazifik die Priorität im Mitteleinsatz gebührt, darüber streiten sich die Geister in Washington weiter. Welche Erwartungen stehen dahinter? Fest steht für die Verfasser des Berichts, daß in den kommenden zwei Jahrzehnten in den weltpolitischen Machtverhältnissen „zweifelloso drastische Veränderungen bevorstehen werden“.⁴ Der Interessengegensatz zwischen den USA und der UdSSR werde weiter die Weltlage dominieren, allerdings abgeschwächt. Vorab stehe ein wirtschaftlich-militärischer Aufstieg Chinas und Japans zu Weltmächten, also ein beschleunigter Wandel von einer bipolaren zu einer multipolaren Mächteordnung zu erwarten.

Ferner dürften der Einsatz neuer (Militär-)Technologien, die Entstehung einiger neuer Atomkräfte und eine absehbare Epidemie von „Konflikten niedriger Intensität“ in der Dritten Welt für eine veränderte Ausgangslage sorgen. Der von daher rührende vermehrte Druck auf die USA gehe einher mit deren relativem Hegemonieverlust, was die wirtschaftliche und militärische Macht betrifft. Beides erfordere eine zeitige Anpassung der westlichen Militärstrategie an die neuen Realitäten, eine neue Gesamtstrategie Washingtons.

Für dringend notwendig hält die Kommission, daß sich das strategische Denken der USA von der Betrachtung der beiden „extremen und unwahrscheinlichen Fälle“ löse, wonach die Hauptgefahren ein atomarer Weltkrieg und ein massiver konventioneller Angriff auf die Zentralregion Westeuropas seien. Gefordert sei eine Strategie, die die USA wieder in die Lage versetze, jeder militärischen Herausforderung, von Konflikten niedrigster Intensität über einen „begrenzten“ atomar-konventionellen Regionalkrieg bis hin zum apokalyptischen Schlagabtausch, begegnen zu können.

Europas Bedeutung in der zukünftigen Welt ist für Iklé, Wohlstätter, Kissinger & Co. keine Thematisierung wert. Europa kommt nur unter solchen Gesichtspunkten vor, wonach z.B. bei einem Konflikt in der Golfregion auch in Europa mit Truppenverstärkungen und gegebenenfalls auch Kämpfen geantwortet werden soll. Ganz nach dem schon bekannten Konzept der „horizontalen Eskalation“, die den Sowjets keine freie Wahl des Kampfgebietes gestatten soll.

Aber bei einem Krieg in Europa halten es die Verfasser für entscheidend, daß er nicht zum globalen Atomkrieg eskaliert und siegreich beendet wird. Das ist neben den geopolitischen Überlegungen ein weiterer zentraler Punkt des Berichts.

Die Autoren gehen davon aus, daß die Androhung des Ersteinsetzes von Atomwaffen angesichts des Wachstums der sowjetischen Atomstreitkräfte stark an Glaubwürdigkeit eingebüßt habe. Daraus folge, daß sich die USA nicht auf Drohungen stützen sollten, von denen zu erwarten stünde, „daß sie unsere eigene Vernichtung auslösen, wenn sie verwirklicht werden“. Deshalb wird gefordert, die NATO solle nicht damit drohen, Atomwaffen als Kettenglied zu einem umfassenderen und zerstörerischeren Krieg einzusetzen – obgleich die Gefahr einer Eskalation noch vorhanden wäre –, sondern hauptsächlich als ein Instrument, das den eindringenden sowjetischen Streitkräften einen Erfolg versagt.“

Dies bedeutet zum einen, daß Westeuropa sich konventionelle Optionen der Kriegführungsfähigkeit verschaffen soll, die keine Eskalation zum großen Atomkrieg vorsehen. Den Westeuropäern, wie auch den USA selbst wird angeraten, Waffen anzuschaffen, die von hoher Wirksamkeit sind, ohne die Gefahr der atomaren Eskalation in sich zu bergen: punktzielgenaue konventionelle Waffen, vor allem Raketen und Marschflugkörper mit konventionellem Sprengkopf; nicht nur Luftstreitkräfte zum Zerschlagen der Zweiten Strategischen Staffel (FOFA), sondern auch Landstreitkräfte, die so ausgerüstet und ausgebildet sind, daß sie zu einem Gegenangriff tief in das Territorium des Gegners fähig sind.

Dies bedeutet zum anderen, daß die atomare Eskalation beherrschbar sein soll. Die Eskalationsgefahr ist den Autoren um Iklé und Wohlstätter wohl bewußt, wie ihre Feststellung zeigt: „Im Atomzeitalter bliebe kein konventioneller Krieg, bei dem es zu Kämpfen zwischen amerikanischen und sowjetischen Streitkräften käme, von Atomwaffen unberührt.“ Um sie auszuschalten, verlangen sie für die USA „überlebensfähige Kräfte, die mit abgestuften Angriffen gegen militärische Ziele reagieren könnten“.

**Die generelle Aufwertung
der Dritten Welt in der US-Militär-
strategie ist mit einer technologisch ausge-
filterten und verdeckteren „Kriegführung
niedriger Intensität“ verbunden, darunter
mit „kooperativen Streitkräften“**

Sie fordern damit Möglichkeiten, einen solchen Krieg auch auf strategischer Ebene in Grenzen zu halten, und zu gewährleisten, daß er sich nicht schnell zu einer Apokalypse entwickelt. Mit anderen Worten: Durch selektive und regional begrenzbare atomare Kriegführungsfähigkeit soll die als unpraktikabel und unglaubwürdig erkannte Drohung mit der atomaren Selbstvernichtung überwunden werden.

Dies bedeutet zum dritten, daß die USA eine stärkere Lasten- und Arbeitsteilung mit ihren NATO-Verbündeten und denen entlang der „sowjetischen Peripherie“ bzw. in der Dritten Welt anzustreben hätten.

Einen ganz zentralen Stellenwert nimmt in der Studie die Dritte Welt ein (zwei von insgesamt sieben Kapiteln), der in der US-Kriegführungsstrategie fortan ein größeres Gewicht gebühre. Aus der Annahme, daß dort in Zukunft mit einem Anwachsen von „Konflikten niedriger Intensität“ (LIC) zu rechnen sei, leitet die Kommission die Forderung nach noch mehr „Mobilität“ von US-Interventionsstreitkräften, einem ausgedehnteren und flexibleren Engagement der USA in diversen Krisengebieten ab.

Dazu gehört die Verbesserung der Interventionsfähigkeit in entlegeneren Regionen, ohne sich auf zusätzliche überseeische

Landstützpunkte stützen zu müssen. Im Klartext meint dies den verstärkten Einsatz von US-Seestreitkräften. Ausgeweitet werden soll sodann der „Sicherheitsbeistand“ für die Aufstandsbekämpfung befreundeter Regimes und antikommunistische Contras, welche die Destabilisierung von Revolutionsregimes besorgen. Bei dieser „Kriegführung niedriger Intensität“ soll künftig mehr Augenmerk auf die US-Ausrüstung und -Ausbildung bewaffneter Kräfte vor Ort gelegt werden. Und gemäß dem Modell „Rettung der Demokratie in El Salvador“ sollen die USA zugunsten der Verbündeten mehr Hochtechnologie einsetzen. Konkret heißt dies: moderne informationsverarbeitende Systeme, billige Weltraumsysteme, robuste Flugzeuge und automatische Systeme für die Aufklärung, Netze von Sensoren. Diese technologischen Vorteile maximal für LIC-Einsätze zu nutzen, wird als ein Schlüssel zum Erfolg künftiger Interventionsvorhaben gesehen.

Der andere Schlüssel, den die Iklé/Wohlstätter-Kommission empfiehlt, ist der Aufbau von „kooperativen Streitkräften“. Sie sollen fortan vorzugsweise in Regionalkonflikten eingreifen und sich aus US-amerikanischen und verbündeten Streitkräften zusammensetzen. Direkte Interventionen von US-Truppen könnten so für äußerste Notfälle aufgespart, die politischen Kosten minimiert werden.⁵



US-Strategen Fred C. Iklé (l.) und Albert Wohlstätter.

Von daher nimmt es nicht Wunder, daß die Studie just fünf Wochen nach der Washingtoner Unterzeichnung des Mittelstreckenraketen-Vertrags einen Generalangriff auf die laufenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen USA-UdSSR mitbeinhaltet. Die Verfasser kritisieren vor allem Vorstellungen, wonach „der eigentliche Punkt bei der Rüstungskontrolle mehr politisch als militärisch sei.“

Diese Perspektive hält die Kommission für ein potentiell katastrophales Rezept: „Wenn Rüstungskontrollverträge hauptsächlich wegen des internationalen guten Willens geschätzt werden, den sie hervorbringen sollen, und erst in zweiter Linie wegen ihrer Wirkung auf die Waffen, dann werden unsere politischen Führer ständig unter Druck sein, Abkommen zu erreichen, indem sie Konzessionen bei den Waffen machen.“

Der Erwartung weiterer atomarer oder chemischer Abrüstungsverträge widersprechen die Autoren unmißverständlich, indem sie feststellen: „Für die vorhersehbare Zukunft wird es nicht realistisch sein, Abkommen über die Beseitigung aller Atomwaffen oder aller chemischen Waffen anzustreben.“

Was ist nun, alles zusammengenommen, neu an der Studie? Das eigentlich Neue sind die militärstrategischen Überlegungen. In dieser Hinsicht ist der Bericht eher ein Verschnitt von Offensivstrategien, die in den Jahren der Reagan'schen Konfrontation vom Pentagon erarbeitet und teil schon eingeführt wurden:

AirLand Battle, Leitlinien-Dokument (1984-88) zur atomaren Kriegsführungsfähigkeit, maritime Offensivstrategie, Reagan-Doktrin, Kriegführung geringer Intensität“...⁶

Neu sind eher die politischen Folgen und Wirkungen auf die NATO: Als unangefochtene Weltmacht Nr. 1 brauchen sich die USA nicht um andere Interessen zu kümmern, Europa wird zum Kriegsschauplatz wie viele andere auch herabgestuft, für den die USA kein hohes Risiko eingehen sollen. Nachdrücklicher denn je fordert der Bericht von den Westeuropäern die klare Zustimmung zu offensiv-aggressiven Militärkonzepten – weitergehend, als dies mit dem FOFA-Konzept⁷ zum Kampf in die Tiefe des gegnerischen Territoriums schon geschehen ist.

Angemahnt wird von der Kommission nun die Übernahme der Doktrin, daß Atomwaffen militärisch einsetzbare und damit politisch verwertbare Waffen sein sollen, eine stärkere praktische Unterstützung bei Militäreinsätzen in anderen Regionen, vorab der Dritten Welt, und die verstärkte eigene Aufrüstung sowohl mit konventionellen als auch mit atomaren Mitteln. Die Dritte Welt soll als Kriegsschauplatz aufgewertet, künftig eher stärker heimgesucht werden. Die 1987/88 entstandene Chance auf eine neue Entspannungspolitik soll auf dem Altar einer zwar flexibleren, aber kaum weniger eskalationsträchtigen Stärkepolitik geopfert werden.

Die Studie provoziert Gegenstellungen. Aber es ist zweifelhaft, ob angesichts der Tatsache, daß sie den Umbruch in den Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa widerspiegelt, die westeuropäischen Konservativen in einer nur ablehnenden Position verharren werden. Die westeuropäischen Reaktionen zeigen eher, daß man zwar die politischen Wirkungen vor allem dort fürchtet, wo die US-Studie die klare Absage an den Abrüstungsprozeß fordert. Gleichzeitig sind aber auch Überlegungen und Forderungen für eine Ausweitung der westeuropäischen Militärkooperation bis hin zur Schaffung einer „Europäischen Sicherheitsunion“ belebt worden. Sie stand bereits im Mittelpunkt eines neuen außenpolitischen Strategiepapiers der CDU, das vom Bundesparteitag Mitte Juni d.J. in Wiesbaden beschlossen wurde.

In dieselbe Richtung argumentiert ein Entwurf „Die NATO in den 90er Jahren über den die Nordatlantische Versammlung im November 1988 in Hamburg entscheiden soll. Darin wird der Aufbau eines „echten“ westeuropäischen Pfeilers in der NATO gefordert.

Vorläufig passen die Vorschläge der Kommission nicht in die politische Landschaft. Denn in der Bundesrepublik und teilweise auch in den USA besteht dank der Friedensbewegung und der sowjetischen Abrüstungsinitiativen ein anhaltend hoher öffentlicher Druck für weitere atomare Abrüstung, ein weltweites C-Waffen-Verbot, das Verbot einer militärischen Nutzung des Weltraums und die Beseitigung offensiver Kriegsführungsfähigkeiten.

Aber es ist anzunehmen, daß die im Bericht entworfene neue US-Langzeitstrategie der „abgestuften Abschreckung“ auf den Präsidentschaftswahlkampf und auf die Ausgestaltung des außenpolitischen Konzepts des künftigen Präsidenten Einfluß nehmen wird. Eine Leihgabe dürfte bei Bush zwar größer als bei Dukakis ausfallen.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune, Paris, 4./5. und 8.6.1988
- 2) Vgl. C. Hallinan, Sneak Strategies for 21st Century, in: Peace Courier, Helsinki, Nr. 3/1988, S. 9
- 3) Die Welt, Hamburg, 19.1.1988
- 4) Dieses und alle nachfolgenden Zitate entstammen dem Kommissionsbericht: Discriminate Deterrence, Report of The Commission on Integrated Long-Term Strategie, Co-Chairmen: Fred C. Iklé and Albert Wohlstätter, Washington, 11.1.1988, S. 1ff.
- 5) Detaillierter zum Dritte-Welt-Bezug und zur LIC-Strategie siehe: Th. Horlohe, Kriegführung ohne Eskalationsrisiko, in: MEDIATUS, Starnberg, Nr. 2/1988, S. 3-6
- 6) Eingeschätzt und dokumentiert wurden diese in: AIB-Sonderheft 2/1984 zur AirLand-Battle-Doktrin, S. 3ff. und AIB 4/1987, S. 6-11
- 7) „Follow-on Forces Attack“ (Angriff auf die nachfolgenden Staffeln) wurde gemäß dem sog. Rogers-Plan im Jahr 1984 von der NATO als Modernisierungsprogramm für konventionelle Waffen beschlossen.

Aus dem Bericht der Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie Richtlinien für eine „abgestufte Abschreckung“

I. Die sich verändernde Sicherheitslage

Die Verteidigungsplanung der Vereinigten Staaten beruht seit vielen Jahren auf einer großen Strategie von außerordentlichem globalem Zuschnitt. Die Strategie besteht ganz einfach in der vorgeschobenen Stationierung amerikanischer Streitkräfte, die eindringenden Armeen Widerstand entgegensetzen sollen, wobei sie sich auf starke Reserveeinheiten und die Fähigkeit stützen können, falls erforderlich, Atomwaffen einzusetzen. Die Strategie, die sich auf Bündnisse mit anderen demokratischen Ländern stützt, zielt darauf, eine Linie zu ziehen, die kein Aggressor zu überschreiten wagt.

Die Langlebigkeit dieser Strategie ist bemerkenswert. Amerikanische Streitkräfte sind nunmehr seit 40 Jahren in Mitteleuropa stationiert. Sie befinden sich seit 35 Jahren in der Republik Korea. Das Atlantische Bündnis hat inzwischen alle in Friedenszeiten gegründeten multilateralen Bündnisse der neueren Geschichte überdauert.

Die Strategie hat einen beachtlichen Erfolg gehabt. Alle Mitglieder des Bündnisses sind noch immer freie Länder. Die sowjetischen Streitkräfte haben Westeuropa nicht angegriffen, und die nordkoreanischen Streitkräfte haben Südkorea nicht noch einmal angegriffen.

Die Strategie hat jedoch auch einige Rückschläge gehabt. Die sowjetische Macht hat die von uns gezogenen Linien umgangen und ist ins südliche Asien, in den Mittleren und Nahen Osten, nach Afrika, in die Karibik und nach Mittelamerika vorgedrungen. In einer Welt, die weniger bipolar ist, als sie einmal war, hat sich die Strategie im Umgang mit feindlichen Ländern außerhalb des sowjetischen Blocks (beispielsweise Iran) als wenig hilfreich erwiesen. In Europa selbst gibt es Anzeichen für ernste Spannungen. Dem Bündnis ist es nicht gelungen, mit den sowjetischen konventionellen Streitkräften auf dem Kontinent Schritt zu halten, und in zahlreichen Fällen ist unsere Drohung, Atomwaffen gegen sie einzusetzen, angesichts des Anwachsens der sowjetischen Atomstreitkräfte zusehends unglaubwürdig geworden.

Die Kommission schlägt nicht vor, die Strategie zu ersetzen. Wir vertrauen auf die vorgeschobene Stationierung amerikanischer Streitkräfte, auf ihre Unterstützung durch starke Reserveeinheiten und auf die Beibehaltung der nuklearen Bedrohung, um unsere Verbündeten verteidigen zu helfen. Wir sind aber auch der Auffassung, daß die strategischen Erfordernisse mit den gegenwärtigen Realitäten in Einklang gebracht werden müssen.

Die mit diesem Papier vorgelegte überarbeitete Strategie soll für viele Jahre, mindestens für 20 Jahre, als Leitlinie unserer Verteidigungsplanung dienen. Wir müssen weit vorausschauen, nicht nur, weil Veränderungen in der Politik des Bündnisses Zeit erfordern. (...)

Die Kommission betrachtet die Dinge in einer langfristigen Perspektive und geht nicht davon

aus, daß die heutige internationale Sicherheitslage von Dauer sein wird. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß sich diese Situation dramatisch verändern kann. In 20 Jahren könnte Amerika mit einer wesentlich komplexeren Situation konfrontiert sein, einige neue Großmächte und neue Waffenarten sowie Bündnisse inbegriffen.

Einige mögliche Veränderungen zeichnen sich an verschiedenen Punkten der strategischen Landschaft bereits ab, und einige scheinen einer besonderen Beachtung wert zu sein:

Der Aufstieg Japans und Chinas: Die militärische Macht spiegelt in gewisser Weise die wirtschaftliche Macht wider. Japans Wirtschaft ist derzeit zweitstärkste der Welt, und es ist mit einem weiteren Wachstum zu rechnen. In den vor uns liegenden Jahrzehnten wird eine Schlüsselfrage im Zusammenhang mit dem strategischen Gleichgewicht darin bestehen, ob Japan seine Option wahrmacht, eine militärische Großmacht zu werden. (...)

Die chinesische Wirtschaft wird in den nächsten 20 Jahren wohl ein noch schnelleres Wachstum als die der Vereinigten Staaten, Europas oder der Sowjetunion aufweisen. Im Jahre 2010 wird China vielleicht die zweit- oder drittgrößte Wirtschaftsmacht sein (die Sowjetunion ist derzeit die dritte). Es könnte in militärischer Hinsicht durchaus eine Supermacht

werden eine Periode des Übergangs zu dieser neuen Welt mit mehreren Großmächten sein. **Wirtschaftliche Schwierigkeiten der Sowjetunion:** Die anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion und die Anstrengungen des Regimes, mit Hilfe der „Umgestaltung“ damit fertig zu werden, stellen für die US-Verteidigungsplaner große Unwägbarkeiten dar. (...)

Wie steht es um die Möglichkeit, daß eine anhaltende wirtschaftliche Schwäche möglicherweise eine reduzierte sowjetische Bedrohung bedeuten könnte? Falls die Wirtschaftsreform scheitert, würde es den sowjetischen Führern auf lange Sicht schwerfallen, die gegenwärtige militärische Position des Landes aufrechtzuerhalten. (...)

Veränderungen in der Militärtechnologie: In den nächsten 20 Jahren sind bedeutsame Entwicklungen der Militärtechnologie möglich. Sie werden in erster Linie durch die weitere Nutzung der Mikroelektronik, vor allem für Sensoren und Informationsverarbeitung, und die Weiterentwicklung der Richtenergie vorangetrieben werden. Diese Entwicklungen könnten großangelegte Revisionen in den Militärdoktrinen und den Streitkräftestrukturen erforderlich machen. Bei der Entwicklung vieler relevanter Technologien sind die USA führend, was für die Sowjets ein Grund zur Beunruhigung sein könnte. Aber das militärische Establishment der Sowjetunion unternimmt bereits große Anstrengungen, sich über die militärische Verwertbarkeit neuer Technologien Klarheit zu verschaffen, und es scheint zu der Schlußfolgerung gelangt zu sein, daß sie zu revolutionären Veränderungen im Wesen eines Krieges führen werden. Die weit größere Präzision, Reichweite und Vernichtungskraft der Waffen könnten bewirken, daß sich ein Krieg über ein weit größeres geographisches Gebiet erstreckt, daß sein Tempo und seine Intensität größer werden. (...)

Die Hochtechnologie ist aber kein amerikanisches Monopol. Seit Mitte der 60er Jahre holt die Sowjetunion bei Atomwaffen auf und bringt uns allmählich um den strategischen Vorsprung, der uns als Ausgleich für den sowjetischen Vorsprung bei den Westeuropa bedrohenden konventionellen Kräften diente. (...)

Die Verbreitung moderner Waffen in der Welt: Das Verhältnis zwischen großen und kleinen Mächten wird sich eingangs des 21. Jahrhunderts verändern. (...)

Die Arsenale der kleineren Mächte werden eine Einmischung der Supermächte in regionale Kriege riskanter und komplizierter machen. Das Vermögen der USA, ihre Verbündeten rund um die Welt zu unterstützen, wird damit zunehmend in Frage gestellt. Da, wo das Eingreifen der Vereinigten Staaten notwendig erscheint, wird generell eine ausgedehntere Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt als bisher erforderlich sein. Darüber hinaus werden die Anstrengungen der USA, den militärischen Ausgang regionaler Kriege zu beeinflussen, den Einsatz unserer höchstentwickelten Waffen erfordern, selbst wenn dadurch ihre Wirksamkeit in einem amerikanisch-sowjetischen Krieg aufs Spiel gesetzt würde.

Der sich verschlechternde Zugang für die USA: Eine für die Vereinigten Staaten ungünstige



DISCRIMINATE DETERRENCE

Report of
The Commission On
Integrated Long-Term Strategy

Co-Chairmen
Fred C. Rild and Albert Wohlstetter

Members

Anne L. Armstrong	Andrew J. Goodpastr	Henry A. Kissinger
Zygmunt Brzezinski	James L. Holloman, III	Joshua Lederberg
William P. Clark	Samuel P. Huntington	Bernard A. Schriever
W. Graham Clayton, Jr.		John W. Vessey

werden, allerdings hinter der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten liegend. Was Chinas Zukunft angeht, so bleibt sie weitgehend ungewiß.

Eine Welt mit drei oder vier militärischen Großmächten würde die amerikanischen Strategieplaner mit einer weit komplizierteren Situation konfrontieren als es der vertraute bipolare Wettstreit mit der Sowjetunion tat. In jeder derartigen multipolaren Welt müßten die Vereinigten Staaten Beziehungen mit mehreren unterschiedlichen Weltmächten gestalten und entsprechende Koalitionen mit ihnen schließen. Zwischen mächtigen, nicht mit den Vereinigten Staaten verbündeten Nationen könnten Kriege ausbrechen. Bündnisse könnten sich verlagern. Die nächsten 20 Jahre

langfristige Tendenz betrifft die sich für uns verschlechternde Möglichkeit, rechtzeitigen Zugang — das heißt zum Beispiel Stützpunkte und Überflugrechte — zu Gebieten zu erlangen, die von einer sowjetischen Aggression bedroht sind. Für uns wurde es immer schwieriger und politisch kostspieliger, Stützpunkte in der Dritten Welt aufrechtzuerhalten. (...)

Das Entstehen neuer Bedrohungen in der westlichen Hemisphäre: Das Ausbleiben von bedeutenden Sicherheitsbedrohungen in der unmittelbaren Umgebung der Vereinigten Staaten trug mit dazu bei, daß sie in den Jahren seit 1945 eine globale militärische Rolle spielen konnten. Diese Situation könnte sich ändern, wenn in unserer Hemisphäre weitere prokommunistische Regimes an die Macht gelangen. Falls das sandinistische Regime in Nicaragua seine Macht festigen kann und weiterhin sowjetische Unterstützung erhält, könnten auch anderswo in Mittelamerika — zum Beispiel in El Salvador, Honduras und Panama — allmählich feindliche kommunistische Regimes errichtet werden. Es muß damit gerechnet werden, daß jeder derartige Trend die Kontrolle über den Panamakanal gefährdet und die politische Stabilität Mexikos bedroht. Im Fall derartiger Entwicklungen würden sich die Vereinigten Staaten gezwungen sehen, einen weit größeren Anteil ihrer außenpolitischen Kraft und Verteidigungsmittel für den karibischen Raum aufzuwenden, was zu einer reduzierten Rolle der USA in der NATO führen würde.

Eine herausragende Botschaft bei all diesen Unwägbarkeiten ist die Forderung nach Flexibilität in der Verteidigungsposition der USA. Wir werden voraussichtlich auch weiterhin mit sowjetischen Herausforderungen an verschiedenen Punkten der Peripherie der UdSSR konfrontiert werden, aber wir müssen auch mit einer breiteren Streuung von Herausforderungen in der Dritten Welt rechnen. Die Anforderungen an die US-Streitkräfte können sehr wohl zunehmen in einer Zeit, das der Umfang dieser Streitkräfte durch Budgetkürzungen begrenzt wird. Die Herausforderung wird darin bestehen, unsere Interessen in vielen verschiedenen Gebieten zu verteidigen, obgleich wir nicht über die Mittel verfügen, unseren Verbündeten und Freunden dort in Friedenszeiten viel Unterstützung zu gewähren. Es ist offensichtlich, daß das Pentagon mobilen und vielseitig einsetzbaren Streitkräften den Vorrang geben muß — Streitkräften, die mit ihrer Fähigkeit, schnell und abgestuft auf ein breites Spektrum von Angriffen zu reagieren, eine Aggression abschrecken können.

II. Konflikte in der Dritten Welt und die Interessen der USA

Fast alle bewaffneten Konflikte in den vergangenen 40 Jahren haben sich in Gebieten zugezogen, die vage als Dritte Welt bezeichnet werden: den verschiedenen Ländern Asiens, des Mittleren und Nahen Ostens, Afrikas, Lateinamerikas und der östlichen Karibik. (...)

Diese Konflikte in der Dritten Welt sind offensichtlich weniger bedrohlich als es jeder sowjetisch-amerikanische Krieg sein würde, obwohl sie bereits einen nachteiligen Einfluß auf den Zugang der USA zu kritischen Regionen, auf die amerikanische Glaubwürdigkeit gegenüber Verbündeten und Freunden und auf das amerikanische Selbstvertrauen hatten und ihn in zunehmendem Maße haben werden. Wenn dieser sich verstärkende Effekt in Zukunft nicht unter Kontrolle gebracht oder umgekehrt werden kann, wird er die Fähigkeit der USA, ihre Interessen in den lebenswichtigen

Regionen, wie dem Persischen Golf, dem Mittelmeer und dem Westpazifik, zu verteidigen, nach und nach untergraben.

In den kommenden Jahrzehnten werden die Vereinigten Staaten besser darauf vorbereitet sein müssen, mit Konflikten in der Dritten Welt umzugehen. Die Vorbereitungen werden nicht kostspielig sein. Aber sie erfordern eine neue Art der Planung, da häufig Einsätze, Streitkräftestrukturen und gerade nicht im Bestand der USA vorrätige Ausrüstungen erforderlich sind. (...)

Die Gewalt in der Dritten Welt bedroht unsere Interessen auf vielfältige Weise. Sie kann eine junge und unerfahrene Demokratie (wie in El Salvador) bedrohen, den Andrang einer umfangreichen Auswanderungsbewegung in die Vereinigten Staaten verstärken (wie bei den Kriegen in Mittelamerika), wichtige Stützpunkte der USA gefährden (wie auf den Philippinen), lebenswichtige Seewege bedrohen (wie im Persischen Golf) oder der Sowjetunion und ihren Stellvertretern günstige strategische Gelegenheiten verschaffen.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben häufig Terrorismus und Aufstände in der ganzen Welt gefördert. (...)

Viele unserer Probleme mit der Dritten Welt beruhen darauf, was jetzt „Konflikt mit geringer Intensität“ genannt wird. Der Begriff bezieht sich auf Aufstände, organisierten Terrorismus, paramilitärische Verbrechen, Sabotage und andere Formen von Gewalt in einer Grauzone zwischen Frieden und offener Kriegführung unter Einbeziehungen großer Einheiten. Um ihre Interessen in der Dritten Welt angemessen zu verteidigen zu können, werden die Vereinigten Staaten einen Konflikt mit geringer Intensität viel ernster nehmen müssen. (...)

Wenn man an Konflikte mit geringer Intensität denkt, sollte uns dies zu einer Reihe von Veränderungen führen. Wir werden absichern müssen, daß unser Sicherheitsbeistand auf Länder ausgerichtet ist, die sich langanhaltenden Bedrohungen gegenübersehen, und wir werden bei der Bereitstellung stabiler Hilfeleistungen über einen gewissen Zeitraum hinweg als verlässlich gelten müssen.

Wir müssen auch hinsichtlich der Konflikte mit geringer Intensität bedenken, daß sie als Form der Kriegführung nicht nur Sache des Verteidigungsministeriums sind. In vielen Situationen werden die Vereinigten Staaten nicht nur Personal und Materialien des Verteidigungsministeriums, sondern auch Diplomaten und Informationsspezialisten, Landwirtschaftschemiker, Bankiers und Ökonomen, Hydrologen, Kriminologen, Meteorologen und eine ganze Reihe weiterer Fachleute benötigen. (...)

Die hier angeführten strategischen Konzepte, die sich mit Konflikten geringer Intensität beschäftigen, könnten mit etwa 4% des Verteidigungshaushaltes finanziert werden, womit sie sich auf jährliche Ausgaben von etwa 12 Mrd \$ belaufen würden. Dieser Betrag könnte im Rahmen des gegenwärtigen Budgetumfangs

des Verteidigungsministeriums zur Verfügung gestellt werden, ohne daß damit unsere Fähigkeit, Kriege höherer Intensität zu führen, entscheidend beeinträchtigt werden würde. In der Tat würde jede solche Verlagerung der Prioritäten auf lange Sicht unsere Situation gegenüber der Sowjetunion stärken.

Obgleich Konflikte in der Dritten Welt künftig viele unterschiedliche Erwidern der Vereinigten Staaten erforderlich machen werden, ist es dennoch möglich, einige Richtlinien für die US-Strategie zu spezifizieren:

1. **US-Streitkräfte werden im allgemeinen keine Kampftruppen sein.** Eine kämpfende Rolle für die US-Streitkräfte in der Dritten Welt muß als Ausnahmeereignis gesehen werden. Einige Ausnahmen, wie 1983 in Grenada und 1986 in Libyen, werden zweifellos vorkommen, und es käme für die Vereinigten Staaten einer Selbstaufgabe gleich, eine Doktrin des „Nichteinsatzes“ für ihre Kräfte in der Dritten Welt aufzustellen. Doch die prinzipielle Aufgabe unserer Kräfte dort wird darin bestehen, die Programme der US-Sicherheitshilfe auszubauen. Dies bedeutet hauptsächlich die Bereitstellung militärischer und technischer Ausbildungshilfe und die Unterstützung bei der Aufklärung und Logistik.

2. **Die Vereinigten Staaten sollten antikommunistische Aufstände unterstützen.** In sorgsam ausgewählten Situationen, bei denen wichtige Ziele der USA gewahrt würden und in denen die US-Unterstützung den Ausgang günstig beeinflussen könnte, sollten die Vereinigten Staaten antikommunistischen Erhebungen Hilfe leisten, besonders jenen gegen Regimes, die ihre Nachbarn bedrohen. (...)

3. **Die Sicherheitshilfe erfordert eine neue Gesetzgebung und mehr Mittel.** Die Wirtschafts- und Sicherheitshilfe der USA — die Auslandshilfeprogramme zur Unterstützung von Freunden und Verbündeten der USA mit dem Ziel, grundlegende Ursachen der Instabilität abzubauen — hat sich als ungenügend und inflexibel erwiesen. Der Kongreß hat wiederholt die Forderungen der Regierung herabgestuft und 88% der Militärhilfe für nur fünf Länder bestimmt. Zum Beispiel hat der Kongreß von den 5 Mrd \$ aus dem Haushalt für 1987 für weltweiten Sicherheitsbeistand 62% für Ägypten und Israel, 17% für Griechenland und die Türkei und 6% für Pakistan bereitgestellt.

Da es offenbar notwendig war, Mittel für El Salvador, Honduras und die Philippinen bereitzustellen, hatte die Regierung weniger als 10% für den Rest der West zur Verfügung. Und sogar hier schränkte der Kongreß die Flexibilität des Präsidenten bei der Behandlung von Konflikten, die die Interessen der USA bedrohen, ein.

Gewöhnlich ist die wirksamste Militärhilfe, die wir bieten können, die Ausbildung. (...) Die Zahl der amerikanischen Militärangehörigen, die in befreundeten Ländern der Dritten Welt tätig sind, ist stark zurückgegangen. Die Sowjetunion hat heute wesentlich mehr Militärberater in der Dritten Welt als wir. (...)

Mobilmachung von US-Kampftruppen Anfang 1988 in der Panamakanalzone.



4. Die Vereinigten Staaten müssen mit ihren Dritte-Welt-Verbündeten an der Entwicklung „kooperativer Streitkräfte arbeiten. Bedauerlicherweise müssen wir diesbezüglich viel von der Sowjetunion zulernen. (...)

Einige Verbündete haben substantielle Gründe für eine Beteiligung am Programm der kooperativen Streitkräfte. Sie können auf unser gemeinsames Interesse an offenen Gesellschaften und an der Eindämmung oder Umkehrung sowjetischer Positionsgewinne in der Dritten Welt verweisen. Sie werden davon die Verbesserung ihrer eigenen militärischen Fähigkeiten und möglicherweise eine Verstärkung ihres regionalen, politischen und wirtschaftlichen Einflusses erwarten. Wir könnten hierdurch die Formierung einiger mobiler Einheiten erhoffen, die in bestimmten Regionen – oder sogar außerhalb von ihnen – für Einsätze verfügbar sind, etwa nach dem Modell der Truppen Südkoreas oder der philippinischen Eingreiftruppe, die den Vereinigten Staaten in Vietnam half.

5. In der Dritten Welt sollte die Strategie der USA – in ebenso starkem Maße wie in den entwickelten Ländern – danach trachten, unsere technologischen Vorteile maximal zu nutzen. In einigen Fällen werden Technologien, die für die Bekämpfung der Sowjets entwickelt wurden, außerordentlich nützlich sein. Auch hier wollen wir intelligente Raketen einsetzen, die in abgestufter Art und Weise wirken und mit denen begleitende Zerstörungen für die Zivilbevölkerung vermieden werden können. Fortgeschrittene Ausbildungsmethoden werden uns weitere wirksame Möglichkeiten bieten, Freunden bei der Bekämpfung von Terrorismus und Aufständen zu helfen.

Bestimmte Technologien können bei der Unterstützung der taktischen Aufklärung besonders nützlich sein, die in Konflikten in der Dritten Welt ausschlaggebend ist. Dies schließt ein:

- fortgeschrittene informationsverarbeitende Systeme, die uns und unseren Freunden die Speicherung, Ordnung, Suche und Zusammenstellung außerordentlich großer Mengen von Daten über aufständische oder terroristische Organisationen und einzelne Saboteure und Terroristen ermöglichen;

- billige Weltraumsysteme, robuste Flugzeuge und automatische Aufklärungsvehikel, mit denen man Tag und Nacht, bei jedem Wetter und in jedem Terrain große Gebiete beobachten kann und die den zusätzlichen Vorteil bieten, daß man sie in gewissem Umfang als Ersatz für Flugzeugbesatzungen verwenden kann, die umkommen oder als Geiseln genommen werden könnten;

- Netzwerke von Sensoren und anderen mikroelektronischen Ausrüstungen, die bei der Überwachung der Bewegung feindlicher Kräfte eingesetzt werden;

- bio- und mikromechanische Sensoren mit stark erweiterten Möglichkeiten zur Auffindung von Sprengköpfen (und auch Narkotika);

- naturgetreue digitale graphische Darstellungen von gefährlichen Gebieten (oder für US-Berater unzugänglichen Gebieten) zur Aufklärung, zur Erprobung von Plänen und für das Training von Sonderoperationen.

Hochtechnologie ist jedoch nicht immer die Lösung. Für viele Verbündete sind einige Transporter der Air Force und Hubschrauber der Landstreitkräfte viel zu groß, zu teuer und zu schwierig. (...)

6. Die Vereinigten Staaten müssen Alternativen zu Stützpunkten im Ausland entwickeln. In verschiedener Hinsicht werden Stützpunkte allerdings weiterhin äußerst wichtig sein, insbesondere dann, wenn wir uns gegen eine mögliche sowjetische Aggression verteidigen müssen. Wir sollten jedoch bei der Verteidigung unserer Interessen in der Dritten Welt

nicht generell auf Stützpunkte zurückgreifen. Stützpunkte in diesen Gebieten aufrechtzuerhalten, ist für uns zunehmend schwieriger geworden und fordert immer höhere politische Kosten.

Hier kann uns wiederum unsere Technologie helfen. Billige Satelliten im Weltall können bis zu einem gewissen Grade die Kommunikations- und Aufklärungsfunktionen von überseeischen Stützpunkten übernehmen. Wir können sehr langlebige – bemannte oder unbemannte – Flugzeuge zu Überwachungszwecken herstellen. Wir verfügen auch über eindrucksvolle Optionen auf See. Unsere Operationen können, außer Reichweite von internationalen Gewässern oder von Hoheitsgewässern unserer Verbündeten ausgeführt, viel sicherer sein als die von Landstützpunkten aus unternommenen. Zu den interessantesten untersuchten Möglichkeiten gehört die Nutzung von gewöhnlichen Containerschiffen der Handelsflotte zur Unterstützung besonderer Einheiten, wobei in den Containern alle benötigten militärischen Ausrüstungen mitgeführt werden.

III. Kriege an der Peripherie der Sowjetunion

Ebenso wie die Atomstreitkräfte der Sowjetunion stellen ihre konventionellen Kräfte eine fürchterliche Macht dar. (...)

Die Nachbarn der Sowjetunion im Fernen Osten sind in einiger Hinsicht im Vorteil. Japan ist durch seine geographische Lage begünstigt (und durch die relative Mäßigung der sowjetischen amphibischen Kriegsführungsfähigkeiten). Die Republik Korea ist stark geschützt, und ihre Fähigkeiten, konventionellen Angriffen von Nordkorea aus standhalten zu können, sollte noch verstärkt werden; doch wird die Verteidigung Südkoreas im Schatten einer möglichen sowjetischen Intervention gesichert werden müssen. Die Hilfe der USA wird weiterhin erforderlich sein, um eine solche Intervention von außen zur Unterstützung eines nordkoreanischen Angriffs abzuschrecken.

An anderen Punkten der Peripherie wird sich das konventionelle Kräfteverhältnis weiterhin zugunsten der Sowjets verlagern. Sie wären z.B. bei einem Angriff auf Nordchina oder bei einem auf die nördlichen Gebiete Europas bezogenen Angriff im Vorteil. Ein breiter Angriff auf Westeuropa wäre problematischer. Doch fällt auch hier das konventionelle Kräfteverhältnis zum Vorteil der Sowjetunion aus. Der Vorteil der Sowjetunion wäre bei einem Angriff im Gebiet des Persischen Golfes sogar noch größer.

Es wird zuweilen angenommen, daß die Sowjetunion niemals allein nur in der Golfregion angreifen würde, daß ein solcher Angriff mit Sicherheit Teil eines breiter gefächerten Angriffs auf Europa wäre, oder daß er unweigerlich auf Europa übergreifen würde. Diese Annahme ist unhaltbar. Die Turbulenzen der Region, die auf absehbare Zukunft fortdauernde Wichtigkeit ihres Öls für die westlichen Länder, die für ihre Gegenkräfte in der Region ersten Einschränkungen – dieser gesamte Komplex von Faktoren macht es wahrscheinlich, daß die führenden sowjetischen Repräsentanten eine Gelegenheit zur Intervention aufgreifen könnten – beispielsweise, indem sie eine „Einladung“ zur Unterstützung eines neuen Revolutionsregimes ausnutzen könnten. (...) Die Fähigkeit des Westens, Bedrohungen in der Golfregion abzuwehren, hat sich seit den 50er Jahren wesentlich verringert, ob-

wohl die strategische Bedeutung des Gebietes gewachsen ist. (...)

Nicht alle Trends sind ungünstig. In den vergangenen sieben Jahren ist die Kapazität für den Transport auf dem Luft- und Seeweg der USA um etwa 50% gestiegen. Es gibt für uns Möglichkeiten, auf dieser Verbesserung aufzubauen und unsere Fähigkeit zur Verteidigung des Golfs zu erhöhen. Die Verteidigung wird jedoch maßgeblich davon abhängen, ob wir zuverlässige Luftstreitkräfte in der Region haben. Wenn wir über Stützpunkte in der Nähe des Golfs verfügen, wird unsere Fähigkeit steigen, taktische Luftstreitkräfte zusätzlich zu jenen zusammenzuziehen, die von unseren Flugzeugträgern bereitgestellt werden könnten.

Die amerikanische Luftstreitmacht wäre tatsächlich eine wirksame Bedrohung für die in einen Golfstaat einfallenden sowjetischen Truppen, die notwendigerweise an verschiedenen Punkten, im Iran, Afghanistan oder ihren Stützpunkten im Transkaukasus, zusammengezogen würden.

Das wichtigste Problem für uns ist, daß wir – abgesehen von trägergestützten Flugzeugen und bodengestützten Langstreckenflugzeugen – keinen gesicherten rechtzeitigen Zugang für unser Luftwaffenpotential haben. Die Aufgabe lautet, uns diesen zu verschaffen.

Die Türkei, die NATO-Mitglied ist, schließt geographisch an das große militärische Gebiet der Sowjetunion an, von dem aus die Region bedroht wird. Der Ausbau des türkischen Verteidigungspotentials, insbesondere der Luftstreitkräfte, würde jede sowjetische Planung von Operationen in der Golfregion wesentlich beeinträchtigen. Sofern die anderen NATO-Verbündeten deutlich ihr Vermögen und ihre Fähigkeit demonstrierten, einen sowjetischen Angriff gegen die Türkei zurückzuschlagen, könnten sie dieses sowjetische Dilemma noch verstärken.

Außerdem sollten wir andere Freunde in dieser Region – beispielsweise Saudi-Arabien – weiterhin ermutigen, mit dafür zu sorgen, daß den USA der Zugang erleichtert wird und daß der einzigen Macht, die sie in einem Katastrophenfall verteidigen kann, Stützpunkte zur Verfügung gestellt werden. In den jüngsten Jahren sind diesbezüglich beachtliche Fortschritte erzielt worden, aber es ist noch mehr erforderlich. Die Gefahr, der wir uns in dieser Region gegenübersetzen, besteht darin, daß die Sowjetunion in der Lage sein wird, sehr schnell, bevor wir die geringste Chance haben, sie daran zu hindern, enorme Streitkräfte dorthin zu bringen. (...)

Bei der Entwicklung einer Strategie für den Umgang mit der konventionellen Macht der Sowjetunion halten wir eine Binsenwahrheit fest: Im Atomzeitalter bliebe kein konventioneller Krieg, bei dem es zu Kämpfen zwischen amerikanischen und sowjetischen Streitkräften käme, von Atomwaffen unberührt. Der Krieg würde unweigerlich im Schatten der atomaren Bedrohung geplant und geführt.

Bei den Strategien für einen konventionellen Krieg in Europa kommt man wiederholt auf dieses Thema zurück. (...)

Selbst wenn die NATO dramatische Verbesserungen ihrer konventionellen Verteidigung vornimmt, wird das Bündnis dennoch zumindest aus zweierlei Gründen Atomwaffen (einschließlich in Europa stationierte Waffen) besitzen wollen. Erstens, weil Atomwaffen verteideln, daß bei einem Angriff Streitkräfte massiert werden. Zweitens, weil die Fähigkeit der NATO, mit kontrollierten und wirksamen atomaren Schlägen zu reagieren, die sowjetische Versuchung gering halten würde, selbst solche Waffen bei abgestuften Angriffen auf Schlüsselemente des konventionellen Potentials der NATO einzusetzen.

Die Natur dieser Abschreckung sollte jedoch weniger zweideutig sein. Das Bündnis sollte nicht damit drohen, Atomwaffen als Kettenglied zu einem umfassenderen und zerstörerischen Krieg einzusetzen – obgleich die Gefahr einer Eskalation noch vorhanden wäre –, sondern hauptsächlich als ein Instrument, das den eindringenden sowjetischen Streitkräften einen Erfolg versagt. Die Atomwaffen würden beispielsweise abgestuft bei Angriffen auf sowjetische Befehlszentralen oder Truppenkonzentrationen eingesetzt. Das nukleare Potential des Bündnisses wird, genau wie sein Potential für einen konventionellen Krieg, durch neue Technologien, bei denen Präzision und Kontrolle im Vordergrund stehen, an Abschreckungskraft gewinnen. (...)

Obgleich die militärische Macht der Sowjetunion in Ostasien weniger furchterregend als in der Golfregion oder in Europa ist, hat sie doch zugenommen. Und sie stellt, zusammen mit den Streitkräften Nordkoreas, eine Gefahr für Südkorea dar. Diese Bedrohung beunruhigt auch Japan und andere Länder. Die zunehmende militärische Präsenz der Sowjetunion in Südvietnam, zusammen mit der Ungewißheit um die Zukunft der US-Stützpunkte auf den Philippinen, wirft die Möglichkeit einer größeren strategischen Verlagerung in Südostasien auf.

Die Präsenz der US-Streitkräfte in dieser Region stellt eine wichtige Abschreckung eines Angriffs dar. Sie trägt zur Vereitelung einer sowjetischen Aggression in anderen Regionen bei, und sie hat den Vorteil, nicht besonders kostenintensiv zu sein. Unsere besondere Stärke besteht in den flexiblen, an jedem Schauplatz einsetzbaren Seestreitkräften. Genau wie die Streitkräfte für Europa werden auch sie durch intelligente Distanzwaffen, die auf neuen Technologien basieren, ergänzt werden.

IV. Die extremen Bedrohungen

Die Verteidigungsplanung der Vereinigten Staaten ist lange von zwei extremen Bedrohungen beherrscht worden. Die erste ist ein massiver konventioneller Angriff des Warschauer Pakts auf die NATO, der in erster Linie auf die Eroberung Westeuropas gerichtet ist. Die zweite, noch apokalyptischere Bedrohung ist ein massiver sowjetischer Atomangriff auf strategische Kräfte der USA und andere militärische Ziele im Westen, von denen sich viele in oder nahe von Städten befinden. Die erste

US-Leitzentrale Norad, die Einsätze strategischer Waffen weltweit steuert und überwacht.



Bedrohung bietet im Grunde keinem Verbündeten die Chance, sich herauszuhalten, die zweite bietet den Vereinigten Staaten keinen Anreiz, sich zurückzuhalten. (...)

Eine Strategie, die auf diesem „atomaren Schlagabtausch“ beruht, hat ernste Nachteile. Sie ist bestenfalls für diese beiden extremen Bedrohungen geeignet. Eine zu starke Konzentration darauf hält die Verteidigungsplaner davon ab, sich mit vielen anderen wichtigen und weitaus wahrscheinlicheren Situationen zu befassen, in denen die Drohung mit einer atomaren Vernichtung nicht glaubwürdig wäre. (...) Die Betonung massiver sowjetischer Angriffe führt bei den Verteidigungsplanern zu einer eingeeengten Sichtweise. Ausgehend davon, daß jeder Angriff schnell weltweite Dimensionen annehmen und zwangsläufig die meisten unserer Verbündeten einbeziehen würde, haben die Planer das Problem der Uneinigkeit der Allianz in der Frage eines selektiven Angriffs (das Problem des Rückzugs) außer acht gelassen. Sie haben unsere Aussichten, die Spannungen innerhalb des sowjetischen Imperiums auszunutzen (und den Osteuropäern Gründe zu liefern, einen Rückzug in Erwägung zu ziehen), nicht genügend beachtet. Sie haben den Krieg an Europas zentraler Front, wo die Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen glaubhafter sein mag, überbetont, und es versäumt, die Möglichkeit sowjetischer Angriffe an den Flanken, in Norwegen oder der Türkei, einzukalkulieren. (...)

Was sollten die Vereinigten Staaten tun, um die Wahrscheinlichkeit so gering wie möglich zu halten, daß der extreme Fall – der atomare Rundumangriff – näherrücken wird? Die Antwort liegt auf der Hand. Die Abschreckung vor einem solchen Angriff erfordert das garantierte Überleben nicht nur starker Streitkräfte für den Vergeltungsschlag, sondern auch des Befehls- und Kommunikationssystems zu deren Führung. (...)

Um jedoch vorstellbare sowjetische Atomangriffe abzuschrecken, müssen wir in der Lage sein, nicht nur abgestuft zu antworten, sondern wir müssen auch über einige Möglichkeiten verfügen, um einen solchen Krieg in Grenzen zu halten – zu gewährleisten, daß er sich nicht schnell zu einer Apokalypse entwickelt. Die Revolution in der Mikroelektronik (und Photonik), verbunden mit Fortschritten in bestimmten Weltraumtechnologien, haben die Arten der Telekommunikation für die Kommandozentralen vervielfacht und generell die Möglichkeit einer überlebensfähigen Führung und Leitung eher erreichbar gemacht. (...)

Sie haben die Schaffung eines Kommandosystems auf der Grundlage mehrerer Zentralen

ermöglicht, deren Schutz in ihrer Vielzahl liegt. Das Bild einer „enthaupteten“ Atomstreitmacht sollte der Vergangenheit angehören. Die Annahme, daß in einem Atomkrieg die Führung und Leitung sofort zusammenbrechen würden, hat dazu geführt, daß einige Verfechter der „Stabilität“ durch gegenseitige Verwundbarkeit dazu gebracht, den Start unserer strategischen Raketen befürworten, sobald ein Warnsystem der USA einen sowjetischen Raketenstart signalisiert. Dieses Konzept beinhaltet ein leichtsinniges Spiel mit dem Schicksal. Es muß aus unserer Langzeitstrategie verbannt werden. (...)

VI. Bewältigung der Technologie

Obwohl sich die Strategie der USA seit dem 2. Weltkrieg stets weitgehend auf unsere technologische Überlegenheit gestützt hat, ist die Überlegenheit der amerikanischen Technologie heute geringer als sie sein sollte. Sogar einige Länder der Dritten Welt entwickeln sich jetzt zu selbständigen Produzenten und Nutzern von Hochtechnologie. Die Sowjetunion ist in einer Reihe von Bereichen im Vormarsch. (...)

Die USA könnten bei einer wachsenden Zahl von Grundtechnologien mit wichtigen militärischen Anwendungsmöglichkeiten ihre Überlegenheit an die Sowjetunion verlieren. Überdies ist die Sowjetunion bei der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf stationierte militärische Systeme in jüngster Zeit viel erfolgreicher gewesen als wir. (...)

Wir können jetzt entscheiden, welchen Programmen in der neuen Langzeitstrategie höchste Priorität gegeben werden sollte. Im allgemeinen zählen dazu Programme, die unsere Fähigkeit stärken, durch kontrollierte, abgestufte Gewaltanwendung auf Aggressionen zu reagieren. Außerdem schließt dies Programme ein, die auf unterschiedliche Weise die Flexibilität erhöhen und die Auswahl der Optionen, die künftige Präsidenten haben, erweitern. Wir sollten auch den Ausgaben für Grundlagenforschung und fortgeschrittenste Entwicklung eine hohe Priorität beimessen – eine höhere als in den vergangenen Jahre.

Unter den Programmen, auf die diese Kriterien zutreffen, scheinen folgende vier besonders dringend zu sein:

1. die Einbeziehung von Systemen mit „geringer Entdeckungswahrscheinlichkeit“ (Stealth) in die Anordnung unserer Streitkräfte;
2. „intelligente“ Waffen – gelenkte Präzisionswaffen, die hohe Treffsicherheit mit großer Reichweite verbinden;
3. Abwehrsysteme gegen ballistische Raketen; und
4. Weltraumsysteme, die für Operationen in Kriegszeiten benötigt werden. (...)

Bei einem konventionellen Angriff würden die Sowjets ihre eigenen Satelliten als wesentliche Unterstützung ihrer militärischen Operationen benutzen. Deshalb benötigen wir die Mittel, um die Funktionstüchtigkeit sowjetischer Satelliten zu beeinträchtigen, und zwar nicht nur als Reaktion auf sowjetische Angriffe auf unsere Satelliten, sondern weil sie ihre Satelliten zur Unterstützung von Land-, See- und Luftstreitkräften beim Angriff auf unsere Luft-, Land- und Seestreitkräfte zur Erlangung und Weitergabe von Informationen benutzen würden. (...)

(Quelle: Discriminate Deterrence. Report of The Commission on Integrated Long-Term Strategy, Co-Chairmen: Fred C. Iklé/Albert Wohlstetter, Washington, Januar 1988, S. 5-53)



Verhandlungspartner (v.l. n.r.): Risquet (Kuba), van Dunem (Angola), Crocker (USA) und van Heerden (Südafrika) in London am 4. 5. 1988 (l.); angolansische Truppen bei der Verteidigung von Cuito Cuanavale im März d. J.

Joachim Becker

Eine Verhandlungslösung scheint greifbar nahe

Presseberichte deuten daraufhin, daß internationale Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias auf Basis der UN-Sicherheitsratsresolution 435 aus dem Jahr 1978 (sie sieht eine Unabhängigkeit des von Südafrika besetzten Landes nach freien Wahlen unter Aufsicht der UNO vor), über einen Abzug der südafrikanischen Truppen aus Angola und – unter diesen Voraussetzungen – über einen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola weit vorangeschritten sind. Bisher hatte Südafrika, mit Unterstützung der Regierung Reagan, den Abzug der Kubaner aus Angola zur Vorbedingung der Unabhängigkeit Namibias gemacht und unter diesem Vorwand die Entkolonisierung blockiert.

Die Initiative für eine Verhandlungslösung dieses „Regionalkonflikts“ ist von Angola ausgegangen. Mit verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen ist Angola seit seiner Unabhängigkeit (1975) einer massiven militärischen Destabilisierung ausgesetzt.

Die Hauptdestabilisierer sind Südafrika und seit 1981 erneut die USA. Ein wichtiges Destabilisierungsinstrument dieser beiden Staaten sind die konterrevolutionären Banden der Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA).

Mitte 1987 trat die von der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) geführte Regierung sowohl militärisch als auch diplomatisch die Gegenoffensive an. Mitte 1987 begannen die angolansischen Regierungstruppen (FAPLA) eine erneute Offensive gegen die UNITA-Präsenz im Südosten des Landes. Im September geriet die UNITA durch die FAPLA-Offensive gegen ihre Stellungen bei Mavinga in ärgste Bedrängnis.

Ziel der Regierungsoffensive war es, Mavinga, das ein für den Nachschub wichtiges Flugfeld hat, einzunehmen und die UNITA im Südosten des Landes verstärkt einzuschnüren. Eine Eroberung von Mavinga hätte für die FAPLA auch die Perspektive einer Eroberung des UNITA-„Hauptquartiers“ in Jamba eröffnet.

Wie in der vergleichbaren Situation im September 1985, ließ die Reaktion Südafrikas nicht auf sich warten. „Vier südafrikanische Battalione haben ihre Angriffe auf unsere Streitkräfte entlang des Lomba-Flusses (bei Mavinga; d. Verf.) seit dem 1. Oktober intensiviert“, berichtete die angolansische Nachrichten-

agentur ANGOP Anfang Oktober 1987.¹ Auch die südafrikanische Luftwaffe flog zahlreiche Einsätze gegen Südost- und Südangola. Am 3. Oktober gab Südafrikas Verteidigungsminister Magnus Malan im üblichen Understatement „eine begrenzte Präsenz“ südafrikanischer Truppen in Angola zu.²

In heftigen Gefechten konnten Verbände der SADF, der South West Africa Territorial Forces (SWATF), das sind namibische Marionettentruppen Südafrikas, und die UNITA die FAPLA-Offensive stoppen. Wie gewohnt heftete sich die UNITA den Sieg auf die Fahnen.³

Desavouiert wurde diese Behauptung diesmal von Pretoria selbst. Südafrika habe vor der klaren Entscheidung gestanden, erklärte Verteidigungsminister Malan am 12. November 1987, „die Niederlage Dr. Savimbis zu akzeptieren oder die russische Aggression zum Halten zu bringen“. Südafrika habe sich dann zum Handeln entschlossen.⁴ Gegenüber der südafrikanischen Öffentlichkeit gab General Jannie Geldenhuys zwei zentrale Gründe für die Intervention an: eine Einnahme der Bastion der UNITA in Südostangola hätte der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) in Nordostangola verbesserte Operationsmöglichkeiten gegeben und den südafrikanischen Guerilleros des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) neue Infiltrationsrouten von Lagern in Angola nach Südafrika eröffnet.⁵ Tatsächlich ging es Südafrika hauptsächlich um die Erhaltung der UNITA-Infrastruktur und die Stärkung der eigenen Position in den laufenden internationalen Verhandlungen. Ein wesentlicher Grund für das bemerkenswerte Interventioneingeständnis Südafrikas waren seine beträchtlichen Verluste in den Kämpfen gegen die angolansischen Regierungstruppen, und nicht kubanische und „russische“ Truppen, wie Malan log. Allein von September bis Mitte November 1987 fielen nach offiziellen südafrikanischen Angaben 37 weiße südafrikanische und namibische Soldaten in Angola.⁶ Zahlen zu den Verlusten ihrer schwarzen Soldaten veröffentlichten die Südafrikaner nicht.

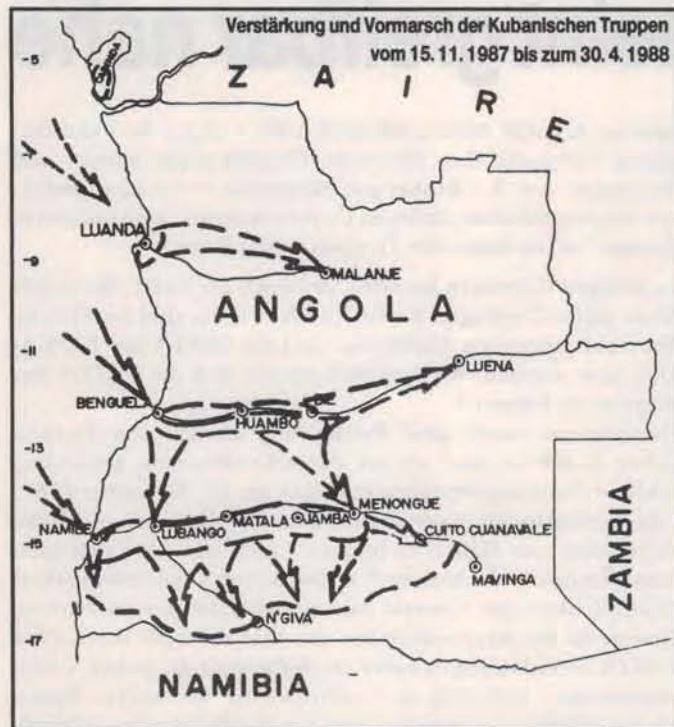
Der FAPLA-Stabschef António França „Ndlu“ gab die Verluste Südafrikas am 10. November mit 230 Personen an, Südafrika habe auch erhebliche Materialverluste erlitten. Besonders hohe Verluste an Menschenleben mußten die schwarzen süd-

afrikanischen und namibischen Truppen hinnehmen. „Mehr als 400 Mitglieder des 101. Bataillons der SWA Territorial Force (SWATF) haben gemeutert, indem sie sich weigerten, innerhalb Angolas auf der Seite von Savimbis UNITA-Bewegung zu kämpfen“, berichtete die progressive südafrikanische Wochenzeitung „Weekly Mail“ am 20. November 1987. Es sei zu Verhaftungen und Dienstquittierungen gekommen.⁷

Angehörige des 101. Bataillons wurden in UNITA-Uniformen gesteckt, bevor sie nach Angola entsandt wurden. Sie seien als „UNITA-Söldner gegen unseren Willen“ eingesetzt worden, klagte ein Mitglied des 101. SWATF-Bataillons, das den Dienst quittierte. „FAPLA nutzt hoch entwickelte Waffen, während wir nur mit leichten bewaffnet sind“, führte er seine Klage weiter. Die SADF sei „feige“, da sie hinter den SWATF-Soldaten kämpfe.⁸

Ähnliches berichtete auch der kriegsgefangene UNITA-Offizier Sebastião de Almeida über das Verhältnis SADF-UNITA: „Sie kämpfen in Fahrzeugen, während die UNITA-Soldaten hinter ihnen herlaufen müssen.“ Die hohen Verluste hätten in der UNITA „politische Probleme“ geschaffen, fügte er hinzu.⁹ In dieser Phase der Kämpfe erlitten auch die FAPLA hohe Verluste.

Ganz deutlich Flagge im Angola-Konflikt zeigte das Apartheidregime im November 1987 mit einem Besuch von Staatspräsident P.W. Botha und mehreren Ministern im südangolanischen



Kriegsgebiet. Statt sich, wie vom UN-Sicherheitsrat gefordert, zurückzuziehen, verstärkte Südafrika seinen Aggressionsdruck weiter. Präsident dos Santos drohte daraufhin, „noch einmal auf internationalistische Hilfe unserer kubanischen Verbündeten und Freunde, die in Angola sind“, zurückzugreifen, um die vollständige Kontrolle über das angolansische Territorium wiederherzustellen.¹⁰

Während sich der Hauptstoß der Aggression gegen Südostangola richtete, wurden UNITA-Gruppen – und anscheinend auch ein kleines südafrikanisches Kontingent – in der Gegend um Cuemba an der Benguela-Bahn aktiv, um einen Weg nach Norden zu öffnen, das Zentrum des Landes leichter destabilisieren zu können, die fortgesetzte Unterbrechung der Benguela-Bahn sicherzustellen und anscheinend um die angolansischen Versorgungslinien in den Südosten zu unterbrechen. Sie konnten jedoch keinen strategischen Punkt erobern.

Unter weiterhin bedeutsamen Verlusten an Menschen und

Material bemühten sich Südafrika und die UNITA in mehrmonatigen Gefechten darum, das strategisch bedeutsame Cuito Cuanavale in der südöstlichen Provinz Cuando Cubango einzunehmen und die angolansische Verteidigungslinie von Namibe über Lubango und Cuito Cuanavale bis zur sambischen Grenze zu durchbrechen. Mehrfach wurde der Fall der Stadt bzw. ihr bevorstehender Fall von der UNITA bzw. südafrikanischen Quellen gemeldet. In einer krassen Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses erklärte Südafrikas Schützling Savimbi Ende März den „Freistaat Angola“, komplett mit Kabinett und Premierminister.

„Aber die Dinge liefen nicht gut für die SADF und die UNITA“, schrieb Godwin Matatu am 16. Mai 1988 in der Londoner Zeitschrift „West Africa“: „In ihrem vierten Versuch, die Stadt (Cuito Cuanavale; d. Verf.) am 23. März einzunehmen, erlitten sie ihre wohl ernstesten Verluste im Krieg in Angola. Eine mechanisierte SADF-Kolonie, die von UNITA-Kundschaftern begleitet wurde, wurde von der angolansischen Schußkraft zurückgeschlagen, als sie in einem Minenfeld 7 km östlich von Cuito Cuanavale in die Falle gingen. Sie zogen sich hastig zurück und ließen mehrere Centurion-Panzer ... und viele Panzerwagen zurück. Sie ließen mehrere Tote zurück (und die Südafrikaner sind immer vorsichtig, ihre Toten nicht zurückzulassen) und es gab mehrere verwesende Körper von UNITA-Rebellen, als ich die Szene besuchte.“

Die angolansische Armee wurde bei der Verteidigung von Cuito Cuanavale nun auch von kubanischen Truppen unterstützt. Zu diesem Zeitpunkt stockte Kuba in Übereinstimmung sein Truppenkontingent in Angola auf. Sein starkes Engagement bedeutet für Kuba auch eine beträchtliche wirtschaftliche Belastung. „Kuba erhält weiterhin keine materielle Entgeltung für den Internationalismus, den es auf militärischem Gebiet in Angola in solch einer exemplarischen Weise praktiziert“, sagte Präsident dos Santos auf einer Parteikonferenz am 14. Januar 1985 und fügte hinzu, Kuba „entschied vor mehr als einem Jahr, aufzuhören, vom angolansischen Volk eine Bezahlung zu erhalten.“¹¹ Angola trägt allein die lokalen laufenden Kosten der kubanischen Truppen.¹²

Nach der erfolgreichen Verteidigung von Cuito Cuanavale sind die FAPLA und die kubanischen Truppen weiter in Richtung Namibia vorgestoßen. Anscheinend haben die südafrikanischen Truppen in Angola, die von gut 3.000 Mann im November 1987 auf etwa 9.000 im März 1988 aufgestockt wurden, im Frühjahr 1988 außerordentlich hohe Verluste an Menschen und Kriegsmaterial erlitten.¹³

Parallel zur militärischen Offensive ging die MPLA-Regierung Mitte 1987 auch diplomatisch in die Offensive. Beide Seiten – Angola und Südafrika – wußten hierbei, daß ihre Verhandlungsposition wesentlich von ihrer militärischen Position abhing.

Aus einer militärisch gefestigten Position nahm die MPLA-Regierung im Juli 1987 den Gesprächsfaden mit den USA über eine regionale Friedenslösung wieder auf, der nach dem offenen US-Engagement auf seiten der UNITA abgerissen war. Am 4. August 1987 erklärte die angolansische Regierung, kubanische Truppen könnten schneller und in größeren Kontingenten aus Südangola abgezogen werden, als Angola dies in dem Brief von Präsident dos Santos an den UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar vom November 1984 vorgesehen hatte. Eine derartige größere Flexibilität hatten Angola und Kuba bereits in einer gemeinsamen Erklärung vom 1. August 1987 angekündigt.

Unverändert blieben jedoch die Bedingungen für einen Abzug kubanischer Truppen aus Angola: Unabhängigkeit Namibias auf Basis der UN-Sicherheitsratsresolution 435/1978, Abzug der südafrikanischen Truppen aus Angola, Beendigung der südafrikanischen Aggression und Wahrung der nationalen Integrität Angolas, was konkret ein Ende ausländischer Unterstützung für die UNITA beinhaltet.¹⁴ Verhandlungen mit der UNITA, Wunschtraum Pretorias und Washingtons, schloß Präsi-



Bei Cuito Cuanavale erbeuteter südafrikanischer Panzer.

dent dos Santos nach einmal nachdrücklich aus. Während seiner Westeuropareise, auf der er für die angolische Friedenspolitik warb, betonte Präsident dos Santos Ende September 1987 in seiner Rede vor der portugiesischen Nationalversammlung: „Wir teilen unsere Macht nicht mit unseren Verleumdern und Leuten, die im Dienst der Apartheid stehen“, und „eine Versöhnung zwischen dem Opfer und dem Mörder ist nicht möglich.“¹⁵ Während Angola in den Gesprächen mit den USA gewisse Fortschritte erzielte, erwies sich Südafrika als größtes Hindernis für eine diplomatische Friedenslösung. „Wir werden jedoch nicht mit unseren Bemühungen aufhören,

**Die Initiative
für eine Verhandlungs-
lösung dieses Regionalkonflikts ist
nicht von den USA, sondern
von Angola ausgegangen**

eine globale Lösung zu suchen, die der kolonialen Besetzung Namibias durch das rassistische Südafrika ein Ende setzt und unserem Volk Frieden bringen könnte“, betonte Präsident José Eduardo dos Santos in seiner Neujahrsansprache für 1988. „Wir werden unsere Gespräche mit den USA fortsetzen und schließen direkte Verhandlungen mit der südafrikanischen Regierung nicht aus, wenn sie ihre Streitkräfte aus Angola abzieht.

Der allgemeine Trend in der Weltpolitik ist heute die schrittweise Ersetzung der militärischen Konfrontation durch die Suche nach politischen Verhandlungslösungen, und ich glaube, daß früher oder später auch Südafrika diesen Weg einschlagen wird. Das jüngste Abkommen zwischen der Sowjetunion und den USA und die Entspannung in den Ost-West-Beziehungen eröffnen neue Aussichten für die friedliche Koexistenz und die Lösung sog. Regionalkonflikte durch friedliche Mittel, entweder mit der gegenwärtigen US-Administration oder mit einer anderen.“¹⁶

Am 28. und 29. Januar fand in Luanda eine erneute angolisch-US-amerikanische Gesprächsrunde statt, in die auch Jorge Risquet Valdés, Politbüro-Mitglied der Kommunistischen Partei Kubas, einbezogen wurde. Angola und Kuba erklärten sich nun prinzipiell zum Abzug aller kubanischen Truppen aus Angola bereit, stellten jedoch für den Truppenabzug dieselben Bedingungen wie zuvor.

Vom 9. bis 11. März 1988 fanden erneut angolisch-kubanisch-US-amerikanische Gespräche in Luanda statt. Bei dieser Gelegenheit legten Angola und Kuba der US-Delegation einen gemeinsamen Entwurf – zwischen Angola, Kuba, Südafrika und der SWAPO – vor, der, so das Kommuniqué des angolischen Außenministeriums, „es möglich macht, die Sicherheit Angolas, die Unabhängigkeit Namibias und Frieden in beiden

Ländern zu erreichen“. Der Entwurf enthielt einen Zeitplan für den Rückzug der kubanischen Truppen, die südlich des 13. Breitengrades stationiert sind, in den Norden und ihre schrittweise Heimkehr nach Kuba bis zu ihrem völligen Abzug.

„Diese Geste der Flexibilität und des guten Willens durch die angolische und kubanische Regierung“ hänge, so das angolische Kommuniqué, von einer Beendigung der US-amerikanischen und südafrikanischen Unterstützung der UNITA, dem Rückzug der südafrikanischen Truppen aus Angola, der Wahrung der nationalen Integrität und Souveränität Angolas und der Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 435/1978 über die Unabhängigkeit Namibias ab.¹⁷

Die Einleitung der Entkolonisierung Namibias auf der Grundlage der einschlägigen UN-Beschlüsse ist für Angola eine ganz zentrale Voraussetzung für den schrittweisen Abzug der kubanischen Truppen aus Angola, weil allein ein freies Namibia für Angola ein Ende der umfassenden südafrikanischen Aggressionen garantieren würde. Wenige Tage später legte der Unterstaatssekretär für Afrikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Chester Crocker, dem südafrikanischen Außenminister Roelof Botha die angolisch-kubanischen Vorschläge vor. Dieser lehnte die Vorschläge als unzureichend ab. Um diese Zeit verdeutlichten die höchsten südafrikanischen Staatsspitzen, Präsident P.W. Botha und Verteidigungsminister Malan, daß Südafrika nicht bereit wäre, die UN-Sicherheitsratsresolution 435/1978 über Namibia umzusetzen. Der Grund ist einfach: Die SWAPO würde – mit den entsprechenden psychologischen Folgen in Südafrika – freie und faire Wahlen in Namibia gewinnen.

Malan machte deutlich, daß Südafrika außerdem eine Regierungsbeteiligung der UNITA in Angola wolle.¹⁸ Großmülig verkündete Malan Anfang März d.J., auf dieser Linie sei Südafrika bereit, mit der Sowjetunion(!) einen Handel abzuschließen.¹⁹ Selbst konservative südafrikanische Beobachter hielten diese Positionen für völlig unrealistisch. Und in den darauffolgenden Wochen revidierte das südafrikanische Regime seine Position.

Gründe für die zunehmende Verhandlungsbereitschaft Pretorias waren anscheinend einerseits schwere militärische Rückschläge in Angola, andererseits die Aussicht auf eine weniger apartheidfreundliche US-Regierung nach Reagan.

Am 3. und 4. Mai 1988 fanden in London erstmals vierseitige Gespräche zwischen Angola, Kuba, Südafrika und den USA statt. Die SWAPO sei von „ihren treuen Freunden“, Angola und

AUSSTEIGER/-IN GESUCHT

Für den Ausbau unseres Großhandelsvertriebs an Dritte-Welt-Läden, Naturkostläden, Aktionsgruppen, Schulen... von Projektwaren aus Unterentwicklungsländern (Genußmittel, Kunsthandwerk) sowie Umweltschutzpapier suchen wir entwicklungspolitisch engagierte/n Kollegen/-in,

- * der/die Erfahrungen im Vertrieb an Wiederverkäufer hat,
- * der/die sich von der Marktbeobachtung, über die Entwicklung von Vertriebsstrategien bis hin zu deren Verwirklichung alle anfallenden Arbeiten (auch "Skavenarbeiten" wie Warennachschub ins Lager oder kommissionieren) zutraut,
- * der/die sich in der Zusammenarbeit mit unkonventionellen sog. "Alternativen" zurechtfindet,
- * der/die sich mit einem eher bescheidenen Salär abfindet

und überhaupt nett ist und in unser kleines Team passt!

DRITTE WELT laden ravenburg

Marktstr.51, 7980 Ravensburg, Tel.: 0751-33132

Kuba vertreten worden, sagte Risquet Valdés.²⁰ Details über den Inhalt der Gespräche wurden nicht bekannt, laut der Londoner „West Africa“ sollen sie explorativen Charakter gehabt haben. Bereits am 13. Mai d.J. fanden dann zweiseitige angolanisch-südafrikanische Gespräche in Brazzaville (VR Kongo) über den Rückzug kubanischer Truppen aus Angola und die Unabhängigkeit Namibias statt. Der hohe Stellenwert der Gespräche wurde durch die Teilnahme von Verteidigungsminister Malan und Außenminister Roelof Botha auf südafrikanischer Seite unterstrichen.²¹

Am 19. Mai d.J. führten dann auch der Unterstaatssekretär für Afrikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Chester Crocker, und der sowjetische Vize-Außenminister Anatoli Adamaschin in Lissabon Gespräche über das Südliche Afrika. Die Sowjetunion gab bekannt, sie sei bereit ein regionales Friedensabkommen mitzuguarantieren. Es gab jedoch aus sowjetischer Sicht noch einige Hindernisse auf dem Weg zu einem Verhandlungsfrieden.

Ein Problem stellte für Vladillen Vasev, Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, die zeitliche Abstimmung des Abzugs der Südafrikaner aus Namibia und der Kubaner aus Angola dar. „Er kann nicht synchronisiert werden, wie es die Südafrikaner wünschen“, sagte er. „Die Linkage pur und simpel ist für die Angolaner nicht annehmbar.“ Während die UN-Resolution 435/1978 einen südafrikanischen Truppenabzug innerhalb von 7-12 Monaten vorsieht, wollen die Angolaner die Kubaner für ihre Sicherheit noch 48 Monate im Land behalten. Vasev führte weiter aus, daß Angola eine Einbeziehung der UNITA in eine internationale Lösung nicht akzeptieren würde: „Sie betrachten das als eine innere Angelegenheit.“

Ob und wann die Verhandlungen für Angola den ersehnten

Durchbruch zum Frieden bringen würden, war im Mai 1988 noch nicht absehbar.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: West Africa, London, 12.10.1987. Siehe auch: ANGOP News Bulletin, Luanda, 13.10.1987
- 2) Zit. nach: West Africa, 12.10.1987
- 3) Siehe: Independent, London, 23.10.1987; UNITA-Kommunique, 3.11.1987
- 4) Weekly Mail, Johannesburg, 13.11.1987; Guardian, New York, 13.11.1987
- 5) Weekly Mail, 13.11.1987
- 6) Ebd., 20.11.1987
- 7) Daten nach: ANGOPS News Bulletin, 18.11.1987; Weekly Mail, 20.11.1987; Namibian, 20.11.1987
- 8) Ebd.
- 9) Guardian, 16.12.1987
- 10) Independent, 14.12.1987
- 11) Zit. nach: I. Hodges, Angola to the 1990s. Potential for Recovery, London 1987, S. 36
- 12) Ebd.; M. Holness, Angola: The Struggle Continues, in: P. Johnson/D. Martin, Destructiv Engagement, Harare 1986, S. 73-110
- 13) Zum verstärkten kubanischen Engagement und der Kriegsentwicklung siehe: Granma, 2. und 6.5.1988; Southcan, London, 27.3.1988; Frankfurter Allgemeine (FAZ), 21.5. und 30.3.1988
- 14) Vgl. Namibian, 14.8.1987; Southcan, 19.8.1987; West Africa, 24.8.1988
- 15) Cadernos de Tercer Mundo, Montevideo, November 1987
- 16) ANGOP. Document, Nr. 44, 13.1.1988
- 17) Siehe: International Herald Tribune, Paris, 2.8.1987; Guardian, 19.8.1988 und ANGOPS, 30.3.1988
- 18) Financial Times, London, 15.3.1988; Guardian, 7.3.1988 und Weekly Mail, 25.3.1988
- 19) Guardian, 7.3.1988
- 20) West Afrika, 16.5.1988. Zur kubanischen Position siehe: Granma, Havanna, 6.5.1988, zur angolanischen: ANGOP, 11.5.1988
- 21) Siehe: FAZ, 13. und 21.5.1988 und Le Monde, Paris, 16.5.1988

Es war einmal.... ein freier Mann. NELSON ROLIHLAHLA MANDELA.



Der nun im Gefängnis 70 Jahre alt wird.

Wir wollen nicht vergessen, wofür er kämpft und lebt. Für den Befreiungskampf der schwarzen und farbigen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika. Für die Demokratie. Für die Humanität. Nelson Mandela symbolisiert und repräsentiert den Kampf des südafrikanischen Volkes für die politische, soziale und kulturelle Befreiung. Was ihn zur Leitfigur und zum Symbol des Widerstandes gegen die Apartheid gemacht hat, was seine politischen und moralischen Grundsätze sind, was sein Denken und Handeln bestimmt, hat Rainer Falk in seinem ausführlichen Portrait zusammengetragen.

Rainer Falk

NELSON MANDELA

Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen

KB 395, 285 Seiten, DM 12,80

ISBN 3-7609-1047-5

Zur Geschichte, Situation und Perspektive der Befreiungsbewegung – mit Texten von Nelson Mandela, Albert Luthuli, Allan Boesak und Desmond Tutu, mit Dokumenten der Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendbewegung:

Rainer Falk

SÜDAFRIKA

Widerstand und Befreiungskampf

KB 384, 285 Seiten, DM 14,80

ISBN 3-7609-1023-8

PAHL-RUGENSTEIN Unsere Bücher sind Lebens-Mittel.

Bewegung in der Kamputschea-Frage

Mit der Ankündigung Vietnams vom 25. Mai d.J., es werde bis Ende 1988 50.000 seiner Soldaten aus Kamputschea abziehen, sind die Aussichten für eine Lösung des Konflikts gewachsen. Darauf deuten auch weitere Positionsveränderungen der beteiligten Parteien hin.

Die gemeinsame Vereinbarung zwischen Hanoi und Phnom Penh vom Mai d.J. über den Truppenabzug wird eine Halbierung der vietnamesischen Einheiten zur Folge haben.

Seit 1982 hatte Vietnam in sechs Teilabzügen die Zahl seiner Soldaten bereits auf 90.000 verringert. 1985 wurde von den indochinesischen Staaten Laos, Kamputschea und Vietnam vereinbart, daß alle Einheiten bis Ende 1990 das Land verlassen sollen. Dies wurde jetzt erneut bekräftigt. Die heute noch verbleibenden Truppen sollen außerdem dem Oberkommando Phnom Penhs unterstellt werden und sich der thailändischen Grenze auf höchstens 30 km nähern.¹

Diese einseitige Geste Vietnams und Kamputscheas, die das Ziel hat, die festgefahrenen Friedensbemühungen voranzubringen, wurde durch weitere Zugeständnisse ergänzt. So erklärte Vietnam am 26. Mai d.J. seine Bereitschaft, im Rahmen einer sog. „Cocktail Party“, die vom indonesischen Außenminister Ali Atalas erneut für Juli d.J. vorgeschlagen wurde, an indirekten und informellen Gesprächen mit der kamputscheanischen Regierung und den drei Fraktionen der Gegenregierung des sog. „Demokratischen Kamputschea“ (DK, Anhänger Norodom Sihanouks, Son Sanns und die Roten Khmer Pol Pots) teilzunehmen, wenn Indonesien als Vermittler fungiere.

Die kamputscheanische Regierung hat zudem ein Angebot Sihanouks akzeptiert, eine dritte Verhandlungsrunde durchzuführen, diesmal unter Beteiligung nichtpaktgebundener Staaten. Phnom Penh hat die Staatschefs Kubas, Indiens und Simbawes gebeten, daran teilzunehmen.²

Diese Maßnahmen belegen erneut den Willen Kamputscheas und Vietnams, zu einer politischen Verhandlungslösung zu kommen, was auch durch den bereits erfolgten Abzug der Hälfte der etwa 40.000 vietnamesischen Soldaten aus Laos deutlich wird. Für Vietnam stellt der Konflikt in Kamputschea und der wegen der Feindseligkeit Chinas notwendige Erhalt einer starken Verteidigung eine schwere wirtschaftliche Belastung dar.

Dieses Interesse Hanois an einer wirtschaftlichen Entlastung ist umso größer in einer Situation, da aufgrund schlechter Ernten 7 Mio. VietnamesInnen durch eine Hungersnot bedroht sind. China, die USA, Japan und die meisten westlichen Staaten lehnen Aufbauhilfe, Kredite, Investitionen und selbst die von Hanoi erbetene Nothilfe ab, solange die vietnamesischen Truppen nicht aus Kamputschea abgezogen sind.³

Dazu ist Vietnam bereit, jedoch nur unter der Bedingung, daß die USA, China und die Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) garantieren, daß die Roten Khmer nicht erneut die Macht übernehmen und es erneut zu Übergriffen kommen könnte, wie es vor dem Sturz Pol Pots 1979 der Fall war. Zwar hat die Regierung in Phnom Penh ihre Macht gefestigt und die Kampfkraft ihrer Streitkräfte gesteigert – ein Grund für den jetzigen Truppenabzug –, aber nach einem Rückzug Vietnams und anhaltender Unterstützung Chinas könnten die Roten Khmer wieder Auftrieb bekommen. Diese Frage hat sich als Hauptproblem für eine Friedensregelung erwiesen.

Bei den zwei Gesprächsrunden im Dezember 1987 und Januar

1988 in Frankreich zwischen dem kamputscheanischen Ministerpräsidenten Hun Sen und dem Präsidenten des DK, Sihanouk, konnten dennoch einige Fortschritte erzielt werden, auch wenn Sihanouk Teile davon später wieder in Frage stellte (siehe AIB 1-2/1988, S. 63ff.).

Beim ersten Treffen einigte man sich darauf, daß eine Lösung des Konflikts nur auf politischem Wege vom kamputscheanischen Volk durch Verhandlungen zwischen allen Konfliktparteien geregelt werden kann. Man einigte sich darauf, ein „unabhängiges, demokratisches, souveränes, neutrales und nicht-paktgebundenes Kamputschea“ anzustreben. Erst nach einer innerkamputscheanischen Vereinbarung solle eine internationale Konferenz einberufen werden, um das Abkommen zu garantieren.

Auch beim zweiten Treffen konnte eine Annäherung der Positionen erreicht werden. Sihanouk stimmte zu, notfalls nur eine Zweierkoalition aus seiner Fraktion und der in Phnom Penh regierenden Revolutionären Volkspartei zu bilden. Und dies noch bevor alle vietnamesischen Truppen das Land verlassen haben.

Er forderte jedoch deren Ersetzung durch eine internationale Friedenstruppe und die Bildung einer gemeinsamen Regierung bevor Wahlen stattfänden. Dies wurde von Hun Sen jedoch abgelehnt (siehe Interview mit Hun Sen).⁴

Sihanouk, der die Verhandlungen gegen den Willen seiner Koalitionspartner und Chinas geführt hatte, trat Ende Februar d.J. von seinem Posten als Präsident des DK zurück, erklärte die Gespräche für beendet und forderte Vietnam zu direkten Verhandlungen auf. Nachdem Hanoi dies ablehnte und China sowie die Roten Khmer ihm erneut ihre Unterstützung zusicherten, machte er am 16. Februar d.J. seine „endgültige Entscheidung“, die Präsidentschaft aufzugeben, wieder rückgängig. Die Bestätigung seiner Führungsrolle dürfte damit der Hauptgrund für dieses Manöver gewesen sein.

Während die Roten Khmer und China auf ihn als Galionsfigur nicht verzichten können, um dem DK, in dem die Roten Khmer die stärkste Kraft sind, einen demokratischen Anstrich zu geben, braucht Sihanouk andererseits ihre Unterstützung, um seine Position zu festigen. Mit dem Verweis auf die Stärke der Roten Khmer und auf die Gefahr ihrer Machtübernahme nach

Vietnamesischer Teiltruppenabzug im Dezember 1987.



einer Konfliktlösung bat er deshalb die USA, China, Frankreich und die südostasiatischen Staaten um Hilfe zum Ausbau seiner eigenen Truppen.

China bemüht sich unterdessen, die militärische Stärke der Roten Khmer durch umfangreiche Waffenlieferungen zu erhöhen. In Erwartung einer Verhandlungslösung legen sie innerhalb Kamputscheas Waffenlager an.⁵ Damit wird eine Friedensregelung weiter erschwert. Phnom Penh ist zwar bereit, mit den Roten Khmer unter Ausschluß von Pol Pot und Ieng Sary, den Hauptverantwortlichen für den Völkermord 1975-78, zu verhandeln und sie an einer Regierung zu beteiligen, jedoch erst nach ihrer Entwaffnung. Um dies zu erreichen, ist jedoch ein Einlenken Chinas erforderlich.

Beijing hat bisher die geringste Bereitschaft erkennen lassen, zu einer Friedensregelung beizutragen, da der Konflikt zur Schwächung des Gegners Vietnam beiträgt. Zusätzlichen Druck übt China durch die Schürung des Konflikts an der gemeinsamen Grenze und durch die jüngste Besetzung einiger der vietnamesischen Spratley-Inseln im Südchinesischen Meer aus. Es beharrt weiterhin auf dem sofortigen Truppenabzug Vietnams und lehnt jegliche Verhandlungen mit Hanoi ab. Der jetzt angekündigte Truppenabzug wurde von Beijing erneut als „Trick“ abqualifiziert.

In Detailfragen hat es jedoch auch in der chinesischen Position Veränderungen gegeben. So soll Beijing jetzt die Verhandlungen Sihanouks mit Hun Sen nicht mehr ablehnen. Außerdem soll China gegenüber sowjetischen und US-amerikanischen Verhandlungspartnern angedeutet haben, keine Notwendigkeit zu sehen, daß Pol Pot die Macht wieder übernimmt.⁶

Diese neuen Tendenzen dürften neben dem „Rücktritt“ Sihanouks vor allem darauf zurückzuführen sein, daß China die guten Beziehungen mit den ASEAN-Staaten nicht aufs Spiel setzen will. Diese sind mittlerweile kompromißbereiter, da eine militärische Lösung sich nicht abzeichnet und die Regierung in Phnom Penh sich konsolidieren konnte. Sie haben zudem kein Interesse daran, daß die Roten Khmer wieder die Macht übernehmen.

Ihre Befürwortung einer Lösung des Konflikts wird nicht nur in Gestalt der Vermittlungsbemühungen Indonesiens und Malaysias deutlich, sondern auch in der neuerdings konzilianteren Haltung Thailands, das bisher ähnliche Positionen wie China bezogen hatte. So erklärte jetzt der thailändische Außenminister Savetsila im Gegensatz zu China und den Parteien des DK, daß der angekündigte vietnamesische Truppenabzug die Friedensaussichten verbessere.⁷ Ein Sprecher des Bangkokener Außenministeriums erklärte, daß der Abzug vietnamesischer Truppen „keine Lösung“ sei, wenn es nicht zu einer innerkamputscheanischen Regelung komme.⁸

Auf ein Abgehen von der bisherigen kompromißlosen Linie deutet auch der Besuch des thailändischen Premiers Prem Tin-

sulanonda Mitte Mai d.J. in Moskau hin. Prem soll sich bereit erklärt haben, sich bei China für eine Lösung des Konflikts zu verwenden. Gleichzeitig forderte er die Sowjetunion auf, stärker aktiv zu werden.

Dies hatten auch bereits China und die USA getan mit dem Hintergedanken, Moskau solle Druck auf Vietnam ausüben. Dieses Ansinnen wurde von der Sowjetunion zwar abgelehnt, jedoch erklärte sich Michail Gorbatschow gegenüber Prem bereit, alles für eine politische Lösung zu tun, um ein „neutrales, unabhängiges“ Kamputschea zu erreichen.⁹

Bereits kurz nach dem Abschluß des Genfer Afghanistan-Abkommens am 14. April d.J. hatte Moskau seine Initiativen zur Lösung des Kamputschea-Konflikts verstärkt. Vom Erfolg dieser Vorstöße hängt u.a. der Ausbau der Beziehungen zu den ASEAN-Staaten und eine Normalisierung des Verhältnisses zu China ab.

Beijing bezeichnete bisher die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kamputschea, die Stationierung sowjetischer Soldaten in Afghanistan und entlang der gemeinsamen Grenze als die drei Haupthindernisse für eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion. Nach dem Afghanistan-Vertrag und einem Teiltrückzug sowjetischer Truppen aus der Mongolei bleibt Kamputschea als das Haupthindernis. Im Falle einer Konfliktbeilegung könnte die UdSSR außerdem vor allem die militärische Hilfe für Vietnam verringern.

Bereits im Vorfeld des Moskauer Gipfels hatten Gespräche mit den USA über eine Lösung stattgefunden. Der sowjetische Vizeaußenminister Igor Rogatschow sprach sich dabei für eine innerkamputscheanische Regelung aus, die von China, der UdSSR, den USA und anderen Ländern garantiert werden könnte.

Um diesen Prozeß voranzubringen, schlug er ähnlich wie im Fall der Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan Gespräche zwischen Thailand und Kamputschea vor. Als kürzesten Weg für eine Konfliktlösung betrachtete er die „Aufnahme direkter Gespräche zwischen China und Vietnam“.¹⁰ Diese scheitern jedoch nach wie vor an der Haltung Chinas.

Da die USA jedoch inzwischen von ihrer kompromißlosen Haltung abrücken, indem sie sich zu Verhandlungen mit Vietnam bereit erklärten und den Abzug der vietnamesischen Truppen erstmals begrüßten,¹¹ könnte sich auch China, das sich immer mehr isoliert, zu substantielleren Zugeständnissen bereit finden.

Bei ihren diplomatischen Kontakten mit Beijing versucht die UdSSR in diese Richtung zu wirken. Erst wenn es bezüglich der Ausschaltung der Roten Khmer zu Fortschritten kommt, können von Phnom Penh und Hanoi – etwa in der Frage der Bildung einer Koalitionsregierung vor der Abhaltung von Wahlen und der Entsendung einer internationalen Friedenstruppe – neue Zugeständnisse erwartet werden.

Vor dem Hintergrund des sowjetischen Truppenabzugs aus Afghanistan und der Entspannung zwischen Moskau und Washington sind die Chancen für eine politische Lösung größer als jemals zuvor. Auch wenn mit einem schnellen Ergebnis nicht zu rechnen ist, könnten bei den sowjetisch-chinesischen Verhandlungen und bei den für Juli 1988 geplanten informellen Gesprächen in Djakarta entscheidende Fortschritte erzielt werden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris, 31.5.1988; Libération, Paris, 27.5.1988; Humanité, Paris, 28.5.1988
- 2) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27.5.1988 und Süddeutsche Zeitung (SZ), 8.6.1985
- 3) Vgl. IHT, 21./22.5.1988
- 4) Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 4.2.1988
- 5) Vgl. IHT, 2./3.4.1988
- 6) SZ, 8.6.1988 und IHT 2.6.1988
- 7) Vgl. SZ, 27./28.5.1988
- 8) IHT, 27.5.1988
- 9) FR, 30.5.1988
- 10) Le Monde, Paris, 28.4.1988
- 11) Vgl. FEER, 9.6.1988

Vietnamesische Soldaten und kamputscheanische Milizionärinnen.





Hun Sen (r.) bei seinem zweiten Gespräch mit N. Sihanouk (l.) im Januar d. J.

Interview mit Hun Sen

Grund zum Optimismus

In einem Interview, das nach der zweiten Gesprächsrunde mit Norodom Sihanouk geführt wurde, erläuterte der kambodschanische Ministerpräsident Hun Sen die Positionen seiner Regierung für eine Beilegung des Konfliktes.

FRAGE: Was wurde durch die Friedensgespräche bisher erreicht?

HUN SEN: Wir haben den toten Punkt, an dem wir uns neun Jahre befanden, überwunden. Unsere beiden Parteien sind an den Verhandlungstisch gekommen. Das ist Grund zu einigem Optimismus und auch zu einigem Pessimismus, weil die beiden anderen Fraktionen (die Roten Khmer und die Nationale Befreiungsfront des Khmer-Volkes (KPNLF)) versuchen, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.

FRAGE: Kann es irgendeine Lösung ohne die Beteiligung der Roten Khmer geben?

HUN SEN: Wir können eine umfassende Lösung oder eine Teillösung aushandeln. Eine Teillösung ist das Abkommen zwischen der Volksrepublik Kambodscha (VRK, seine von Vietnam unterstützte Regierung) und Sihanouk.

FRAGE: Haben Sie der Bildung einer Koalitionsregierung zugestimmt?

HUN SEN: Wir sind nicht über den Zeitpunkt ihrer Bildung übereingekommen. Wir stimmten einer Koalition nach allgemeinen Wahlen zu.

Wenn (wie Sihanouk fordert) die VRK aufgelöst werden soll, muß das ein Ergebnis allgemeiner Wahlen sein. Wenn wir uns ihrer Forderung anschließen, geben wir ihnen alles, was sie nicht durch Kampf auf dem Schlachtfeld erringen konnten. Sie würden drei Viertel des Kuchens bekommen.

Das ist keine Gerechtigkeit, deshalb müssen wir eine andere Formel finden.

FRAGE: Was schlägt die VRK vor?

HUN SEN: Unsere Formel ist die: Wir werden eine gemischte Kommission schaffen, um die Bestimmungen für Wahlen mit allen vertretenen Parteien zu diskutieren, (um dann) allgemeine Wahlen unter Aufsicht einer internationalen Körperschaft durchzuführen. Nach der Wahl werden wir eine Nationalversammlung haben, die dann die Entscheidung darüber treffen wird, welchen Typ von politischem System wir einführen.

FRAGE: Ist die VRK bereit, umfassende Änderungen in Betracht zu ziehen, einschließlich des möglichen Endes eines Ein-Parteien-Systems?

HUN SEN: Wir haben sehr große Zugeständnisse gemacht. Das wird ein Land mit einem Mehrparteiensystem sein ... und andere Parteien können in friedlicher Koexistenz leben.

Wenn irgendeine Partei sich der Unterstützung der Mehrheit des Volkes erfreut, werden wir diese Entscheidung respektieren müssen.

FRAGE: Was ist mit den verschiedenen beteiligten Armeen? Sihanouk hat eine vierseitige Koalition aller vier Lager vorgeschlagen.

HUN SEN: Wir wollen die Auflösung der Roten-Khmer-Pol-Pot-Armee. Nicht nur für uns. Das ist die Forderung der Völker rund um die Welt.

Wir akzeptieren die politischen Parteien der Roten Khmer und Son Sanns. Wenn es vier Armeen gibt, die sich hier in der Stadt (Phnom Penh) gegenseitig bekämpfen, so ist das keine Lösung. Wenn das Land in einen zweiten Libanon verwandelt wird, dann ist es besser, überhaupt kein Abkommen zu haben, (als eines), das einen Bürgerkrieg zur Folge

hat.

FRAGE: Werden Sie eine internationale Friedenstruppe akzeptieren?

HUN SEN: Wir haben zugestimmt, daß Indien den Vorsitz einer internationalen Kontrollkommission führen sollte. Aber wir können keine Friedenstruppen akzeptieren.

FRAGE: Wie wird sich ihre Außenpolitik verändern, wenn eine Koalitionsregierung nach den Wahlen gebildet wird?

HUN SEN: Wir sollten gute Beziehungen mit allen unseren Nachbarn haben – sogar mit Thailand. Wir betrachten Prinz Sihanouks neutralistische Linie der 50er und 60er Jahre als korrekt: Nichtpaktgebundenheit und freundschaftliche Beziehungen mit allen Nachbarn, ohne Berücksichtigung ihres politischen Regimes.

FRAGE: Wie lange noch wird Ihre Regierung von vietnamesischen Ratgebern abhängen?

HUN SEN: Ich kann Ihnen sagen, daß wir lieber das Essen genießen wollen, daß wir uns selber zubereiten, als das, was von anderen zubereitet wird.

Jetzt sind nur noch wenige vietnamesische Berater übrig. Wir können selbst kochen.

FRAGE: Wann werden in Ihrem Szenario die vietnamesischen Truppen abziehen?

HUN SEN: Da gibt es zwei Gesichtspunkte. Rückzug vor 1990 als Teil einer politischen Lösung oder aber einseitiger Rückzug 1990.

Wenn die Lösung durch uns selbst gefunden werden muß, dann kann keine Partei ankommen und irgendetwas mit uns teilen.

FRAGE: Wenn es keine Regelung gibt, können die Streitkräfte der VRK die Roten Khmer alleine stoppen?

HUN SEN: Der Zeitplan (für 1990) wurde nach einer genauen Analyse aller Eventualitäten festgesetzt. Der Feind kann uns nicht durch militärische Mittel stürzen, auch nicht nach einem vietnamesischen Rückzug.

FRAGE: Was ist, wenn Sihanouk seine Meinung ändert und die Gespräche aufgibt?

HUN SEN: Er ist sehr sprunghaft, aber kürzlich hat er eine große Entscheidung getroffen, daß die einzige Lösung eine politische Lösung ist.

Er ist sehr mutig, da er weiß, daß China und Thailand Verhandlungen mit mir ablehnen.

FRAGE: Wie stehen die Chancen für eine erfolgreiche Friedensregelung?

HUN SEN: Eine politische Lösung ist nur eine Frage der Zeit. Aber wenn sich die andere Seite nicht beeilt, wird das Kambodscha-Problem 1990 durch uns selbst gelöst sein.

(Quelle: Far Eastern Economic Review, Hongkong, 3.3.1988)



Contra-Delegation Anfang Juni d. J. in Managua (v.l.n.r.): E. Bermúdez, A. Sanchez, A. César, A. Ferrey, P. Chamorro.

Nico Biver

Contra läßt Verhandlungen platzen

Die dritte und vierte Verhandlungsrunde über einen endgültigen Waffenstillstand zwischen der nicaraguanischen Regierung und den Contras vom 26.-28. Mai und 7.-9. Juni d.J. in Managua haben zu keinem Ergebnis geführt. Der Grund hierfür besteht darin, daß der Contra-Flügel, der auf eine Fortsetzung des Krieges drängt, sich mit Unterstützung der USA in der Führung durchsetzen konnte.

Den Gesprächen in Managua war ein teils mit militärischen Mitteln geführter Machtkampf innerhalb der Contra vorausgegangen (siehe DRITTE WELT 6/1988, S. 56f.). Der Flügel um den militärischen Führer der Contras, den ehemaligen Oberst der Nationalgarde Somozas, Enrique Bermúdez, hatte schon das Abkommen über einen vorläufigen Waffenstillstand von Sapoa (23.3.1987) abgelehnt.

Eine offene Rebellion gegen Bermúdez unter Führung der Kommandanten „Tonio“ und „Fernando“, die das Sapoa-Abkommen mitunterzeichnet hatten, konnte jedoch durch Druck der Reagan-Administration niedergehalten werden. Der CIA drohte die Sperrung aller Gelder an, wenn Bermúdez abgesetzt würde. Und die honduranische Regierung zeigte, daß sie fähig ist gegen die Contras vorzugehen, wenn dies in Washington gewünscht wird.

Sie ließ acht der Rebellen, darunter „Tonio“ und „Fernando“ festnehmen und am 6. Mai d.J. nach Miami ausweisen. Calero wurde praktisch kaltgestellt, nachdem der zweite Mann der politischen Führung, der eher gemäßigte Alfredo César, sich auf die Seite Bermúdez' geschlagen hatte, um nach Aussagen des Beraters der Sandinisten, Hans-Jürgen Wischniewski, diesem die Bedingungen zu diktieren.¹

Damit dürften die Widersprüche innerhalb der Contra jedoch nicht beigelegt sein. Die nach Miami Ausgewiesenen versicherten vor dem Contra-Direktorium, sie würden 80% der Mannschaften kon-

trollieren.

Den USA ist es jedoch erstmals gelungen, die Vormacht des militärischen somozistischen Flügels, der durch einen Friedensschluß nichts zu gewinnen hätte, an der Contra-Spitze zu sichern und damit den Abschluß eines Friedensabkommens sehr unwahrscheinlich zu machen. Damit wahrt Washington die Option, die Contra erneut mit Militärhilfe zu unterstützen. Im Falle einer Spaltung der Contra wäre es für die Reagan-Administration zudem leichter, den Bermúdez-Flügel als die legitime Führung der Contras hinzustellen und damit ein Druckmittel gegen die Sandinisten zu behalten. Daß es Washington darum geht, wie es der ehemalige Contra-Kommandant „Alfa Lima“, der Ende Mai d.J. die Amnestie in Anspruch nahm, darstellte, die Verhandlungen fortzusetzen, aber jedes Abkommen zu verhindern, um dafür die Sandinisten verantwortlich zu machen,² zeigten die beiden letzten Verhandlungsrunden. Zwei Tage vor dem dritten Treffen stimmte die Contra-Führung die Marschrichtung nicht nur mit dem Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Elliot Abrams, sondern auch direkt mit Außenminister George Shultz ab. Die Verhandlungsdelegation, der Cesar und erstmals Bermúdez, aber 8 der 11 Unterzeichner des Sapoa-Abkommens nicht mehr angehörten, legte der sandinistischen Regierung einen Forderungskatalog vor, der mehrere bereits im Abkommen von Sapoa (siehe AIB 5/1988, S. 6) vereinbarte Punkte in Frage stellte.³

Zwar erklärte sich die Contra jetzt bereit, die Waffen abzugeben, jedoch erst bis zum 31.1.1989. Sie verlangte innerhalb von fünf Tagen nach Erzielung eines Abkommens die Freilassung aller Contras und Somoza-Gardisten (im Sapoa-Abkommen sollte dies größtenteils erst nach der Entwaffnung der Contras geschehen); unbeschränkte Pressefreiheit einschließlich Zulassung von Privatfernsehen; Aussetzung der Wehrpflicht und Gestattung der Contra-Versorgung. Letzteres ist bisher daran gescheitert, daß die Contras sich nicht in die vereinbarten Waffenstillstandszonen zurückgezogen haben und es ablehnen, wie vereinbart durch eine neutrale Organisation mit humanitären Gütern versorgt zu werden.

Zudem forderte die Contra Demokratisierungsmaßnahmen, die innerhalb von 60 Tagen in Kraft treten sollten: politischen Pluralismus, Trennung der Staatsgewalten, Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, Meinungs- und Organisationsfreiheit, Trennung der Armee von jeder politischen Aktivität, Streikrecht und ein pluralistisches und gerechtes Wahlsystem. Bis zum 31. Januar 1989 sollten außerdem eine neue verfassungsgebende Versammlung gewählt werden, was sowohl dem Abkommen vom Sapoa als auch dem von Esquipulas widerspricht. Da die meisten Demokratisierungsforderungen ohnehin in der geltenden Verfassung enthalten sind, stimmte die Regierung dem Großteil zu und forderte die Contra auf, am Nationalen Dialog mit den anderen legalen Parteien teilzunehmen. Dort sollen Maßnahmen vereinbart werden, die die Einhaltung der einzelnen Punkte garantieren.⁴

Überrascht von der Kompromißbereitschaft der Regierung, brach die Contra die Verhandlungen ab, um sich mit ihren Geldgebern zu beraten. Bei der Fortsetzung der Gespräche vom 7.-9. Juni schien am zweiten Tag nach Angaben beider Seiten ein Abkommen unterschriftsreif zu sein. Die Regierung legte dann einen Zeitplan vor, der bis zum 12. Juli die Zusammenfassung aller Contras in den sieben Waffenstillstandszonen und zu diesem Zeitpunkt den Beginn des Nationalen Dialogs der Parteien und acht Contra-Vertretern über demokratische Reformen vorsah.

60 Tage später sollten diese Reformen wirksam werden und bis zum 28. September die Contras in vier Zonen entwaffnet sein. Bis dahin sollten schrittweise auch alle gefangenen Contras und Somoza-Gardisten freigelassen und bis zum 10. Oktober der letzte Contra entwaffnet sein.⁵

Obwohl die Regierung mit diesem Vorschlag ein großes Risiko einzugehen bereit war, da die Zugeständnisse der Regierung vor der Entwaffnung der Contra

Die Strategie des Terrors

in Kraft treten würden, trat die Contra am letzten Tag der Verhandlungen überraschend den Rückmarsch an. Sie legte ein neues Papier vor, in dem nicht nur die Forderungen wiederholt wurden, die innerhalb von fünf Tagen erfüllt sein müßten (darunter eine Generalamnestie), sondern in dem u.a. auch eine Erlaubnis verlangt wurde, innerhalb von 10 Tagen ein Contra-Büro in Managua zu eröffnen. Innerhalb von 50 Tagen sollten außerdem ein neues Wahlgesetz erlassen werden, der Rücktritt aller Richter des Obersten Gerichtshofes, die Rückgabe allen Eigentums der Contra-Mitglieder und die Entlassung aller Rekruten erfolgen. Ihre eigene Entwaffnung sollte jedoch erst am 31. Januar 1989 beendet sein.⁶

Verteidigungsminister Humberto Ortega bezeichnete den Vorschlag als „einen Sieg des kriegerischen Sektors der nord-amerikanischen Administration, die von Oberst Bermudez vertreten wird“.⁷ Die Contra willigte nicht einmal ein, einen neuen Verhandlungstermin zu bestimmen. Sie lehnte auch eine Verlängerung des Waffenstillstands ab.

Sie erklärte jedoch, sie werde keine offensiven Operationen durchführen. Wie wenig von diesen Versprechungen zu halten ist, zeigt die Tatsache, daß die Contras allein in den ersten 50 Tagen des Waffenstillstands 144 Angriffe durchführten, bei denen es auf nicaraguansischer Seite 44 Tote gab.

Das selbstinszenierte Scheitern der Verhandlungen nutzte das Weiße Haus, um die sandinistische Regierung dafür verantwortlich zu machen und zu erklären, eine Wiederaufnahme der Militärhilfe für die Contra bleibe eine Möglichkeit.

Eine Fortsetzung der Gespräche scheint damit wenig wahrscheinlich, da die sandinistische Regierung sich der Grenze ihrer Kompromißmöglichkeiten nähert. Es bleibt allerdings abzuwarten, wie die Obstruktionspolitik aus Washington sich auf die Auseinandersetzungen innerhalb der Contra auswirken wird.

Sollten sich die kompromißbereiten Kräfte nicht durchsetzen können, könnte Humberto Ortegas Aussage nach dem Abbruch der Verhandlungen Wirklichkeit werden: „Wir werden die Friedensfahne weiterhin auf dem Schlachtfeld verteidigen.“⁸

Anmerkungen:

- 1) Vgl. die tageszeitung, Westberlin, 11.6.1988
- 2) Vgl. ann, Wochenbulletin, Zürich, Nr. 144/7. Juni 1988
- 3) Siehe: El Pais (EP), Madrid, 27.5.1988 und International Herald Tribune, Paris, 27.5.1988
- 4) Vgl. EP, 29.5.1988
- 5) Vgl. EP, 10.6.1988
- 6) Vgl. EP, 11.6.1988
- 7) Ebd.
- 8) Ebd.



RNM-Contras in der Provinz Sambesia.

„Um die Zerstörung des gesellschaftlichen Gefüges der Nation“ gehe es Südafrika in Mosambik, stellte der Sekretär der regierenden Frelimo für Auswärtige Beziehungen, José Lui Cabaço, fest. Mit dieser Zielsetzung und seiner noch verstärkten militärischen Destabilisierungspolitik schießt Südafrika gegenwärtig über das Ziel westlicher Regierungen hinaus.

Mit dem 1984 abgeschlossenen Nichtangriffsvertrag (Nkomati-Abkommen) zwischen Mosambik und Südafrika und den von Maputo beschlossenen wirtschaftspolitischen Kursänderungen hat der Westen wesentliche Ziele erreicht.

Durch seine grobe Mißachtung der Abmachungen mit Mosambik hat Südafrika die Vertragspolitik im Südlichen Afrika in völligen Mißkredit gebracht – sicher nicht zur Freude ihrer westlichen Sponsoren. Sie gegenwärtige Version der südafrikanischen Destabilisierungspolitik in Mosambik läuft auch dem westlichen Interesse und jüngstem Engagement zuwider, den im Inland gelegenen Frontstaaten für den Fall einer verschärften Krise des Apartheidstaates Notausgänge zum Meer offenzuhalten.

Protagonist einer Politik, Mosambik mit Destabilisierungsdruck und Hilfsangebo-

ten zu einer Kurskorrektur zu bringen, ist die Regierung Reagan gewesen. Als sie jedoch den Nkomati-Vertrag und die Wirtschaftsreformen Mosambiks mit Hilfe belohnen wollte, geriet sie in das Störfeuer der extremen US-Rechten.

Unter Berufung auf den Kampf gegen den „Kommunismus“ lehnte sie jede Hilfe für das sozialistisch orientierte Mosambik ab und forderte stattdessen eine Unterstützung des von Südafrika ausgehaltenen Nationalen Mosambikanischen Widerstands (RNM). Wie Vertreter der US-Regierung mehrfach verdeutlichten, sehen sie im RNM keine politische Alternative zur Frelimo-Regierung.

Im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen zwischen flexibleren und rechtsextremen Kräften konnten die weitsichtigeren politischen Kräfte im April d. J. mit einer „Consultant Study“ von Robert Gersony über die Situation in Mosambik punkten, die für das US-Außenministerium erstellt wurde (siehe Kasten).

Gersony legte, gestützt auf die Aussagen mosambikanischer Flüchtlinge, die Terrorstrategie des RNM dar. Er kam zu dem Ergebnis, daß der RNM etwa 100.000 mosambikanische ZivilistInnen innerhalb eines Jahres ermordet habe. Dies sei sogar noch eine konservative Schätzung. Die Studie erregte internatio-

nal eine große Aufmerksamkeit. Auf einer Konferenz in Maputo am 26./27. April d.J., bei der sich 26 Länder, 40 Nichtregierungsorganisationen und 8 UN-Organisationen verpflichteten, Mosambik mit 270 Mio \$ Nothilfe zu unterstützen, erklärte der stellvertretende US-Staatssekretär für Afrika, Roy Stacy, daß der RNM für „einen der schlimmsten Holocausts seit dem 2. Weltkrieg“ verantwortlich sei. Ohne Südafrika explizit zu nennen, forderte er jene auf, die den RNM unterstützen, sofort jegliche Unterstützung für diese unwahrscheinliche Gewalt zu beenden.“ Er kündigte zudem an, daß Mosambik 1988 der Hauptnutznießer US-amerikanischer Hilfe in Afrika sein werde.

Auch die ehemalige Kolonialmacht Portugal artikuliert deutlichen Unmut über Südafrikas Destabilisierungspolitik in Mosambik. Und das hat einen besonderen Grund: Das von Portugal errichtete Kraftwerk Cabora Bassa. Portugal muß hier für Schuldenbedienung und Unterhalt sorgen, ohne daß es wegen der mehrjährigen Unterbrechung der Stromleitungen durch den RNM Einnahmen bekommt.

Das Ganze hat Portugal schon 1,2 Mrd \$ gekostet, und Lissabon ist nicht bereit, diesen Zustand länger hinzunehmen. Ende letzten Jahres signalisierte die Regierung dem Apartheidstaat, wenn es nicht zu Fortschritten beim Betrieb von

**Durch
Destabilisierungs-
druck und Hilfsangebote
will die Regierung Reagan Mo-
sambik zu einer Kurskor-
rektur bringen**

Cabora Bassa komme, werde sie ihre Bremsrolle in der Sanktionsfrage im Rahmen der EG überdenken.

Südafrika, das der Hauptabnehmer der Elektrizität eines wieder ausgelasteten Kraftwerks Cabora Bassa wäre, scheint hier zum Einlenken bereit. Selbst südafrikanische Militärhilfe für mosambikanische Truppen, welche die Hochspannungslinien schützen würden, ist in der Diskussion.

Ende April d.J. entsandte Mosambik das Frelimo-Politbüro-Mitglied Jacinto Velosa zu Gesprächen nach Pretoria. Am 25. Mai wurde bekanntgegeben, daß die gemeinsame südafrikanisch-mosambikanische Kommission zur Überwachung der Einhaltung des Nkomati-Abkommens wiederbelebt werde, die von Mosambik 1985 nach flagranten Vertragsverletzungen Südafrikas suspendiert worden war.

Bericht des US-Außenministeriums über den RNM

Mord, Zerstörung und Zwangsarbeit sind

Der folgende Bericht, der im Auftrag des US-Außenministeriums von Robert Gersony, Berater im Büro für Flüchtlingsprogramme verfaßt wurde, analysiert den Terror des Mosambikanischen Nationalen Widerstands (RNM) gegen die Zivilbevölkerung. Er stützt sich auf Berichte von Flüchtlingen, von denen 1,7 Mio in Lagern in Mosambik, Tansania, Malawi, Simbabwe und Südafrika leben.

Berichte von Flüchtlingen lassen auf drei typische Arten von RNM-Operationen schließen. Zwar entspricht in Mosambik kein geographisches Gebiet genau der Beschreibung der einzelnen Operationen, doch scheint dies der beste Weg zu sein, die drei unterscheidbaren Vorgehensweisen auseinanderzuhalten, um sie zu erklären. Die drei von Flüchtlingen beschriebenen Gebiete sind: 1. Abgabepflichtige Gebiete; 2. kontrollierte Gebiete; 3. zur Zerstörung vorgesehene Gebiete.

1. Abgabepflichtige Gebiete

Gebiete, in denen Abgaben eingetrieben werden, sind meist ländliche Gebiete, in denen die Bevölkerung in sehr verstreut liegenden Einheiten lebt. (...)

RNM-Kämpfer bewegen sich in solchen Gebieten frei und statten den Bauern regelmäßige (wöchentliche oder monatliche) Besuche ab. Sie verlangen einen Beitrag in Form von fertig zubereiteten und/oder getrockneten Lebensmitteln (Getreide oder Mehl), Hühnern und Ziegen, vielleicht auch Kleidung, ein Radio oder andere Besitztümer. Zur Befriedigung ihrer sexuellen Bedürfnisse verlangen sie nach Lust und Laune ein junges Mädchen oder eine verheiratete Frau.

Ist ein Transport der erpreßten Nahrungsmittel und anderen Dinge erforderlich, so wird die Bevölkerung vor Ort gezwungen, als Träger zu dienen (offenbar verfügt der RNM nirgendwo in Mosambik über mechanische Transportmittel). Doch die Märsche sind meist von kurzer Dauer (eher Stunden als Tage).

Im allgemeinen läßt man die Träger nach Hause zurückkehren, wenn sie ihre Aufgabe erfüllt haben. Die Märsche sind kurz und nicht so hart wie jene, die in anderen Arten von Gebieten durchgeführt werden; Berichte, daß die Träger geschlagen werden, bilden eher eine Ausnahme. Weigert sich die Familie, die Forderungen zu erfüllen, läuft sie Gefahr, mit dicken Stöcken oder Gewehrkolben zusammengeschlagen zu werden.

Aus Flüchtlingsberichten geht hervor, daß man der einheimischen Bevölkerung eine Flucht aus dem Gebiet nicht erlaubt. Doch die Belastungen, die ihr auferlegt werden, sind nicht so erdrückend wie die, denen die Bevölkerung anderer Gebiete ausgesetzt wird. Es scheint Politik des RNM zu sein, Abgaben und Mißbrauch auf ein Maß zu begrenzen, das die Bevölkerung noch davor zurückschrecken läßt, die Gefahren, ökonomischen Risiken und soziale Entwurzelung, die eine Flucht beinhalten würde, auf sich zu nehmen.

Die Ermordung eines Zivilisten durch den RNM ist in solchen Gebieten eher die Aus-

nahme als die Regel. Nichtsdestoweniger gibt es Berichte über Angriffe von RNM-Kämpfern auf Personen, die über Dinge verfügen, deren Herkunft sie, in den Köpfen dieser Kämpfer, mit den Regierungsstreitkräften in Verbindung bringen. Der Besitz neuer Kleider, eines Radios, irgendeines Kleidungsstückes aus Armeebeständen wie ein Gürtel oder eine Mütze – vielleicht auch schon ein Sack Salz – können Anlaß genug für Folter und Ermordung sein. Doch zu solchen Vorfällen scheint es nur sporadisch zu kommen. (...)

Die Beziehung zwischen dem RNM und der Bevölkerung beschränkt sich offenbar ausschließlich auf das Herauspressen von Ressourcen, und zwar stets mit Gewalt, ohne irgendwelche Erklärungen, ohne Nachsicht, wenn sich jemand weigert, und ohne jedwede Gegenleistungen.

2. Kontrollierte Gebiete

Etwa ein Fünftel der befragten Flüchtlinge gab an, in Gebieten gelebt zu haben, die unter der maßgebenden Kontrolle von RNM-Kämpfern standen. Einige dieser Flüchtlinge hatten viele Monate dort gewohnt, andere viele Jahre. Eine beträchtliche Zahl von ihnen schilderte detailliert, wie diese Gebiete verwaltet werden.

Aus den Berichten der Flüchtlinge geht hervor, daß es zwei Hauptgruppen ziviler Bevölkerung gibt, die in diesen Gebieten leben: die eingeborene Bevölkerung, auf Portugiesisch als „naturales“ bezeichnet, und Menschen, die aus anderen Gebieten entführt wurden und die unfreiwillig in die kontrollierten Gebiete kamen. Nach Aussage der Flüchtlinge sind beide dieser Bevölkerungsgruppen Gefangene. Die Menschen werden gegen ihren Willen festgehalten, und es ist ihnen verboten zu versuchen, das Gebiet zu verlassen.

Jedes dieser von den Flüchtlingen geschilderten kontrollierten Gebiete schien ein etwas anderes Organisationssystem zu haben. Allgemein läßt sich aufgrund ihrer Berichte festhalten, daß ein kontrolliertes Gebiet meist in drei Unterkategorien unterteilt zu sein scheint: A) Stützpunkte für Kämpfer; B) Land-

Dem RNM entkommen: Ein Lehrer und seine Familie.



die Regel

wirtschaftliche Gebiete; C) Abhängige Gebiete.

A) Stützpunkte für Kämpfer

Nach den Schilderungen gibt es zwei Arten von Stützpunkten für Kämpfer: solche, die in erster Linie ständig dort lebenden Kämpfern vorbehalten sind, und solche, in denen sich hauptsächlich Kämpfer aufhalten, die sich auf dem Durchmarsch durch ein Gebiet befinden und aus irgendwelchen Gründen vorübergehend dort stationiert sind.

Beide Gebiete werden im großen und ganzen auf die gleiche Art und Weise verwaltet. Sie werden von ausschließlich aus männlichen Gefangenen bestehendem Personal versorgt, das sich um Nahrung, Wasser, Waschen und Säubern und andere Dienstleistungen zu kümmern hat.

Frauen werden bei Bedarf aus anderen Gegenden der kontrollierten Gebiete herbeigeschafft. (...)

Aus den Berichten geht hervor, daß die meisten dieser Männer durch Zwangsrekrutierung zum Militärdienst gezwungen wurden. (...)

B) Landwirtschaftliche Gebiete

An zweiter Stelle stehen auf Dauer landwirtschaftlich genutzte Ländereien, RNM-Farmen oder Plantagen von beträchtlichem Ausmaß. Die ArbeiterInnen auf diesen Farmen sind Gefangene, die nach einem festen Zeitplan arbeiten, und zwar für gewöhnlich sechs Tage in der Woche von morgens bis abends. Sie ziehen keinen Nutzen aus dieser landwirtschaftlichen Produktion. Sie werden bei der Arbeit streng überwacht, und körperliche Züchtigung in Form von Schlägen wird eingesetzt, um diejenigen zur Arbeit anzutreiben, die unerlaubt eine Pause machen oder sich weigern weiterzuarbeiten. Die arbeitende Bevölkerung in diesen Gebieten soll sich hauptsächlich aus älteren Kindern beiderlei Geschlechts sowie erwachsenen Männern und Frauen rekrutieren. Neben ihrer Arbeit in der Produktion wird diese Altersgruppe auch als Träger eingesetzt. Im Unterschied zu den Trägern in den abgabepflichtigen Gebieten, dauern die Marsche, die diese Träger zu machen haben, meist länger – hin und zurück manchmal eine Woche und mehr. (...)

In zunehmendem Maße wird den Trägern auf diesen Marschen Nahrung verweigert, und sie dürfen nur trinken, wenn sie an einem Bach vorbeikommen. Einige berichten, daß sie nicht oft trinken dürfen, da diese Pausen von manchen zur Flucht genutzt werden. Die Lasten sind schwer, das Marschtempo hoch. Die Träger transportieren Nahrungsmittel zu den größeren Stützpunkten; Fleisch von wildlebenden Tieren zurück zu den Stützpunkten in ihren jeweiligen „kontrollierten Gebieten“. Sie transportieren auch Waffen, Munition sowie Nachschub und Ausrüstung von militärischen Einheiten, wenn diese über große Entfernungen zwischen Provinzen verlegt werden. (...)

Die Flüchtlinge, die als Träger eingesetzt waren, berichten übereinstimmend, daß auf diesen Zwangsmärschen äußerst strenge Disziplin herrscht. Wer nicht Schritt halten kann, wer ohne Genehmigung eine Rast einlegt, die Last absetzt oder sich weigert weiterzugehen, wird üblicherweise brutal zusammen-, manchmal sogar totgeschlagen. Über die Hälfte derjenigen, die als Träger eingesetzt waren, sagten aus, sie hätten mit eigenen Augen gesehen, wie Träger totgeschlagen oder aus den oben geschilderten Gründen exekutiert worden seien. Wenn die Gefangenen nicht als Träger eingesetzt werden – und diese Zeit variiert, je nachdem, ob sie Vollzeit- oder Teilzeiträger sind – werden sie für gewöhnlich auf die RNM-kontrollierten Felder zurückgeschickt. In einigen Gebieten, die nicht in großen RNM-kontrollierten Feldern organisiert sind, ist es den Gefangenen erlaubt, eigenes Land zu besitzen, doch wird ihnen ein großer Teil der Ernte abgepreßt. Nur ein geringer Anteil wird ihnen und ihrer Familie zum Überleben gelassen.

Eine weitere Aufgabe der jungen Mädchen und erwachsenen Frauen besteht darin, die sexuellen Bedürfnisse der Kämpfer zu befriedigen. Aus Berichten von Flüchtlingen geht hervor, daß von diesen Frauen verlangt wird, sich sexuellen Forderungen zu beugen, d.h. sich häufig und fortwährend vergewaltigen lassen. (...) Junge Mädchen und Frauen, die sich weigern, werden brutal geschlagen. Eine solche Bestrafung kann auch den Ehemann oder Vater der Frau bzw. des Mädchens treffen, die sich zur Wehr setzen. Auch Exekutionen werden u.U. als Bestrafung vorgenommen.

C) Abhängige Gebiete

Die dritte Unterkategorie innerhalb der kontrollierten Gebiete bilden die abhängigen Gebiete. Dort leben die älteren Menschen, die keine anderen, anstrengenderen Aufgaben mehr übernehmen können, und kleine Kinder. Nach den Schilderungen der Flüchtlinge obliegt offenbar den älteren Frauen die Betreuung der kleinen Kinder, während die älteren Männer dafür zuständig sind, Dachstroh zu sammeln und Häuser für die Kämpfer zu bauen. (...)

Überleben von Gefangenen in kontrollierten Gebieten

Die Gefangenen werden für ihre Arbeit weder mit Geld noch in Naturalien entlohnt. Stattdessen ist es den FeldarbeiterInnen gestattet, in ihrer Freizeit Nahrungsmittel für sich selbst anzubauen. Ihre „Freizeit“ besteht aus einem Tag in der Woche, denn während der anderen sechs Tage arbeiten sie vom frühen Morgen bis zur Dunkelheit auf den Feldern, und die Vollzeitträger haben besonders lange, zermürbende Arbeitszeiten.

Wo Leute nach dem alternativen System – dem mit hohen Abgaben belegten individuellen Produktionssystem – arbeiten, scheint die Dürre die Belastung noch zu erhöhen. In Gegenden, wo Nahrungsmittel besonders knapp sind (und diese sind nicht unerheblich), sammelt der gefangene Arbeiter auf eigene Initiative wild wachsende Pilze, Blätter und

Beeren, um zu überleben. Einige Flüchtlinge berichteten, daß selbst diese Nahrungsmittel von der RNM-Verwaltung konfisziert wurden. (...)

Diejenigen Flüchtlinge, die als Träger eingesetzt waren, berichteten, daß ihnen zunehmend untersagt wurde, während der Marsche etwas zu essen. Sie behaupteten, einige seien gestorben, weil ihnen Nahrung verweigert wurde. Die RNM-Wachen und Polizisten, die diese Transportkolonnen bewachen, essen regelmäßig und sollen, so erklären einige, Feldküchen mitführen. Einige Träger vermuteten, das Essen und Trinken sei ihnen verboten worden, damit sie zu schwach wären, um einen Fluchtversuch zu wagen.

Klar scheint indes zu sein, daß – wie unzureichend die Nahrungsmittelversorgung auch sein mag – der überwiegende Teil der produzierten Lebensmittel für den RNM und seine Kämpfer verwendet wird. Wenn Nahrungsmittel knapp sind, essen diese immer zuerst. Der Nahrungsentzug, von dem die Flüchtlinge berichten, erklärt offenkundig die miserable körperliche Verfassung der Männer, Frauen und Kinder, die zu Tausenden nackt und ernstlich unterernährt in Asyllandern ankommen.

Sicherheit und Überwachung in kontrollierten Gebieten

(...) Im kontrollierten Gebiet hat der RNM – nach Aussage der Flüchtlinge, die in diesen Gebieten gelebt haben und später entkommen sind – ein effektives Sicherheits- und Überwachungssystem aufgebaut.

Kernstück des Systems sind die „majuba“ oder „mujiba“ genannten RNM-Polizisten. Nach Aussage der Flüchtlinge lassen sich diese in zwei Kategorien einteilen:

a) ehemalige Steuereintreiber und kleine Beamte, teilweise als „regulos“ bezeichnet, die früher mit der portugiesischen Kolonialverwaltung zusammengearbeitet hatten und nach Erlangung der Unabhängigkeit von Portugal von der Frelimo-Regierung entlassen worden waren, sowie eine kleine Zahl von früheren Frelimo-Mitgliedern, die sich von der Frelimo abgewandt haben;

b) Gefangene, die vom RNM gezwungen wurden, diese Funktion zu übernehmen. Diese Gefangenen können einerseits durch Bestrafung gefügig gemacht werden, sollten sie sich dieser Aufgabe verweigern oder sie nicht effektiv erfüllen, andererseits durch ein gewisses Maß an bevorzugter Behandlung. Aus den Hinweisen der Flüchtlinge geht hervor, daß diese Polizisten in der Regel eher mit Schneidwerkzeugen (Macheten, Messern, Bajonetten, Äxten) als mit Schusswaffen ausgerüstet sind. (...)

Fluchtversuche aus einem kontrollierten Gebiet werden häufig als Kapitalverbrechen behandelt. (...) Die Mehrzahl der Flüchtlinge, die in einem kontrollierten Gebiet lebten, berichteten, daß sie selbst gesehen haben, wie Gefangene, die bei einem Fluchtversuch gefaßt wurden, hart bestraft oder sogar getötet wurden. Gelingt es Einzelnen, tatsächlich zu fliehen, so werden u.U. die zurückgelassenen Ehefrauen und Kinder als Vergeltung exekutiert. Flüchtlinge berichten, daß die RNM-Henker die Bestrafungen im allgemeinen als abschreckendes Beispiel einsetzen, um Andere von einer Flucht abzuhalten. (...)

Es scheint dem RNM wenig Schwierigkeiten zu bereiten, Personen, die ermordet wurden, an Hunger starben, zu schwach zur Arbeit oder geflohen sind, zu ersetzen. Die Hauptquelle neuer Gefangener sind offenbar Entführungen. (...)

Der Unterschied zwischen „kontrollierten“ Gebieten und „abgabepflichtigen“ Gebieten besteht darin, daß die Bevölkerung gezwungen wird, in stärkerem Maße Arbeitskraft und Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen. Die



WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.

WECHSELWIRKUNG
erscheint vierteljährlich.

DM 7,- (Quart.)/Mk 88

A 901 E-55 37

WECHSELWIRKUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



Nr. 37, Mai 1988

Schwerpunkt:

Die Last der Verantwortung – Das Kreuz mit der Ethik: Vom Verzicht auf Philosophie in der Wissenschaftsethik * Öko-Ethik, der ideologische Zeigefinger * Zur Ethik-Debatte um die Embryonenforschung * Wissenschaft, Macht und DAS GANZE * Denkblockaden aufbrechen
Weitere Themen:

Wie gefährlich sind Pestizide? * AIDS-Entstehung, Gentechnik und Impfstoffforschung * Online-Datenbanken * Arzneimittelexport * Mathematik im Ersten Weltkrieg

Bitte Probeheft für DM 2,- in Briefmarken anfordern!

Bestellungen an WECHSELWIRKUNG
Gnensenaustr. 2, 1000 Berlin 61
DM 7,- Einzelheft (+ Versandkosten)
DM 28,- Abonnement für 4 Hefte (Incl. Versandkosten); erscheint vierteljährlich

Flüchtlinge beschreiben dieses Maß an Ausbeutung als unerträglich. Und die miserable körperliche Verfassung derjenigen, die entkommen und in Sicherheit gelangen konnten, ist der lebende Beweis für diese Behauptung. Wie in den „abgabepflichtigen“ Gebieten, scheint auch hier diese Ausbeutung die einzige Beziehung zwischen dem RNM und den Gefangenen zu sein. Es gab keinerlei Hinweise darauf, daß der RNM sich mit Schutzmaßnahmen, Entlohnung, Unterstützung in Form von Naturalien, Verwaltung (außer Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen), Sozialleistungen, materieller Hilfe oder irgendeiner anderen Form revanchiert. (...)

3. Zur Zerstörung vorgesehene Gebiete

Gebiete, die nicht als „abgabepflichtige“ oder „kontrollierte“ Gebiete ausgewiesen sind, fallen u.U. unter eine dritte Kategorie, die man als zur Zerstörung vorgesehene Gebiete bezeichnen könnte. Zu solchen Gebieten gehören oft „Dörfer“ von 40 oder mehr Familien, die in einem kleinen Weiler leben – aber manchmal zählen dazu auch Dörfer mit mehreren hundert Familien.

Als „Siedlungen“ bezeichnete Dörfer, vor allem jene, die von der mosambikanischen Regierung für aus Nachbarländern zurückgekehrte Flüchtlinge errichtet wurden, scheinen in einigen Fällen bevorzugte Ziele zu sein. Ganze geographische Regionen können als „Zerstörungszone“ vorgesehene sein, manchmal werden aber auch nur die größeren Dörfer innerhalb solcher Zonen als zu zerstörende Ziele ausgewählt. (...)

Der Zerstörungsprozeß kann bis zu drei Phasen durchlaufen. Zunächst scheint man in einigen Dörfern, die zerstört werden sollen, sorgfältig Informationen zu sammeln. Diese Informationen werden nach Aussage der Flüchtlinge durch Besuche von RNM-Kämpfern bei Bauern vor Ort auf ihren Feldern beschafft – oder durch die Entführung von ein oder zwei DorfbewohnerInnen, die einem Verhör unterzogen werden und manchmal nicht ins Dorf zurückkommen. Die Fragen beziehen sich auf die Stellungen von Regierungssoldaten und/oder Milizen im Dorf – sofern überhaupt welche da sind; die Art ihrer Bewaffnung; die Identität der zivilen Regierungsbeamten – die Identität des Dorfvorstehers, des Sekretärs und anderer prominenter EinwohnerInnen – und die Lage ihrer Wohnungen; die Identität von Personen, die über wertvolle Besitztümer – wie neue Kleider, ein Radio usw. verfügen; und die Gewohnheiten der BewohnerInnen.

Dann kann, je nach Gebiet, ein „politischer“ Besuch von RNM-Kämpfern folgen (gelegentlich fällt diese zweite Phase mit der Angriffsphase zusammen). Während dieser Phase dringen RNM-Kämpfer u.U. direkt in die Häuser von Regierungsbeamten – wie dem Dorfvorsteher und Sekretär – ein, nehmen sie und manchmal auch ihre Frauen, Kinder und vielleicht auch Verwandte, die sich in der Wohnung aufhalten, gefangen.

Flüchtlinge berichten, daß solche Personen in der Regel exekutiert werden, in einigen Fällen, nachdem zuvor alle DorfbewohnerInnen zusammengerufen worden sind, um der Exekution beizuwohnen. Ein Flüchtling berichtete, eine Gruppe von Beamten, ihre Frauen und Kinder seien bei lebendigem Leib in ihren Häusern verbrannt worden, nachdem der Ehemann durch einen Axthieb ausgeschaltet worden war. Die DorfbewohnerInnen waren gezwungen worden zuzusehen. (...)

Die dritte Phase für zur Zerstörung vorgesehene Dörfer und Gebiete besteht im eigentlichen militärischen Angriff. Solche Angriffe finden nach übereinstimmenden Angaben

meist in den frühen Morgenstunden statt, unmittelbar vor oder nach Tagesanbruch. In einigen Fällen scheint die Angreifergruppe in einem ausgewählten Gebiet von Dorf zu Dorf gezogen zu sein und in jedem die gleiche Operation durchgeführt zu haben. Die Angriffe wurden anscheinend auf die gleiche Art und Weise vorbereitet und durchgeführt, gleichgültig ob das Dorf von Regierungssoldaten oder Milizen verteidigt wurde oder nicht. (ZivilistInnen besitzen im allgemeinen keine Schußwaffen.) Sind keine Regierungssoldaten oder Milizen anwesend, erfolgt der Angriff also auf unbewaffnete ZivilistInnen.

In den meisten der kleinen Dörfer gibt es nach Aussage der Flüchtlinge eine Handvoll von Regierungssoldaten oder Milizen, die von den zahlenmäßig überlegenen Angreifern oft rasch überwältigt und entweder getötet oder bald nach Beginn des Angriffs gezwungen werden zu fliehen. Größere Dörfer verfügen manchmal über stärkere Kräfte zu ihrer Verteidigung, und dort wird längerer, manchmal auch erfolgreicher Widerstand geleistet. (...)

Nach Aussage der Flüchtlinge zielen die Regierungssoldaten bei der Verteidigung der Dörfer auf die Angreifer, während die RNM-Soldaten wahllos in die Dörfer schießen. Den Flüchtlingen fiel in einigen Fällen auf, daß sich die angreifende Truppe in drei Abteilungen aufgespalten hatte: eine führt den militärischen Angriff durch; eine zweite dringt in Häuser ein und nimmt wertvolle Dinge – hauptsächlich Kleidung, Radios, Lebensmittel, Töpfe und anderes – mit; eine dritte geht mit brennendem Stroh durch die geplünderten Häuser und zündet sie an.

Es gibt mehrere Berichte, aus denen hervorgeht, daß Schulen und Krankenhäuser bevorzugte Ziele der Zerstörung sind. Die Zerstörung des Dorfes als lebensfähige Einheit scheint das Hauptziel solcher Angriffe zu sein. (...)

Diese Angriffsart verursacht mehrere Typen von Opfern unter der Zivilbevölkerung. Wie gewöhnlich bei der Guerillakriegführung, sterben einige ZivilistInnen im Kreuzfeuer der gegnerischen Kräfte, obwohl dies nach Angaben der Flüchtlinge nur eine Minderheit der Todesfälle verursacht. Eine größere Zahl von ZivilistInnen wurde nach den Berichten bei diesen Angriffen und in anderen Zusammenhängen Opfer von absichtlichen Todesschüssen und Hinrichtungen, von Axthieben, Messer- und Bajonettstichen, wurden lebendig verbrannt, ertränkt und erstickt oder kam durch andere Mordarten ums Leben, bei denen es keinen bedeutenden Widerstand oder Verteidigung gibt. (...)

((Quelle: Summary of Mozambican Refugee Accounts of Principally Conflict-Related Experience in Mozambique, Washington, April 1988 (memo.), S. 15-32)

Caroline Sacra, von RNM-Rebellen verstümmelt.



Stand und Wirkung von Sanktionen



Zwar behält die Maximalforderung der weltweiten Anti-Apartheid-Bewegung nach umfassenden und bindenden Sanktionen gegen den Apartheidstaat weiterhin Gültigkeit. Gleichzeitig dürfen aber die Wirkungen bisheriger Teilmaßnahmen nicht unterschätzt werden. Umgekehrt, aus einer Untersuchung der Auswirkungen bisheriger Maßnahmen auf die südafrikanische Wirtschaft kann die Maximalforderung der Bewegung durchaus an Überzeugungskraft gewinnen. Die im folgenden Beitrag aufgeführten Daten basieren – falls nicht anders angegeben – auf Forschungsergebnissen der britischen Anti-Apartheid-Bewegung.¹

In der öffentlichen Debatte der letzten Jahre über die Effektivität von Sanktionen entstand oft der Eindruck, daß Sanktionen höchstens eine Sache der Zukunft seien. Ihre Wirkungen auf die Gesellschaftsstruktur in Südafrika seien noch nicht abzusehen. So konnten Einwände leicht an Boden gewinnen, wie sie von denjenigen Kräften in Wirtschaft und Politik, die vom Fortbestand der Apartheid profitieren, sowohl innerhalb wie auch außerhalb Südafrikas fabriziert werden.

Diese Gegenargumente sind uns hinreichend bekannt: Sanktionen würden gegen einen wirtschaftlich so starken Staat wie Südafrika keine Wirkung haben; Sanktionen würden die Lage der Schwarzen nur verschlechtern; Sanktionen würden in der BRD Arbeitslosigkeit hervorrufen; Sanktionen würden die Frontstaaten am härtesten treffen usw. Solche Einwände sollen vor allem der Abschreckung dienen.

Sie haben zunächst gemeinsam, daß sie von einem hypothetischen Zukunftsszenario ausgehen, in welchem eventuell

zu praktizierende wirtschaftliche Maßnahmen gegen das Regime in Pretoria negative Folgen haben könnten. Und zwar trafe dies nicht für die Apartheid selbst, sondern entweder für die BRD-Bevölkerung oder für die Mehrheit der Menschen im Südlichen Afrika zu.

Demzufolge dürften Argumente, die von einem positiven Beitrag von Sanktionen sprechen, ebenso bloß spekulativen Charakter haben: Mangels Beweisen schien also die Debatte häufig – zumindest was ihr Bild in den bürgerlichen Medien der BRD betrifft – eine Konfrontation der Hypothesen zu sein. In der Tat trifft dies auch für die Argumente der Fürsprecher von Sanktionen oft zu (wodurch sie keineswegs an Korrektheit einbüßen mußten!).

Das Plädoyer für Sanktionen stellt die wirtschaftliche und militärische Verflechtung mit den imperialistischen Ländern dar und leitet daraus die Notwendigkeit von Sanktionen ab. Dieser logische Schritt ist für die meisten Apartheid-Gegner auch einsichtig. Er half aber oft dann nicht, als es darauf ankam, einer

von den Medien und herrschenden Politikern geschürten und damit in der BRD noch weitverbreiteten Skepsis entgegenzutreten.

Seitdem es jedoch in den letzten 30 Monaten infolge einer zunehmenden Ächtung der Apartheid seitens der internationalen Gemeinschaft sowohl zu Sanktionen verschiedener Art und verschiedener Wirkung wie auch zu anderen nicht zu unterschätzenden Maßnahmen gekommen ist, wird die Auseinandersetzung um die Effektivität von Sanktionen sich zunehmend auf der konkreten Basis schon erreichter Wirkungen stützen und sich damit auf ein qualitativ höheres Niveau begeben können.

Als Problem der bisherigen Debatte kam außerdem hinzu: Apartheid-Gegner können ein Beispiel für die positive, d.h. im Sinne der Träger oder auch Förderer effektive Wirkung von umfassenden und bindenden Sanktionen in der neueren Geschichte vergeblich suchen. Auch wenn Sanktionen Ländern wie der Sowjetunion, Kuba oder Nicaragua erhebliche Schwierigkeiten bis hin zu dem Hervorrufen von Krisenerscheinungen bereiteten, kann von einem Erfolg im Sinne der Träger keine Rede sein.

In den Fällen, in denen umfassende Sanktionen bisher praktiziert wurden, handelte es sich um Versuche, schon begonnene Strukturveränderungen einer Gesellschaft zu unterbinden. Aus wirtschaftlichen sowie militärstrategischen Erwägungen wurden hiermit verschiedene Mittel (Handelsembargo, Kreditstopp, militärische Intervention) angewendet, um den Drang nach wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit eines Volkes zu brechen. Diese Form von Sanktionen waren und sind also ein direkter Eingriff in den Selbstbefreiungsprozeß eines Volkes gegen seine (auch ehemaligen) Unterdrücker.

Die Einmaligkeit der Forderung nach Sanktionen gegen das Apartheidregime beruht hingegen darauf, daß die Kräfte der Befreiung Sanktionen als eine von mehreren Waffen in ihrem eigenen Befreiungskampf verstehen, d.h. als Teil ihrer Gesamtstrategie. Diese Forderung entspringt bekanntlich folgender Erkenntnis: Ohne die Unterstützung der imperialistischen Länder (in der Hauptsache Großbritannien, USA und die BRD) könnte das Apartheidsystem nicht

funktionieren bzw. überleben. Umgekehrt, ohne Apartheid als **erfolgreiche** (sie ist es nicht mehr — daher der zunehmende Investitionsabbau) gesellschaftliche Verwaltungsstruktur ist Südafrika für ihre derzeitigen Investoren von erheblich geringerem Interesse.

Wenn wir also Sanktionen als Teil einer Gesamtstrategie begreifen, sprechen wir nicht nur von wirtschaftlichen oder politischen Verflechtungen als solchen, sondern von allen Beziehungen zwischen Südafrika und anderen Ländern unter vorrangiger Berücksichtigung der **Abhängigkeit** des Apartheidregimes von diesen Beziehungen. Denn das Ziel der Befreiungsbewegung in Südafrika ist nicht etwa die Zerstörung der südafrikanischen Wirtschaft, sondern der vollkommene Ersatz der bestehenden Ordnung durch eine bessere, gerechtere Ordnung. Nur im Zusammenhang mit diesem Ziel haben Sanktionen für die Befreiungsbewegung ihren Sinn, und zwar darin, daß sie zu der Schwächung der bestehenden Ordnung beitragen.



Demonstration für den Boykott des Apartheidregimes in Kalifornien (USA).

Die südafrikanische Wirtschaft ist strukturell unfähig, die Wirkungen wirtschaftlicher Sanktionen zu überwinden. Geschichtlich gesehen, hat sich Südafrika auf ausländisches Kapital verlassen, um seine wirtschaftliche Expansion und infrastrukturelle Entwicklung zu finanzieren. Zwischen 1961 und 1970 machten ausländische Investitionen 22,8% der Gesamtinvestition in Südafrika aus.²

Ausländische Direktinvestitionen haben sich während der 70er Jahre (besonders nach dem Soweto-Aufstand von 1976) verlangsamt, wurden jedoch durch indirekte Investitionen, d.h. durch Kredite bzw. Schulden auf dem internationalen Kapitalmarkt, ersetzt. Der Anteil der Auslandsschulden am Bruttoinlandsprodukt Südafrikas stieg von 6,4% 1980

auf 27,1% 1984.³ Bis 1985 belief sich die Verschuldung auf 24 Mrd \$. Damit kam sie auf die neunte Stelle in der internationalen Verschuldungsliga. 80% dieser Schulden wurden gegenüber Banken in nur vier Ländern gemacht: USA, Großbritannien, BRD und Schweiz.

Die inländische Kapitalakkumulation in Südafrika genügt nicht, um die riesigen Investitionsbedürfnisse des Bergbaus, der sonstigen materiellen Produktion und der diese Industrien unterstützenden Infrastruktur zu decken. Die hohen Gewinne (Stichwort: billige Arbeitskraft) dagegen wirkten für ausländische Investoren anziehend.

Zur Zeit ist Großbritannien größter Kreditgeber Südafrikas. Ca. 40% aller ausländischen Investitionen kommen von dort. Es folgen die USA mit ca. 25%, die BRD mit ca. 10% und die Schweiz mit ca. 5% (Stand: Oktober 1987).

Die umfangreichen Handelsbeziehungen Südafrikas deuten ebenfalls darauf hin, daß die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vom Ausland abhängt. 80% des

Gesamthandels Südafrikas wird mit fünf EG-Staaten (BRD, Großbritannien, Niederlande, Italien und Frankreich) sowie den USA, Japan und der Schweiz abgewickelt.

Während der Handel mit Südafrika für diese Länder kaum ins Gewicht fällt, ist für den Apartheidstaat das Gegenteil der Fall. Dies kann an folgenden Zahlen verdeutlicht werden: Während der Anteil Südafrikas an den Exporten bzw. Importen der BRD 1985 knapp 1% bzw. 0,7% betrug, machten die entsprechenden Zahlen für den Handel Südafrikas im Zeitraum 1976-82 12,6% bzw. 20% aus.⁴

Im Warenausfuhr machte 1985 die Ausfuhr von Gold 44% aller Exporteinkünfte aus. Kohleexporte betragen wei-

tere 10%, andere Mineralien 20% und Fertigprodukte 9%. Importe bestanden hauptsächlich aus Maschinen und elektronischen Geräten (43%, davon 27% aus der BRD⁵), anderen Gütern (23%) sowie Öl- und Rüstungsimporten (ca. 25%).

Südafrika kann man daher aufgrund seiner Produktions- und Handelsstruktur und des besonderen Charakters seines Investitionsbedarfs als neuindustrialisierten Staat einstufen, d.h. als Land, das immer noch im Industrialisierungsprozeß begriffen ist. Es exportiert Rohstoffe in die Industriestaaten und importiert Fertigprodukte, vor allem Maschinen und Hi-Tech, wie auch Kapitalleistungen, wofür es noch keine ausreichende eigene Kapazität besitzt. Aus diesem Grund ist Südafrika durch Sanktionen erheblich verwundbarer als andere afrikanische Staaten mit weniger entwickelten Wirtschaftsstrukturen.

Ernsthafte wirtschaftliche Maßnahmen seitens der wichtigsten Handelspartner bestehen erst seit etwa 30 Monaten. Beim Gipfeltreffen der Commonwealth-Länder im Oktober 1985 wurden Maßnahmen vereinbart gegen den Import des Krügergoldes, gegen Direktkredite an die südafrikanische Regierung, gegen die Finanzierung von Handelsaufträgen, gegen den Export von Computertechnologie, die von den Sicherheits- bzw. Streitkräften benutzt werden könnte, sowie von nuklearer Technologie und Öl. 1986 wurde ein Nachtrag beschlossen (Großbritannien ausgenommen), der die Maßnahmen auf die Bereiche des Flugverkehrs, der Neuinvestitionen, der Agrar-, Uran-, Kohlen-, Eisen- und Stahlimporte erweiterte. Im Nachtrag wurden auch Maßnahmen gegen Doppelbesteuerungsabkommen, gegen den Tourismus, gegen Bankkredite an und Regierungsverträge mit südafrikanischen Firmen vorgesehen.

Während der folgenden drei Monate wurden weitere Maßnahmen von den USA, den EG-Ländern, Japan und den skandinavischen Ländern ergriffen. Im September 1986 beschloß der EG-Ministerrat Maßnahmen gegen den Import von Goldmünzen und gegen einige Kategorien des Eisen- und Stahlimports.

Im Oktober 1986 wurde in den USA der „Comprehensive Anti-Apartheid Act“ gegen das Veto von Präsident Reagan verabschiedet. Dieses Gesetz ging weiter als alle bisherigen Sanktionsmaßnahmen. Es verhängte ein Verbot über alle Neuinvestitionen, einschließlich aller Kredite an die privaten und öffentlichen Wirtschaftssektoren Südafrikas, und ein Verbot aller Kohlen-, Eisen-, Stahl-, Agrar-, Textilien- und Uranimporte sowie des Flugverkehrs. Japan verhängte Sanktionen gegen Eisen- und Stahlimporte und stellte keine neuen Visa an südafrikanische Touristen aus. Die nor-

dischen Länder, einschließlich Dänemark, verhängten umfassende Handels- und Investitionssanktionen.

Die unten aufgeführten Daten konzentrieren sich auf einige wenige, aber wichtige Teilaspekte. Zunächst dürfen die Rahmenbedingungen für die Wirkung bisher verhängter Sanktionen nicht vergessen werden:

Erstens ist es viel zu früh, um über „effektive Sanktionen“ zu sprechen, da keiner der wichtigsten Handelspartner Südafrikas ein umfassendes Paket von Sanktionen verhängt hat.

Zweitens werden die Maßnahmen, die bisher beschlossen wurden, nicht global praktiziert. Deshalb kann Südafrika auf andere Märkte ausweichen.

Drittens erlebte die Wirtschaft einen zyklischen Aufschwung, seitdem diese Sanktionen verhängt wurden. Dieser hat zwar zu einer Einschränkung, nicht aber zu einer Neutralisierung der Wirkung der bisher verhängten Sanktionen geführt. Viertens hat sich in dieser Zeit der Goldpreis auf dem internationalen Markt dramatisch erhöht (40-50% der Exporteinkünfte kommen vom Goldhandel).

Fünftens müßte außerdem – um ein einseitiges Bild zu vermeiden – eine Analyse der verfügbaren Daten auf die Dialektik Sanktionen/Befreiungskampf tiefer eingehen, als dies hier getan wird. In dem Maße, wie der Befreiungskampf intensiviert wird, erhöhen sich auch die Kosten für das Apartheidregime, die damit gleichzeitig die Wirkung von Sanktionen verstärken.

Rüstungsembargo und Ölembargo: Die erste und bisher einzige international bindende Sanktionsmaßnahme gegen Südafrika ist das Rüstungsembargo, das 1977 vom UN-Sicherheitsrat verhängt wurde. Die UNO hat immer wieder ein Ölembargo gleicher Art angestrebt. Ein Rohölembargo wurde 1973 von der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) beschlossen. Dieses Embargo wurde inzwischen von allen wichtigen ölproduzierenden Ländern unterzeichnet. Großbritannien stimmte diesem Embargo allerdings nur unter der Bedingung zu, daß es eigene Richtlinien für die freiwillige Anwendung des Beschlusses aufstellen dürfe.

Die Antwort der südafrikanischen Regierung auf die Rüstungs- und Ölembargos besteht aus einer Kombination von Gegenmaßnahmen, um das Embargo zu unterlaufen, und der Suche nach alternativen Importquellen. Mehr als 350 Verstöße gegen das Rüstungsembargo sind für den Zeitraum 1977-85 bekanntgeworden.⁶ Diese Gegenmaßnahmen jedoch haben zur Folge, daß enorme Summen entweder auf dem für Südafrika tendenziell schrumpfenden Kapitalmarkt gesucht oder aus anderen Wirtschaftsbereichen umgeleitet werden

müssen.

Zum Beispiel benötigte der Aufbau des staatlichen Rüstungsunternehmens ARMSCOR riesige staatliche Subventionen. Heute zählt Arm Scor zu den drei größten Konzernen des Landes mit einem Personalbedarf von bis zu 33.000 Beschäftigten. ARMSCOR ist heute in der Lage, eigene Rüstungsgüter begrenzt zu produzieren, obwohl Südafrika immer noch zu einem großen Teil auf ausländische Technologie und Ersatzteile angewiesen ist.

Diese Maßnahmen kommen dem Apartheidstaat besonders teuer zu stehen. Der größte Teil der Rüstungsgüter wird über

**Bereits verhängte
Sanktionen können nur unter
hohem Kostenaufwand
umgangen werden**

Schmuggeloperationen gewonnen. Für Waffen und andere Militärgüter, die über diesen illegalen Weg importiert werden, muß Pretoria natürlich erheblich mehr als die normalen Marktpreise zahlen. Somit werden die Kosten der Ausrüstung der südafrikanischen Streitkräfte drastisch erhöht.

Heute steigen die Rüstungskosten schneller als die Inflationsrate. Die Haushaltssumme für neue Rüstungsgüter sinkt jedoch jährlich, da sich die Kosten der militärischen Operationen in den Frontstaaten, in Namibia und in den Townships ständig erhöhen. Während die Gesamtausgaben im Haushalt 1987 um 12,9% auf 52,6 Mrd Rand stiegen, erhöhten sich die Ausgaben für Verteidigung um 22% auf 8,2 Mrd Rand (ca. 15% der Ausgaben insgesamt).⁷

Ähnliche Reaktionen hat das Ölembargo hervorgerufen. In den 70er Jahren wurde Südafrika gezwungen, die sehr teuren SASOL-Anlagen zu bauen. Hier wird mit erheblichem Kostenaufwand Öl aus Kohle gewonnen. Nach etwa 10 Jahren deckt das Land aber auf diese Weise nur 30% seines eigenen Ölbedarfs.

Der Restbedarf muß über illegale Wege befriedigt werden – normalerweise durch „Mittelsmänner“, die für den Verstoß gegen Sanktionen enorme Summen verlangen. 1980 z.B. bekam die Ölfirma Shell 200 Mio \$ allein für solche Zwecke heimlich ausgezahlt.

Diese Beispiele zeigen, daß das Apartheidregime solche Embargos umgehen kann – genauso wie dies immer wieder von Sanktionsgegnern behauptet wird. Es ist aber gleichzeitig ersichtlich, daß auch diese Sanktionen zu einer Schwächung des Regimes geführt haben. Am 16. März d.J. bestätigte dies auch auf unerwartete Weise der südafrikanische Finanzminister Barend du Plessis vor dem Parlament: „Unsere Wirtschaft ist durch eine Vielzahl von politisch moti-

vierten und international gesteuerten Einschränkungen gelähmt.“⁸ Zusätzlich zur jährlichen Ölrechnung von etwa 3 Mrd \$ muß Südafrika jährlich 2,3 Mrd \$ bezahlen, um die direkten und indirekten Folgen des Ölembargos zu bewältigen.⁹

Die Entwicklung der Importe aus Südafrika widerspiegelt die Wirkungen von Boykottmaßnahmen und Sanktionen. Der Wert der britischen Importe ging in den ersten sieben Monaten des Jahres 1987 um 20% gegenüber der gleichen Periode 1986 zurück. Im ersten Quartal 1987 nahmen US-amerikanische Importe aus Südafrika um 48% und japanische um 10% ab.

Die EG-Länder importierten nur 4% weniger in diesem Zeitraum. Diesen geringen Rückgang kann man z.T. darauf zurückführen, daß die BRD in dieser Zeit 31% mehr importierte.

Insgesamt verursachen Exporteinbußen und verteuerte Importe jährlich Kosten für Südafrika in Höhe von 4 Mrd \$.¹⁰

Gold: Die Tatsache, daß die südafrikanische Wirtschaft trotz dieser Rückgänge weiterhin einen Handelsbilanzüberschuß aufweist (er ging von 7,2 Mrd Rand 1986 auf 6,4 Mrd Rand 1987 zurück¹¹), hängt mit dem Boom auf dem Goldmarkt zusammen. Nach Angaben des südafrikanischen Zollamtes stieg der Wert der Exporte von 19,6 Mrd Rand in der ersten Hälfte von 1986 auf 14,9 Mrd Rand für den gleichen Zeitraum 1987.

Zwischen 1986 und September 1987 erhöhte sich allerdings der Durchschnittspreis von Gold von 368 \$ auf 459 \$, also um 25%. Es sei nochmals daran erinnert, daß 40-50% der Exporteinkünfte aus dem Goldhandel stammen.

Sanktionen gegen Goldimporte aus Südafrika würden einen strategisch wichtigen Schlag gegen das Apartheidregime bedeuten. Bisherige Sanktionen in diesem Bereich beschränken sich auf den Import von Goldmünzen. Einnahmen aus dem Goldexport – wie auch aus dem gesamten Bergbausektor zeigen jedoch für 1987 ein deutliches Absinken gegenüber den erhofften Ziffern um etwa 500 Mio Rand an.¹²

Kohle: Nach Gold ist Kohle das zweitwichtigste Exportprodukt Südafrikas. 1986 machte die Kohleinfuhr 10% aller Exporteinkünfte aus (2,7 Mrd DM). Der Anteil der EG-Länder betrug 1985 56%. Im September 1986 erreichte der EG-Ministerrat über Sanktionen gegen Kohleimporte keine Übereinstimmung. Einseitige Sanktionen seitens der USA, der Commonwealth-Länder (außer Großbritannien und Hongkong) und der anderen nordischen Länder trugen zu einem Rückgang der südafrikanischen Kohleexporte von ca. 40% bei (von 3,2 Mrd Rand 1986 auf 1,9 Mrd Rand 1987).¹³ Wenn die EG-Länder gemein-

sam Sanktionen in diesem Bereich verhängen, würde dies die Einfuhr von lebensnotwendigen Devisen nach Südafrika erheblich einschränken.

Textilien: Zwischen 1981 und 1985 hat sich der Export von südafrikanischen Textilien verdreifacht. Obwohl keine Sanktionen gegen den Import von Textilien verhängt wurden, gingen die britischen Importe seit 1984 aufgrund von „People's Sanctions“ (Volkssanktionen)¹⁴ um etwa 50% zurück.

Disinvestment: Über 120 transnationale Konzerne haben ein „Disinvestment“ in den letzten 24 Monaten durchgeführt. Nach einer Studie des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften vom Mai d.J. haben 188 Firmen (darunter 134 US-Unternehmen und kein bundesdeutsches) ihre geschäftlichen Beziehungen zu Südafrika abgebrochen. 1.267 Unternehmen aus 20 westlichen Staaten halten sie weiterhin aufrecht.¹⁵ Der Wert amerikanischer Investitionen ging von 2,4 Mrd \$ 1982 auf 1,3 Mrd \$ 1986, also um etwa 50% zurück.¹⁶ Heute dürfte er etwa 1 Mrd \$ betragen. 55 britische Unternehmen zogen sich zwischen 1985 und September 1987 zurück. Weitere 19 bauten ihre Investitionen im selben Zeitraum weitgehend ab.

Obwohl die Konsequenzen dieser Entwicklung nicht überschätzt werden sollten, kommt eine neuerschienene Studie über die Auswirkungen von Investitionsabbau auf die südafrikanische Gesellschaft zu folgenden Schlußfolgerungen: Investitionsabbau hat zur Folge, daß die Zahl der Konzerne, die ein Interesse an der Bekämpfung von Sanktionsforderungen haben, erheblich reduziert wird. Der Abzug ausländischer Konzerne trägt weiterhin zur massiven und von Südafrika empfindlich registrierten Kapitalflucht bei. Die Geschäftsmoral wird unterminiert, der Strom der ausgebildeten Kräfte, die das Land verlassen, nimmt zu. Der Abbruch von Beziehungen mit ausländischen Konzernen trägt zum Technologieverfall in Südafrika bei.¹⁷

Das oben Dargestellte belegt, daß bereits jetzt Sanktionen zu einer Schwächung des Apartheidregimes beitragen. Bisher verhängte Sanktionen haben jedoch eine äußerst beschränkte Wirkung und reichen keineswegs aus, um den Weg für die Abschaffung der Apartheid zu bahnen. Global praktizierte Sanktionen gegen den Import von Gold, Kohle und anderen Mineralien, gegen neue Kredite und Umschuldungspraktiken zugunsten Südafrikas und gegen den Technologietransfer jeder Art (COCOM-Liste) würden eine Schlüsselrolle bei der nachhaltigen Veränderung der Kräfteverhältnisse in Südafrika spielen.

Fast alle Organisationen der schwarzen Mehrheit – ob diese nun vorrangig poli-

Martin Schuck

Südafrika-Kongreß der IG-Metall „Der Beginn eines langen Bündnisses“

Im Mai d.J. veröffentlichte die IG Metall zusammen mit dem Südafrika-Rat des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) ihre „Mindeststandards für Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte in südafrikanischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmer“.

Wenn man hier Mindestforderungen an die in Südafrika ansässigen bundesdeutschen Unternehmen hinsichtlich des Verhaltens bei Arbeitskämpfen der schwarzen Gewerkschaften stellte, so war man sich bei der IG Metall darüber im klaren, daß die tatsächliche Durchführung dieser Mindestanforderungen nur in enger Zusammenarbeit zwischen den Metallgewerkschaften beider Länder verwirklicht werden kann. Deshalb lud die IG Metall für den 12. und 13. Mai d.J. zu einem ersten Südafrika-Kongreß nach Frankfurt ein.

Im Kongreß-Hotel „Arabella“ in Frankfurt-Niederrad saßen sich etwa 20 bundesdeutsche Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte von Metallunternehmen mit Niederlassungen in Südafrika (Siemens, Daimler-Benz, VW usw.) und ebenso viele schwarze Gewerkschaftler aus Südafrika gegenüber. Daneben gab es eine hochkarätige Referentenliste, deren jeder einzelne Vertreter ein Höchstmaß an Information gewährleisten konnte.

Genau darum ging es nämlich: Man wollte keine Massenveranstaltung, sondern im kleinen Kreis sollten Informationen ausgetauscht werden, die den einzelnen Teilnehmern – allesamt Multiplikatoren in ihrem Betrieb – Anregungen für die eigene innerbetriebliche Weiterarbeit geben konnten.

In einem ersten inhaltlichen Block gab es zwei Referate über die rechtliche Situation der gewerkschaftlichen Arbeit in Südafrika. Es sprachen Des East (Präsident des IMB und des Südafrikarates) zum Thema „Gewerkschaftliche Arbeit in Südafrika – Möglichkeiten und Grenzen“ und John Brand (Rechtsberater der südafrikanischen Gewerkschaften und Experte der UN-Arbeitsorganisation ILO) über „Apartheid und grundlegende Arbeitnehmerrechte in Südafrika“. Im zweiten Block ging es dann mehr um ein Aufzeigen aktueller Konflikte und Kämpfe der Gewerkschaften mit dem Apartheidregime. So etwa sprachen Halton Cheadle (Rechtsberater der südafrikanischen Gewerkschaften) über „Neuere Angriffe der südafrikanischen Regierung gegen die Gewerkschaften“ und anschließend John Gumomo (Arbeiter bei VW-Südafrika und Vizepräsident der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA) über „Bedeutende Konflikte in der Metallindustrie seit der Wiehan-Konferenz von 1979“. Hier war im Programm Daniel Duke, der Präsident der NUMSA, vorgesehen, aber er hatte keinen Paß zur Ausreise bekommen.

Diese mehr informative Runde des Donnerstags (12. Mai) wurde abgeschlossen durch ein Referat von Peter Michalzik, dem früheren Spezialattaché an der bundesdeutschen Botschaft in Südafrika, über das Thema „Deutsche Unternehmen und ihr Verhalten bei Arbeitskonflikten“. Gerade dieser Beitrag machte deutlich, daß die bundesdeutschen Unternehmen ihre Möglichkeiten, die sie real haben, um sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Druck auf das Regime auszuüben, in keiner

Weise nutzen. Im Gegenteil – sie produzieren deshalb in Südafrika, weil sie reale Vorteile aus der Apartheid-Gesetzgebung heraus schlagen können.

Stand der Donnerstag ganz im Zeichen der Information, so war am Freitag (13. Mai) die Diskussion angesagt. Ausreichenden Stoff bot allein schon das Referat von Johan Trotskie, dem Präsidenten des Industrial Council für die Elektroindustrie in Südafrika. Als Siemens-Manager schilderte er die Arbeitsbeziehungen aus der Sicht der Unternehmenseite.

Obwohl er – aus verständlichen Gründen – von allen Referenten den schwersten Stand hatte und die härtesten Widersprüche provozierte, war er das Salz in der Suppe des Kongresses. Ohne ihn – und das war die einhellige Meinung aller (auch und gerade der schwarzen) Teilnehmer – hätte dem Kongreß etwas Entscheidendes gefehlt. Wurde doch hier in aller Offenheit und Schonungslosigkeit von einem weißen südafrikanischen Topmanager zum Ausdruck gebracht, daß er selbst lieber heute als morgen das Apartheidssystem überwunden sehen würde, daß aber andererseits von ihm und seinen Kollegen keine Schritte in diese Richtung zu erwarten seien.

Die Unternehmer in Südafrika, so unzufrieden sie im einzelnen auch sein mögen, agieren auf dem Boden der Apartheid-Gesetzgebung. Und sie werden allenfalls in diesem Rahmen für innerbetriebliche Reformen eintreten; allerdings auch dies nur insoweit, als sie damit ihren Verpflichtungen als Manager des Betriebes nicht zuwiderhandeln.

Als konkreten Vorschlag zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit im Betrieb regte er Weiterbildungsprogramme für schwarze Gewerkschaftsfunktionäre an (etwa fünf Tage im Jahr) und wollte diese in einer möglichen Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit einer Hochschule garantiert sehen. Konkret könnte eine solche Zusammenarbeit dazu führen, ein

Streikende südafrikanische Mercedes-Benz-Arbeiter vor dem Werksgelände.



Mindestlohnmaß festzustellen, das am Lebensstandard orientiert sein sollte.

Diesem Vorschlag widersprach der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates der Siemens-AG, Moshammer, indem er darauf hinwies, daß die Mindestlohndiskussion, also die Verwissenschaftlichung der Lohnbewegung, für die Arbeitgeber immer dann interessant ist, wenn sie eine reale Machtverschiebung befürchten müssen. In Südafrika würde diese Diskussion genau seit dem Zeitpunkt geführt, da sich schwarze Gewerkschaften etabliert hätten. Niemand kam auf die Idee, darüber zu reden, als die Unternehmer den Schwarzen noch Hungerlöhne zahlen konnten, ohne mit nennenswertem Widerstand rechnen zu müssen.

Im Laufe der Diskussion stellte Trotzkie eine Frage, die ich als für seine Position typisch erachte: Ob sich denn die IG Metall auch in gleichem Maße wie in Südafrika etwa in Polen engagieren würde oder in den Staaten der Dritten Welt, wo doch auch unabhängige Gewerkschaften in ihrer Arbeit behindert würden?

Hier wurde der Versuch gemacht, das von der IG-Metall als exemplarisch aufgefaßte Problem der gewerkschaftlichen Arbeit im Apartheidstaat (Behinderung der gewerkschaftlichen Arbeit als Beispiel für die Politik des Apartheidstaates überhaupt) auf die allgemeine Ebene zu verlegen. So richtig es sein mag, daß die Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit ein Problem fast aller Staaten (auch der BRD!) ist, so vordergründig irreführend ist der Versuch, diese Diskussion auf andere Länder auszuweiten.

Das Interesse der IG Metall besteht in erster Linie darin, Solidarität zu üben mit den Schwarzen in Südafrika. Daß dies auf dem Gebiet gewerkschaftlicher Solidarität geschieht, liegt im Charakter der IG Metall als Gewerkschaft begründet. Andere Organisationen haben andere exemplarische Felder, die ihrem Wesen mehr entsprechen (z.B. die Kirchen). Trotzkie ging es letztendlich – bewußt oder unbewußt – genau darum, dem exemplarischen Problem der Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit als Beispiel für die gesamte Politikkonzeption des Apartheidstaates diesen Charakter des Exemplarischen zu nehmen.

Als Ergebnis soll so aus einem exemplarischen Problemaufriß eine allgemeine Problemanzeige werden, die zugespitzt so ausgedrückt

werden kann: Es geht nicht mehr darum, wie sich in der Politik gegenüber den Gewerkschaften beispielhaft die Mechanismen der Apartheid insgesamt darstellen, sondern vielmehr wird jetzt gezeigt, was der Apartheidstaat mit fast allen anderen Staaten der Welt gemeinsam hat, nämlich daß es Konflikte zwischen Unternehmern und Gewerkschaften gibt, die der Staat mit Hilfe einer repressiven Gewerkschaftspolitik zugunsten der Unternehmer entscheiden will.

Einen weiteren Höhepunkt des Kongresses bildete das Referat des Sprechers der SPD-Fraktion für Südafrika-Fragen, Günter Verheugen. Er kritisierte scharf die gegenwärtige Südafrika-Politik der Bundesregierung, vor allem die Fortführung des sog. „kritischen Dialogs“. Dieser – so Verheugen – sei deshalb unsinnig, weil er mit der Einsicht der weißen Unterdrücker rechne, aber die letzten Jahre hätten gezeigt, daß gerade dies unrealistisch sei. Gezielte Wirtschaftssanktionen dagegen hätten die Funktion, den Weißen zu zeigen, daß sie auf keine nennenswerte Unterstützung außerhalb Südafrikas rechnen könnten.

Dabei betonte er, Sanktionen seien keine Strafmaßnahmen, sondern ein politisches Instrument zur Beeinflussung der Willensbildung in einem anderen Staat. Als mögliche erste Schritte der Bundesregierung unterhalb der Grenze allgemeiner Sanktionen nannte er dabei die Reduzierung des diplomatischen Verkehrs bis hin zum Abbau des Botschaftspersonals, die Einführung einer Visapflicht (wenn Südafrika eine selektive Ausreisepolitik vertritt, warum soll dann die Bundesrepublik jeden südafrikanischen Geschäftsmann ohne Visum einreisen lassen?), das Einstellen des Luftverkehrs, die Anwendung der Cocom-Liste auf Südafrika sowie Finanzsanktionen. In seiner Schlußrede begründete Franz Steinkühler, der erste Vorsitzende der IG-Metall, die Bedeutung des Kongresses damit, daß „es keine laboristische Verengung, sondern ein substantieller Beitrag zur Überwindung der Apartheid (sei), wenn wir die Betätigungsmöglichkeiten der schwarzen Arbeiter und Arbeiterinnen und ihrer Gewerkschaften in den Mittelpunkt unserer eigenen gewerkschaftlichen Bemühungen stellen“. Besondere Bedeutung käme der gewerkschaftlichen Arbeit auch noch zusätzlich dadurch zu, daß „die Gewerkschaften Südafrikas zur Zeit die einzigen demokratischen Massenorganisationen (seien), denen – wenn auch eingeschränkt – die Möglichkeit legaler Arbeit geblieben ist“.

Der Südafrika-Kongreß der IG Metall war nach dem Verständnis der dort anwesenden Gewerkschaftler ein „Anfang einer längeren zielgerichteten Zusammenarbeit“ (Steinkühler). Kontakte wurden geknüpft, Informationen ausgetauscht und erste politische Optionen formuliert.

„Man wird davon ausgehen müssen, daß das Apartheidssystem noch lange fortexistieren wird“, war die wenig ermutigende Prognose von Günter Verheugen. Sollte diese zutreffen, so bleibt nur zu hoffen, daß der IG Metall auf dem langen Weg zum Ziel nicht die Luft ausgeht, und daß die Arbeit auch Früchte tragen wird.

Vor allem aber muß es gelingen, die auf der Funktionärschicht geknüpften Kontakte innerhalb der innerbetrieblichen Arbeit weiterzutreiben, damit die fast schon prophetisch klingenden Worte Franz Steinkühlers nicht irgendwann doch ins Leere verhallen: „Diese Tagung soll der Beginn eines langen Bündnisses sein, das erst dann enden wird, wenn es sein Ziel erreicht hat.“ (Steinkühler)

tisch, gewerkschaftlich oder kirchlich orientiert sind – verlangen umfassende und bindende Sanktionen. Diese Forderung wurde auch eindeutig vom COSATU-Kongreß im Juli 1987 bekräftigt.

Der Zeitfaktor ist aber hier besonders wichtig, denn Sanktionen in ihrem gegenwärtigen Umfang haben den gewaltigen Nachteil, daß sie die Regierung in Pretoria zu einer Modernisierung des Apartheidsystems drängen. „Sanktionen dienen doch einem Zweck, da sie uns zur völligen Ausschöpfung unserer Ressourcen zwingen.“¹⁸

Der Apartheid-Krieg in Namibia kostet die Regierung etwa 1 Mrd \$ jährlich. Die Rüstungskosten erhöhten sich zwischen 1975 und 1985 um 800%. Eine Studie eines Professors aus Kapstadt zeigte, daß die derzeitigen Kosten der Erhaltung der Apartheid etwa 66 Mrd Rand jährlich betragen.

In dem Maße wie der Widerstand in Südafrika und Namibia wächst, nimmt auch die Abhängigkeit Südafrikas gegenüber seinen Kreditgebern und Handelspartnern im Ausland zu. Insofern steigt auch die Wirkung jeder Form von Sanktionen immer relativ zu der Macht der Widerstandsbewegung einerseits, und zu der Intensität der kostspieligen Unterdrückungsmaßnahmen andererseits. Gefangen in dieser Spirale schaufelt das Apartheidregime sein eigenes Grab.

Der Umfang und die Zielrichtung von Sanktionen beeinflussen die Dauer dieses Prozesses. Je geringer die Sanktionen, umso höher werden die Opfer des südafrikanischen Volkes sein.

Anmerkungen:

- 1) Siehe vor allem: Anti-Apartheid Movement, Sanctions begin to bite, London, Oktober 1987
- 2) Angaben nach: G. Hamilton, European Multinationals in SA, IRM, Genf 1986
- 3) Vgl. South, London, Nr. 4/1988
- 4) Angaben nach: Weiße Macht – Schwarze Mehrheit, Mainz 1987
- 5) Vgl. Labour Research Department, Profiting from Apartheid, London 1986
- 6) Vgl. AIB 9/September 1985
- 7) Angaben nach: Anti-Apartheid News (AAN), London, Mai 1988
- 8) Ebd.
- 9) Shipping Research Bureau, South Africa's Lifeline, Amsterdam 1986
- 10) Vgl. South, a.a.O.
- 11) Vgl. AAN, Mai 1988
- 12) Vgl. ebd.
- 13) Nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden von AMCOAL. Vgl. Financial Mail, London, 22.5.1987
- 14) Siehe Aktionsprogramm von Arusha, in: AIB 5/1988
- 15) Vgl. Bericht von Präsident Reagan über die Auswirkungen des „Comprehensive Anti-Apartheid Act“
- 16) Vgl. Frankfurter Rundschau, 30.5.1988
- 17) Vgl. Anti-Apartheid Movement, The South African Disconnection – an examination of British company withdrawals from 1986-1988, London 1988
- 18) Aussage des südafrikanischen Finanzministers du Plessis vom 16.3.1988



Christen gegen Apartheid-Südafrika (IV)

Appell südafrikanischer Kirchenführer an Bonn und die EG

Ende Mai d.J. besuchte eine südafrikanische Kirchendelegation die Bundesrepublik, um die Bonner Regierung, die beiden Kirchen, die SPD und den DGB über den aktuellen Ausnahmezustand in ihrem Land zu informieren und diese für verstärkten Druck auf das Apartheidregime zu gewinnen. Der Delegation gehörten u.a. Allan Boesak, Präsident des Weltbundes Reformierter Kirchen und Vorstand des Kagiso Trust, Frank Chikane, Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats (SACC), und Denis Hurley, Erzbischof von Durban und vormals Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz, an. Sie überreichten Bundeskanzler Helmut Kohl und der Europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame Erklärung der Katholischen Bischofskonferenz, des SACC und des Kagiso Trust, in welcher sie ein stärkeres Engagement Europas zugunsten der unterdrückten Mehrheit Südafrikas anmahnen und ein zumindest minimales Aktionsprogramm für westeuropäische Sanktionen vorschlagen.



Kirchenführer Tutu, Boesak und Chikane (v.l.n.r.) protestieren in Kapstadt Ende Februar d. J. gegen die Oppositionsverbote.

Während der vergangenen zwei Jahre haben viele in Europa geglaubt, daß wieder Ruhe in Südafrika eingeleitet sei und daß die Reformen, mit denen die südafrikanische Regierung häufig geprahlt hat, grundlegende Veränderungen gebracht hätten.

Die Wirklichkeit sieht jedoch auf tragische Weise anders aus. Die derzeit heftig diskutierte Gesetzesvorlage, die „Promotion of Orderly Internal Politics Bill“, muß im Zusammenhang gesehen werden mit einer Reihe repressiver Maßnahmen, die sich alle gegen jene wenden, die auf friedliche und legitimierte Weise gegen die Regierungspolitik opponieren:

— die Restriktionen, die im Februar 18 Organisationen auferlegt wurden und somit einen großen Teil der legalen Opposition kriminalisiert haben;

— die drohende Gesetzgebung (Labour Relations Amendment Bill), mit der die Gewerkschaftsaktivitäten eingeschränkt werden sollen;

— die Gesetzgebung, die die Arbeitgeber zwingt, Aufgaben der Behörden wahrzunehmen, wie etwa das Einbehalten der Mieten bei der Auszahlung von Löhnen für die schwarzen Arbeiter. So wird versucht, den Mietboykott zu brechen und die letzten Reste des Protestes des Volkes zu ersticken;

— zusätzlich zu den bereits bestehenden drakonischen Zensurbestimmungen gegen die Presse werden durch die Ausweitung ministerieller Befugnisse kritische Presseorgane wie „New Nation“ und „South“ zum Schweigen gebracht;

— die Regierung beabsichtigt, den am 11. Juni auslaufenden Ausnahmezu-

stand um ein weiteres nunmehr drittes Jahr zu verlängern. Dies ermöglicht u.a. die Fortsetzung der Haft für etwa 2.500 Menschen, von denen 10% Kinder sind. Vielen von ihnen droht so das dritte Jahr ihrer Inhaftierung;

— schließlich die „Promotion of Orderly Internal Politics Bill“, eine Gesetzesvorlage, mit der versucht wird, die ausländische Finanzierung für all jene zu unterbinden, die gegen die Regierung opponieren. Betroffen davon sind auch die Kirchen. Dieses Gesetzesvorhaben wird auch das Ende bedeuten für das „Sonderprogramm für die Opfer der Apartheid“ der Europäischen Gemeinschaft.

Durch diese Maßnahmen verschließt die südafrikanische Regierung die Möglichkeiten für einen friedlichen Wandel und trifft damit zugleich ihre Entscheidung für Gewalt und Totalitarismus.

Vor dem Hintergrund dieser sich dramatisch verschlimmernden Situation in Südafrika, haben wir uns entschlossen, nach Europa zu kommen.

Wir haben in Südafrika sorgfältig die Entscheidung des Europäischen Minister Rates von 1985 zur Kenntnis genommen, eine vollständige Abschaffung der Apartheid durch eine kombinierte Politik positiver wie restriktiver Maßnahmen zu befürworten. Wir haben außerdem zur Kenntnis genommen, daß Europa die Entwicklung in Südafrika aufmerksam verfolgt und härtere restriktive Maßnahmen beabsichtigte, sollten sich keine nennenswerten Verbesserungen einstellen.

Angesichts der offensichtlichen Tatsache, daß sich ein solcher Fortschritt nicht eingestellt hat, konnten wir davon ausgehen, daß Europa seiner Verpflichtung nachkommt und sein Engagement weiter ausdehnt.

Wir sind betroffen und alarmiert angesichts des offensichtlich mangelnden Engagements in Europa.

Wir bitten die Zwölf um entschiedene Maßnahmen, um eine erneute Verlängerung des Ausnahmezustands zu verhindern, der weitere Verhaftungen und weitere Unterdrückung bedeuten wird; und um die Verabschiedung der „Orderly Internal Politics Bill“ und anderer repressiver Gesetze zu verhindern.

Um ein deutliches Signal an die südafri-

kanische Regierung zu richten, bitten wir dringend um die Umsetzung des folgenden, längst überfälligen minimalen Aktionsprogramms:

● **Erstens** schlagen wir im diplomatischen Bereich folgendes vor:

– Die europäischen Vertretungen in Südafrika sollen verringert und herabgestuft werden;

– die Visa-Bestimmungen für Südafrikaner, die Europa besuchen wollen, sollen verschärft werden;

– die Zahl der Angestellten der südafrikanischen Botschaften und Konsulate in Europa soll deutlich verringert werden;

● **Zweitens** soll der Druck auf den Handel, Finanztransfers und die Kommunikationsverbindungen verstärkt werden:

– Europa soll ein Embargo über den Import von Kohle verhängen;

– Europas Banken sollen daran gehindert werden, südafrikanische Anleihen zu verlängern und es soll keine neuen Kredite mehr geben;

– die Direktflüge nach Südafrika sollen unterbunden werden: Der südafrikanischen Luftfahrtgesellschaft sollen die Landerechte in Europa entzogen werden und europäische Luftlinien sollen veranlaßt werden, die Nachbarstaaten anzufliegen.

Wir unterbreiten diese Empfehlungen nicht leichten Herzens. Doch wir tun dies angesichts der schlimmen Folgen, sollte Europa diese – vielleicht letzte – Gelegenheit nicht nutzen, die Apartheid auf friedlichem Wege zu beenden und einen Beitrag zu leisten zum Entstehen eines nicht-rassistischen und demokratischen Südafrika.

23. Mai 1988

Ende März d. J. verboten: „The Nation“, herausgegeben von der katholischen Bischofskonferenz.



Hamburger Demonstration am Bankenaktionstag, dem 27. 5. 1988.

Norbert Völlmecke

Bankenaktionstag '88 Erfolgreich wie nie zuvor

In mehr als 70 Städten der Bundesrepublik und einer Zahl internationaler Städte wie zum Beispiel London und New York beteiligten sich am Bankenaktionstag „KEIN GELD FÜR APARTHEID“, am 27. Mai 1988 Tausende von ApartheidgegnernInnen an Aktionen und Demonstrationen gegen die Stützung des Apartheidsystems durch bundesdeutsche Großbanken.

Allein in Hamburg nahmen 1.500 Menschen an einer Kundgebung vor den Toren der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank AG, dem Hamburger Congress-Zentrum, teil. Der Bankentag, der aus Anlaß der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank bundesweit begangen wird, war bereits vom Arbeitskreis „KEIN GELD FÜR APARTHEID“ mit Sitz in München Monate vorher vorbereitet worden.

Auch in Hamburg wurde für drei Monate ein Büro eingerichtet, um die lokalen Aktionen und die Pressearbeit zu koordinieren. Seit Anfang des Jahres führte der Arbeitskreis, verteilt über das ganze Bundesgebiet, acht Seminare zum Thema „Banken und Apartheid“ durch.

Am diesjährigen Bankenaktionstag fanden in fast jeder mittelgroßen und großen Stadt sowie vielen Gemeinden Mahnwachen, Flugblattaktionen, Straßentheater, Kundgebungen, Demonstrationen, Blockaden und Menschenketten vor Filialen statt, um Banken mit der Forderung „Kein Geld für Apartheid“ zu konfrontieren. In München wie auch an anderen Orten besuchten kleinere Demonstrationsgruppen die betroffenen Apartheid-Banken und suchten das Gespräch mit Filialleitern, während vor der Tür Menschenteppiche Aufmerksamkeit der Kundinnen erregten. An die Bankangestellten wurden Flugblätter

verteilt, die klarstellen sollten, daß sich die Aktionen der ApartheidgegnernInnen nicht gegen die Beschäftigten der Banken, sondern die Geschäftspolitik der Vorstände im Südafrika-Geschäft wenden.

In vielen Städten wurden Kontokündigungsaktionen durchgeführt, die wie in Aachen sogar durch symbolische Sparbuchverbrennungen versinnbildlicht oder in Bremen und Frankfurt mit überdimensionalen Sparbüchern mit der Aufschrift „Was Sie Südafrika ersparen können – nämlich Folter an Kindern“ veranschaulicht wurden. Die Lebensverlängerung der Apartheid durch bundesdeutsche Großbanken war das Thema phantasievoller Straßentheater: In Bielefeld wurde Mr. Apartheid von Kreditinstituten mit Geld gefüttert, während in Nürnberg der schwer angeschlagene Botha am Tropf der Banken hing und Geldspritzen bekam. Vor vielen Banken war Präsident Botha persönlich anwesend und dankte den Bankkunden für ihr Geld, das sie für Apartheid einzahlen.

Als Ausdruck der Solidarität mit den Schwarzen in Südafrika und Namibia bildeten in München 150 ApartheidgegnernInnen eine Menschenkette und fesselten sich mit dem „grünen Band der Sympathie“.

Die Kampagne „KEIN GELD FÜR APARTHEID“ wurde in vielen Städten der Bundesrepublik getragen und in der Regel unterstützt von breiten Aktionsbündnissen: der Südafrika-Projektgruppe der Evangelischen Frauenarbeit, katholischen und evangelischen Jugendverbänden, Gewerkschaften, Parteien wie SPD, Grüne und DKP, Gemeinden, Friedens- und „Dritte-Welt“-Gruppen und studentische Organisationen.

In Hamburg bestand das „Aktionsbünd-

Die Dresdner Bank wirkt mit bei den illegalen Urangeschäften in Namibia

Ihnen liegt der Antrag von Frau Flesch-Thebesius vor. In ihrem Auftrag bringe ich diesen Antrag auf Nichtentlastung des Vorstands und der Kapitalvertreter im Aufsichtsrat hiermit ein, werde ihn begründen und bitte Sie, meine Damen und Herren, um Ihre Unterstützung.

Ende 1980 erwarb die Dresdner Bank über ihre Luxemburger Tochter, die Compagnie Luxembourgeoise International, 51% des Kapitals der SWABANK in Namibia. Die Dresdner Bank besetzt im Management der SWABANK Schlüsselpositionen. Die Verbindungen der SWABANK zur Dresdner Bank sind äußerst eng.

Meine Damen und Herren, mit ihrem Einkaufen in die SWABANK ging die Dresdner Bank ein Engagement in einem Land ein, das militärisch besetzt und illegal verwaltet wird, nämlich durch Südafrika. (...)

Diese Völkerrechtswidrigkeit der südafrikanischen Besetzung und aller Aktivitäten in Namibia war vor dem Kauf der SWABANK durch die Dresdner Bank juristisch zweifelsfrei und international allgemein bekannt.

Die SWABANK zahlt Steuern an die illegale Verwaltung Namibias. Wie der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Herr Dr. Rölller, in den Vorjahren auf entsprechende Fragen zugeben mußte, hat die SWABANK darüber hinaus auch in Anleihen der völkerrechtswidrigen „Verwaltung von Südwestafrika/Namibia“ sowie der südafrikanischen Apartheid-Regierung selbst investiert. Ich frage den Vorstand: In welcher Höhe hielt die SWABANK Ende 1987 Anleihen oder andere Wertpapiere der „Verwaltung von Südwestafrika/Namibia“, anderen namibischen Regierungsstellen und der südafrikanischen Regierung?

Zumindest in der Vergangenheit hat die illegale „Verwaltung“ Namibias oder die südafrikanische Regierung für Namibia Auslandskapital zur Finanzierung des namibischen Haushalts aufgenommen. Wie der Finanzminister der sog. „Interimsregierung“, treffer der Marionettenregierung, Dirk Mudge, 1987 bekanntgab, wird Namibia aufgrund des mit Südafrika ausgehandelten Umschuldungsabkommens in den nächsten Jahren einem Teil seiner Rückzahlungsverpflichtungen nicht nachkommen müssen.

Allein für den namibischen Haushalt 1987/88 bedeutet dies eine Entlastung von 12 Mio Rand. Ich frage daher den Vorstand: Hat die Dresdner Bank in der Vergangenheit in irgendeiner Form Kredite an die illegale „Verwaltung von Südwestafrika/Namibia“ vergeben? Wenn ja, in welcher Höhe?

Eine Steuer- und Kreditfinanzierung des namibischen Haushalts, meine Damen und Herren, bedeutet eine Finanzierung der Kolonialherrschaft Südafrikas über Namibia. Sie bedeutet aber auch eine Mitfinanzierung der militärischen Aggressionen Südafrikas gegen Angola. Denn der sog. Posten „Verteidigung“ im Haushalt Namibias ist einer der wichtigsten: Mit ihm wird unter anderem die voll in die südafrikanische Kommandostruktur integrierte South West Africa Territorial Forces, also das namibische Heer, bezahlt; dieses wird nicht nur zur Niederschlagung von Streiks und Anti-Apartheid-Demonstrationen in Namibia, sondern auch bei südafrikanischen Angriffen auf das benachbarte Angola eingesetzt.

Eine wichtige Geschäftssparte der SWABANK, meine Damen und Herren, ist die Außenhan-



delsfinanzierung. Erst der Ausbau durch die Dresdner Bank ermöglichte der SWABANK, sich auf diesem Feld zu betätigen. Der „Rat der Vereinten Nationen für Namibia“, die einzig rechtmäßige Instanz für die Verwaltung des Territoriums, verhängte schon 1974 ein Verbot, Rohstoffe aus Namibia ohne seine Zustimmung abzubauen, zu exportieren und/oder zu verarbeiten: Rohstoffexporte aus Namibia sind nach dem „Dekret Nr. 1“ des UNO-Rates für Namibia also rechtswidrig. Über die SWABANK ist die Dresdner Bank an der Finanzierung illegaler Rohstoffexporte aus Namibia beteiligt.

Darüber hinaus hat die Dresdner Bank einen weiteren Fuß im illegalen Rohstoffabbau und -export aus Namibia: Sie ist, wie Sie, meine Damen und Herren, dem „Alternativen Geschäftsbericht 1987 über die Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia durch die Dresdner Bank“ detailliert entnehmen können, kapitalmäßig und personell eng mit der Metallgesellschaft AG, Frankfurt, verflochten. Eine Tochter dieser Metallgesellschaft wiederum, nämlich die Urangesellschaft mit beschränkter Haftung, ebenfalls Frankfurt, ist 5%ige Teilhaberin an der Rössing Uranium Limited. Rössing betreibt bei Swakopmund in Namibia die weltgrößte Uranmine.

Die Bundesrepublik Deutschland bezieht – trotz des UNO-Verbotes – etwa ein Drittel ihres Uranbedarfs aus Namibia. Auffälligerweise begann die Dresdner Bank ihr Namibia-Engagement bei der SWABANK kurz nachdem der Uranexport in die Bundesrepublik so richtig in Schwung kam.

1987, meine Damen und Herren, hat der UNO-Rat für Namibia eine holländische Firma, URENCO, wegen Verletzung des Dekrets Nr. 1, insbesondere wegen illegalen Verarbeitens von namibischem Uran verklagt. Die Dresdner Bank ist an URENCO indirekt beteiligt, von der Klage mittelbar also auch betroffen. Wie die Wochenzeitung The Namibian am 4. März 1988 berichtete, deuten Anzeichen daraufhin, daß die Anwälte von URENCO erhebliche Schwierigkeiten mit einer Antwort auf die Klage des UNO-Rates für Namibia haben. Ich frage den Vorstand: Welche Konsequenzen haben Sie für das Namibia-Engagement der Dresdner Bank angesichts dieses Prozesses gezogen?

Meine Damen und Herren, der „Uran-Krimi“ geht aber noch weiter: Einer der Anteilseigner dieser holländischen URENCO ist die Uranit GmbH in Jülich; einen wesentlichen Kapitalanteil der Uranit wiederum hält die NUKEM

GmbH, Hanau, „treuhänderisch“. Bekanntlich wurde NUKEM Anfang 1988 wegen dubiosen Geschäftsgebarens die Betriebsgenehmigung entzogen.

Unternehmen der NUKEM-Gruppe beteiligten sich an der sog. „Umetikettierung“ südafrikanischen bzw. namibischen Urans in Uran angeblich anderer Herkunft. Damit halfen sie, Embargo-Beschlüsse einer Reihe von Ländern gegen südafrikanisches und namibisches Uran zu umgehen; so enthüllte der Luxemburger Abgeordnete Jup Weber im April 1988, daß NUKEM 1987 südafrikanisches Uran in angeblich „nigerianisches“ Uran umflaggte und nach Finnland verkaufte; dort jedoch ist die Einfuhr südafrikanischen und namibischen Urans verboten.

Die sensibelsten Phasen des Geschäfts wurden über die NUKEM Luxemburg (NULUX) abgewickelt. Seine Unterlagen, so der Abgeordnete Jup Weber, „bestätigten den Verdacht, daß NULUX immer dann eingeschaltet wurde, wenn Geschäfte von NUKEM in der Paralegalität abgewickelt wurden“. Weber stellte Strafanzeige gegen NULUX.

Meine Damen und Herren, jetzt schließt sich der Kreis: Denn die Dresdner Bank ist mit 10% an der NULUX, der Luxemburger Tochter von NUKEM beteiligt. Die Anzeige gegen NULUX betrifft also auch die Dresdner Bank. Ich frage deshalb den Vorstand: Hat sich die Dresdner Bank um die dubiosen Geschäfte von NULUX nicht gekümmert? Wie ist die Bank ihrer Aufsichtsfunktion nachgekommen? Warum sind bis heute keine Konsequenzen gezogen worden?

Ähnliche Fragen ergeben sich auch bezüglich NUKEM selbst. Die Dresdner Bank ist mit den Muttergesellschaften der NUKEM kapitalmäßig und personell eng verflochten. Wie Sie, meine Damen und Herren, dem „Alternativen Geschäftsbericht 1987“ entnehmen können, saß der Dresdner-Bank-Vorstandssprecher während der Zeit der dubiosen NUKEM-Geschäfte bei drei der vier Anteilseigner der NUKEM als Mitglied im Aufsichtsrat. Herr Dr. Rölller, wie haben Sie ihre Aufsichtsfunktion wahrgenommen?

Ein weiterer deutlicher Indikator für das sehr innige Verhältnis der Dresdner Bank zu NUKEM ist, daß Manfred Stephany, einer der NUKEM-Geschäftsführer, im Beirat Hessen der Dresdner Bank saß. Stephany mußte nach dem Bekanntwerden der zahlreichen NUKEM-Skandale als erster aus der NUKEM-Spitze seinen Hut nehmen.

Die Dresdner Bank steht der Atomindustrie vom Anfang der Nuklearkette in Namibia bis zur Weiterverarbeitung unter anderem in Hanau zur Verfügung. Mehr noch: Bei der Dresdner Bank laufen zahlreiche Fäden der Atomindustrie zusammen, sie trägt ein hohes Maß der Mitverantwortung für die Geschäfte der Atomindustrie. Und sie steckt mitten drin im Nuklear-Sumpf rund um NUKEM.

Meine Damen und Herren, das Namibia-Engagement der Dresdner Bank ist nicht nur aus politischen und ethischen Gründen zu verurteilen. Wie gerade die Nuklearkomponente dieses Engagements und die besondere völkerrechtliche Situation Namibias zeigt, ist es juristisch in vielfacher Hinsicht mehr als fragwürdig.

Ich fordere den Vorstand der Dresdner Bank auf, das direkte und indirekte Engagement in und mit Namibia zu beenden.

nis 'KEIN GELD FÜR APARTHEID' " aus insgesamt 50 lokalen Gruppen und Initiativen, die bereits im Vorfeld der Hauptversammlung Veranstaltungen und Aktionen durchführten und den 27. Mai zum ausgefüllten Aktionstag machten. Ab 8.00 h mußten sich Aktionäre der Dresdner Bank ihren Weg zur Hauptversammlung im Congress-Zentrum Hamburg durch ein Spalier von 150 DemonstrantInnen bahnen, die ihnen Transparente mit der Aufschrift „KEIN GELD FÜR APARTHEID“ entgegenhielten und ihnen den „Alternativen Geschäftsbericht 1987“ überreichten. Dieser weist die Finanzierung der Apartheid durch die Dresdner Bank nach.

An der Hauptversammlung nahmen unter anderem vier prominente „kritische AktionärInnen“ teil: die Theologie-Professorin Dorothee Sölle, Verfassungsrechtler Professor Norman Paech, Ingrid Schuster, Hauptvorstandsmitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, sowie Diplom-Wirtschaftsingenieur Helmut Paschla vom Arbeitskreis „KEIN GELD FÜR APARTHEID“. Zuvor hatten andere „kritische AktionärInnen Anträge auf Nichtentlastung von Vorstand und Kapitalvertretung im Aufsichtsrat gestellt.

Dorothee Sölle verwies besonders auf die drastisch verschärfte Lage der Schwarzen in Südafrika und Namibia, die keinen Aufschub von Sanktionen zuließe. Frau Sölle klagte die Dresdner Bank an, sich zum Komplizen des Rassismus zu machen, wenn sie so tue, als seien Geschäft und Politik voneinander zu trennen. Ingrid Schuster griff besonders die Goldgeschäfte der Dresdner Bank an und ging auf die derzeitigen Pläne der südafrikanischen Regierung ein, Überweisungen an regimekritische und demokratische Organisationen zu unterbinden.

Am Bankenaktionstag '88 fanden in , über 70 Städten Mahnwachen, Demonstrationen, Blockaden usw. für den Abbruch aller Geschäfte mit der Apartheid statt

In seiner Rede erläuterte Helmut Paschla, daß die Bank praktisch täglich dem Apartheidsystem den Rücken stärke. 1987 habe die Dresdner Bank Außenhandelskredite an Südafrika und Namibia in Höhe von schätzungsweise 50-100 Mio DM vergeben.

In der – teilweise scharfen – Antwort des Chefs der Dresdner Bank, Dr. Röller, bestätigte dieser, daß die Bank 1987 Exportkredite in Höhe von (angeblich nur) 20 Mio DM Richtung Südafrika

gegeben habe. Andererseits würden seit 1985 keine neuen Kredite ausgereicht. Hierbei ist vermutlich gemeint: an die Minderheitsregierung in Pretoria.

Die Kreditbeziehungen zu Südafrika würden jedoch fortgesetzt. Röller bestätigte, daß die SWAbank über 7 Mio Rand in Anleihen der Republik Südafrika, dem „Generaladministrator für Südwestafrika/Namibia“ und anderen Regierungsstellen Namibias zur Verfügung gestellt habe.

Im Gegensatz zum Verlauf der Hauptversammlung in den letzten Jahren war diesmal die Stimmung ruhiger, wobei es von anderen Aktionären durchaus nachdenkliche Töne gab. Norman Paech und Helmut Paschla konnten ihre Reden ohne Unterbrechung durch die aufbrachten Aktionäre vortragen, während

es beim Vortrag von Ingrid Schuster an mehreren Stellen zu „Aufhören“-Rufe kam. Bei der Rede von Dorothee Sölle gab es sogar streckenweise Applaus von einem Teil der Aktionäre.

Insgesamt kann gesagt werden, daß der Bankenaktionstag '88 „KEIN GELD FÜR APARTHEID“ ein großer Erfolg war. Der nächste findet am 26.5.1989 statt, da an diesem Tag die nächste Aktionärsversammlung der Dresdner Bank in Frankfurt sein wird.

Norbert Völlmecke, ARBEITSKREIS „KEIN GELD FÜR APARTHEID“. Weitere Informationen: Alternativer Geschäftsbericht 1987 über die Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia und Reden und Anträge der kritischen Aktionäre/Antwort der Dresdner Bank zu beziehen bei AK KEIN GELD FÜR APARTHEID, Mailaden Maistr. 29, 8000 München 2.

Zum Beispiel Aachen

270 Kontokündigungen

Im Rahmen der seit zwei Jahren durchgeführten Konto-Kündigungskampagne gegen die Unterstützung der südafrikanischen Regierung durch deutsche Banken und Sparkassen kam es am 26. Mai 1988 zu erneuten Demonstrationen vor Banken und Sparkassen. „Ich will mit meinen Bankeinlagen keinen Rassismus finanzieren“, hieß es da auf dem Münsterplatz, wo kritische BankkundInnen nach Kündigung ihrer Konten ihre Sparbücher verbrannten.

In einer ersten Phase der Kündigungskampagne hatten BankkundInnen, die mit ihren Einlagen keinen Rassismus stützen wollten, bei „ihrer“ Bank angefragt, in welchem Umfang sie an Kredit-, Anleihen- und Goldgeschäften mit dem rassistischen Regime in Südafrika beteiligt ist. In der zweiten Phase kam es nun aufgrund dieser Unterstützung bei allen Aachener Banken – bis auf Pax-Bank und BfG – zu weiteren Kontokündigungen.

Deutsche Banken, so die veranstaltenden Südafrika-Solidaritätsgruppen, gehören nach den Rückzügen vieler US-amerikanischer Banken zu den letzten und treuesten Geldgebern des Apartheidregimes. „Sie finanzieren über ihre Kreditvergabe und großzügige Umschuldungsbedingungen den Staatshaushalt der Rassisten und ermöglichen damit den Fortbestand der Apartheid“, hieß es.

Nach der Spargbuchverbrennung auf dem Münsterplatz formierten sich die kritischen BankkundInnen zu einem Zug von Bank zu Bank, um die zentral gesammelten Anfragen und Kündigungen den einzelnen Filialeitern zu übergeben. Während vor den Banken afrikanische Choräle gegen Rassismus und Diskriminierung intoniert wurden, entrollte eine andere Gruppe vor den Filialen Fotos von Schwarzen, um auf die zunehmende Unterdrückung und auf die Festnahmen von tausenden Kindern aufmerksam zu machen. „Als Kunde dieser Bank trete ich die Rechte dieser Menschen mit Füßen“, stand auf einem riesigen Menschenteppich zwischen den Fotos. Die kritischen BankkundInnen appellierten an „ihre“ Geldinstitute, die verzweifelten Forderungen der Betroffenen in Südafrika nach Boykott ernst zu nehmen und der Apartheidregierung keine neuen Gelder zur Verfügung zu stellen.

Einzelne Banken rechtfertigten ihr Engagement und verneinten die Möglichkeit, über wirtschaftliche Beschränkungen politischen Druck zu erzeugen. Während die KontokünderInnen Boykott als eines der letzten friedlichen Mittel sehen, die südafrikanische Regierung zur Aufgabe der Apartheid zu bewegen und ein Blutbad zu vermeiden, wurde von den Banken betont, daß ihr Handeln sich nicht an politischen Aspekten orientieren könne.

Auf die mittlerweile im Rahmen der Aktion übergebenen 1.200 Anfragen und insgesamt 270 Kontokündigungen in Aachen reagierten die einzelnen Banken unterschiedlich: Während die Südafrika-Geschäfte der Großbanken unverändert weitergehen, haben die Sparkassen die Werbung für den südafrikanischen Krügerrand eingestellt.

Bei Pax-Bank und BfG führte die Aktion zu einem geänderten Geschäftsverhalten: Diese haben z.B. den Verkauf des Krügerrands eingestellt. Die BfG gibt aufgrund des innergewerkschaftlichen Drucks schon seit 13 Jahren keine Kredite mehr an südafrikanische Adressen und beteiligt sich seit dieser Zeit auch nicht mehr am Plazieren von Anleihen für die südafrikanische Regierung.

Die Veranstalter betonten, daß erst bei konstanten und über Jahre fortgeführten Kündigungskampagnen weitere Konzessionen der Banken und Sparkassen zu erwarten sind. Dies zeigen Erfahrungen, die in anderen Ländern mit dieser Aktionsform gemacht wurden. Deshalb wurde zum Abschluß der Demo an alle BankkundInnen appelliert, sich an der nächsten Anfrageaktion (Oktober 88) zu beteiligen und mit Bankeinlagen keinen Rassismus zu finanzieren.

„Südafrika ist zwar nicht das einzige Land, in dem Unterdrückung und Folter vorkommen, aber es ist das einzige Land, in dem die zum Verfassungsprinzip erhoben wird“, hieß es zum Abschluß der Demonstration. „Und es ist das einzige Land, in dem man sich strafbar macht, wenn man Menschen unterschiedlicher Hautfarbe gleich behandelt.“ Kurt Lennartz

Im Auftrag der Bankenaktionsgruppe Aachen, des Arbeitskreises 3. Welt e.V. und des Dritte Welt Ladens. Kontakt: Kurt Lennartz, Tel.: 0241/873391 (abends).

Leila Burhani

Bericht aus dem Gaza-Streifen

Der Aufstand schlägt Wurzeln

Vom 3.-5. Juni d.J. bereiste US-Außenminister George Shultz aufs Neue die Hauptstädte der Nahostkonflikt-Region, Kairo, Amman, Jerusalem und Damaskus. Er tat dies bereits zum vierten Mal seit dem 8. Dezember 1987, dem Beginn des palästinensischen Aufstands in den von Israel besetzten Gebieten. Vor allem dank der Unnachgiebigkeit der Regierung Schamir aber tritt Shultz' Mission auf der Stelle.

Mit einem dreitägigen Proteststreik gegen Shultz' Nahost-Reise unterstrich die Bevölkerung der Westbank und Ostjerusalems ihren ungebrochenen Widerstandswillen. Daß allerdings die PalästinenserInnen des Gazastreifens bei diesem Aufstand nicht voll mitzogen, gab zu Spekulationen Anlaß. Lag es an der fehlenden Übermittlung oder sind sie des Widerstands überdrüssig geworden? Unsere Nahost-Korrespondentin Leila Burhani, die sich im April/Mai d.J. gründlich im Gazastreifen umsah, berichtet eher Gegenteiliges.

Es wirkt ruhig, wenn man nach Gaza-City kommt; eine gespannte Ruhe allerdings, die immer wieder durchbrochen wird vom Motorengeräusch vorbeifahrender Militärlastwagen. Ansonsten ist kaum jemand auf der Straße.

Das allmorgendliche Gedränge an den Haltestellen der Busse und Sammeltaxis, die nach Israel fahren, hat aufgehört. Die meisten Arbeiter streiken. Die Läden sind geschlossen.

Trotzdem entdeckt man überall wieder Zeichen des Widerstandes: Eine Parole der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) auf einer Häuserwand, Kinder, die am Straßenrand versuchen, eine mit Steinen beschwerte palästinensische Fahne über eine Stromleitung zu schleudern, und plötzlich eine Gruppe von Schülern in blau-weiß-gestreifter Schuluniform, die sich auf ihrem Weg von der Schule nach Hause zu einer spontanen Demonstration gegen die Besatzung formiert haben.

Zwei Jeeps der israelischen Armee kommen angerauscht, Soldaten schießen ein paar CS-Gas-Patronen in das demonstrierende Grüppchen – manchmal allerdings auch tödliche Munition –, und die Jugendlichen verschwinden so schnell, wie sie gekommen sind. Und die Ruhe scheint wiederhergestellt.

Zu Beginn des Aufstands (Dezember 1987; d. Red.) hatten die Läden im Gazastreifen noch drei Stunden am Tag geöffnet, von 8-11 Uhr, so wie es das nationale Händlerkomitee in Abstimmung mit der Nationalen Führung des Aufstandes beschlossen hatte. Die Tatsache, daß selbst die Händler den Anweisungen der Nationalen Führung Folge leisteten, war für die Besatzungsmacht

Alarmsignal und offener Beweis dafür, daß es eine Gegenmacht in den 1967 besetzten Gebieten gibt, die von der palästinensischen Bevölkerung als weisungsgebende Autorität akzeptiert wird. So begann der Krieg um die Ladenöffnungszeiten. Sobald die Inhaber ihre Geschäfte um 11 Uhr schlossen, versuchten Militärpatrouillen sie gewaltsam wieder zu öffnen. Waren die Läden geöffnet, kamen israelische Soldaten, stürmten sie unter Einsatz von Gaspatronen, zertrümmerten das Inventar, warfen die Lebens-

mittel auf die Straße und zwangen den Besitzer zu schließen.

Aus Protest gegen die ständigen Überfälle traten die Händler im März 1988 in den totalen Streik. Nur Bäckereien, Apotheken und einige Lebensmittel-läden haben noch geöffnet, die Türen angelehnt, die Fenster verriegelt. Die Besitzer befinden sich immer auf dem Sprung zu schließen, wenn sie irgendwo die Geräusche von näherkommenden Militärfahrzeugen hören.

Die Hausfrauen suchen die Händler inzwischen bei sich zu Hause auf, um sich dort mit dem Lebensnotwendigsten einzudecken. Sie können sowieso nicht viel Geld ausgeben.

Obwohl die Nationale Führung im Gazastreifen es jedem Arbeiter, der in Israel arbeitet, freistellt, ob und wann er noch zur Arbeit fährt – gerade im Gazastreifen gibt es keinerlei eigene Industrie und kaum Landwirtschaft, die alternative Arbeitsmöglichkeiten bieten könnten –, streiken die meisten. Oder Sie arbeiten 2, 3 Tage, um für ihre Familie das zum Leben notwendigste einkaufen zu



können und streiken dann wieder bis alles aufgebraucht ist.

Die Menschen stehen alle hinter dem Aufstand. Sie alle waren Opfer des Besatzungsregimes. Und alle haben beschloßen durchzuhalten, auch wenn es ihnen Entbehrungen abverlangt. Die nötige Disziplin dazu haben sie sich selber auferlegt.

Der Aufstand ist inzwischen so etwas wie eine neue Lebensform geworden, die alle Bereiche des Alltags bestimmt. Der Konsum wird auf das allernotwendigste beschränkt. Der Kauf von neuen Kleidern auf die Zeit nach dem Aufstand verschoben.

Die Hausfrauen haben ihren Küchensetzeln umgestellt. Auf Fleisch und Hühnchen wird verzichtet. Die Mütter erklären selbst den jüngsten Sprößlingen, daß sie sich nicht beklagen dürften, wenn es jetzt statt drei nur noch zwei Mahlzeiten am Tage gibt – man müsse eben Opfer für seine Freiheit bringen.

Selbst Hochzeiten wurden entweder verschoben oder nur noch im engsten Familienkreis gefeiert. Und das traditionelle Brautgeld, das der Bräutigam an die Braut zu entrichten hat, beträgt nur noch einen Bruchteil von der vor dem Aufstand zu zahlenden Summe.

Selbst die Kinderspiele haben sich geändert. Geht man durch das Schati-Flüchtlingslager, einen slumartigen Vorort von Gaza-City, so sieht man Kinder, die Drachen in den Farben der palästinensischen Fahne steigen lassen.

Oder sie spielen „Jude und Araber“, in zwischen das beliebteste Spiel. Dabei ist

der „Jude“ der israelische Soldat, andere Juden haben die Kinder nie in ihrem Leben kennengelernt. Einige Kinder, die „Juden“, basteln sich Gewehre aus Holzstöcken und schießen auf die „Araber“. Ein anderes Kind nimmt eine Tüte aus alter Pappe, hält sie sich vor den Mund und ruft: „Über Schati ist gerade die Ausgangssperre verhängt worden“, so wie sie es von den Soldaten gehört haben. Selbst die Aller kleinsten bauen „Barrikaden“ aus Kieselsteinen, an denen sie nur denjenigen vorbeilassen, der zuvor seine Hand bereitwillig zum „V“ (Victory = Sieg) erhoben hat.

Genau das macht es Israel so schwer, der Situation Herr zu werden.

Die Menschen im Gazastreifen haben eine erstaunliche Fähigkeit entwickelt zur Anpassung an die immer neuen Maßnahmen, mit denen die Besatzungsmacht versucht, den Aufstand zu unterdrücken. Die Leute „gewöhnen“ sich an die Unterdrückung und haben ihre eigenen

**Daß selbst die
Händler den Anweisungen
der Nationalen Führung Folge
leisteten, alarmierte die
Besatzer**

„Gegenstrategien“. Das hat zur Folge, daß viele der israelischen Maßnahmen nicht mehr greifen, weil sie nicht mehr einschüchtern, weil sie keinen Schrecken mehr verbreiten.

Die Flüchtlingslager im Gazastreifen beispielsweise stehen seit Anfang dieses Jahres mit nur kurzen Unterbrechungen unter Ausgangssperre. Am Anfang führte das zu Panikreaktionen. 10, manchmal noch mehr Personen sind dann für eine Woche oder noch länger in kleinen Hütten mit meistens nicht mehr als zwei Zimmern eingesperrt, ohne die geringste Ahnung, wann sie ihr Gefängnis wieder verlassen werden können.

Die ersten Ausgangssperren trafen sie völlig unerwartet. Das Essen ging nach zwei Tagen aus. Es blieben nur ein paar getrocknete Bohnen oder Reis, die man manchmal noch nicht einmal weichkochen konnte, weil parallel zur Ausgangssperre auch noch das Wasser abgestellt wurde.

Zwar gehen die Ausgangssperren immer noch an die Nerven. Aber trotzdem hat man sich inzwischen entsprechend eingerichtet. Auf keinen Fall nachgeben.

Die Frauen haben auf jedem Fleckchen Erde etwas Gemüse, Tomaten, Radieschen, Salat und das Nationalgericht „Mluchieh“ angebaut, um ihre Kinder wenigstens mit einem Mindestmaß an Vitaminen versorgen zu können. In jedem Haushalt findet man Vorräte an Mehl, Linsen und anderen Hülsenfrüch-

ten. Manche Familien halten Hühner in den kleinen Innenhöfen und fast in jedem Haus sieht man kleine Backöfen aus Lehm, auf denen die Frauen Brot backen können, wenn ihnen der Weg zum Bäcker durch die Ausgangssperre verwehrt ist.

Wo es an etwas fehlt, helfen die Nachbarn. Während der Ausgangssperre werden die Lebensmittel über die Mauern, die die Innenhöfe voneinander trennen von einem Haus zum nächsten weitergereicht.

Im Deir Balah-Camp trieben die Besatzungstruppen alle männlichen Bewohner in einer Schule zusammen. Sie nahmen ihnen die israelischen Kennkarten ab mit der Auflage, sie würden sie erst wieder zurückerhalten, wenn sie alle noch ausstehenden Strom-, Wasser- und Steuerrechnungen beglichen hätten.

Die Antwort war anders, als die Israelis erwartet hatten. Einer der Männer stimmte die „Palästinensische Nationalhymne“: „Biladi, Biladi... Mein Land“ an. Und danach erklärten alle, daß die Besatzungstruppen ihre Ausweise auch gleich behalten könnten.

Der ehemalige israelische Staatspräsident Ben Gurion meinte, die Israelis müßten dann vor den Palästinensern Angst haben, wenn diese ihre Angst vor dem Tod verloren hätten. Es scheint, als sei dieser Moment gekommen.

Bei einem Rundgang im Schati-Camp folgte uns ein Mädchen in traditioneller islamischer Kleidung. Sie selber war einen Monat vorher von einer Kugel im Knie getroffen worden. Ihr Verlobter ist seit vier Monaten im Gefangenenlager Ansar III in der Negev-Wüste. Sie weiß nichts über sein Schicksal.

Sie wollte den Ausländern etwas sagen. Wir sollten wissen, sagte sie, „auch wenn die Israelis all unsere Männer verhaften, ihnen die Knochen brechen oder sie umbringen, dann bleiben immer noch wir Frauen. Dann werden eben wir Frauen Palästina befreien. Sie sollen nicht glauben, daß wir mehr Angst haben als die Männer“.

Bei der Überwindung der Angst hilft ihnen das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Kollektivität in den Zielen und im Leiden.

Der Sohn von Um Iyad wurde von der israelischen Armee buchstäblich zu Tode geprügelt. „Aber es macht nichts, ich habe viele Söhne, alle 'Schebab', alle Jungs sind meine Söhne“, erzählt sie uns. Man müsse eben Opfer bringen. Sie sei stolz, daß ihr Sohn Märtyrer sei.

Das bedeutet nicht, daß die Leute nicht trauern. Aber sie verdrängen ihre Trauer gewissermaßen, wie uns Dr. Iyad, der einzige Psychologe im ganzen Gazastreifen erklärt: „Die Leute stellen ihre Trauer zurück. Sie feiern ihre Märtyrer. Sie sagen, sie seien auserwählt von Gott



in den Himmel zu kommen. Dies ist eine Form der Rationalisierung. Eines Tages werden wir es merken. Die Trauer wurde nur zurückgestellt."

Es gibt heute keine Familie im Gazastreifen, die nicht Verletzte, Gefangene oder gar Tote zu beklagen hat. Aber gerade weil die Angschwelle überwunden ist, führt jede neue Maßnahme der Besatzungsmacht, das Brechen von Knochen, der Einsatz von Giftgasen, Deportationen nicht zur Abschreckung. Im Gegenteil, sie steigert den Haß auf die Besatzungsmacht und die Bereitschaft zu kämpfen.

Der Aufstand hat das politische Bewußt-

Vom Trägerkreis zum Palästina-Forum

Was ist das Palästina-Forum? Es wurde unter anderem Namen Anfang 1987 angesichts der grauenhaften Belagerung der palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon als Trägerkreis „Rettet die Palästinenser im Libanon“ gegründet.

Am 21.2.1987 führte er in Bonn eine Protestdemonstration gegen das Massaker an den palästinensischen Flüchtlingen im Libanon durch. Außerdem organisierte er in Zusammenarbeit örtlicher Gruppen eine kleine Veranstaltungsreihe mit Ziad Abu Zayyad und Felicia Langer im Juni vergangenen Jahres.

Auf eine Reaktivierung und Umbenennung des Bündnisses einigten sich nun die Trägerorganisationen im Mai d.J. Dem Palästina-Forum, das dem Namen entsprechend sein Themenfeld auf Palästina und die Nahostkonflikt-Region erweiterte, gehören folgende Gruppierungen an: Aktion Friedensdorf, AL Berlin, Antimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BuF), Deutsch-Israelischer Arbeitskreis (DIAK), Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, Deutsch-Palästinensischer Frauenverein, GAL Hamburg, DIE GRÜNEN (Bundesvorstand), Informationsstelle Palästina (PLO-Vertretung Bonn), Jüdische Friedensinitiative Bonn, Kinderhilfe Palästina, medico international, Soziale Hilfsorganisation Najdeh e.V., Palästinensischer Arbeiterverein Palästinensischer Ingenieursverein, Palästinensischer Studentenverein und einige örtliche Palästina- bzw. Dritte-Welt-Gruppen, einzelne Mitglieder der GRÜNEN IM BUNDESTAG.

Das Palästina-Forum ist bestrebt, einen Dialog zwischen Israelis und Palästinensern zu fördern mit dem Ziel, zu einer dauerhaften friedlichen Lösung des Palästina-Problems, zur Beendigung der israelischen Besetzung und zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes beizutragen. Zu diesem Zweck unterstützt das „Palästina-Forum“ auch praktische Projekte in den besetzten Gebieten.

Mit der Herausgabe einer vierseitigen Zeitung (Preis 0,35 DM) wurde gleichzeitig auch ein Neuanfang in der Informationsarbeit des „Palästina-Forums“ gemacht.

KONTAKTADRESSE: J. Muntinga, Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1, c/o Najdeh.

SPENDENKONTO: Sonderkonto Jan Muntinga, Sparda Bank Köln e.G., BLZ 370 605 90, Konto-Nr.: 100 865 214 – Stichwort: Palästina-Forum.

sein und das Selbstvertrauen der Palästinenser enorm gesteigert. Frauen, die bis vor einigen Monaten das Haus höchstens zum Einkaufen verlassen haben, und selbst Kinder wissen heute, was sie wollen: Das Ende der Besetzung und eine

Inzwischen gibt es in jeder Straße, in jedem Stadtteil, in jedem palästinensischen Flüchtlingslager Volkskomitees

internationale Nahostkonferenz, die zur Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates führen soll.

Die im Gazastreifen traditionell starken Moslembrüder (siehe AIB 3/1988, S. 10) haben selbst unter strenggläubigen Moslems an Einfluß verloren, weil sie eine solche Perspektive ablehnen und stattdessen unrealistische Forderungen nach Errichtung eines moslemischen Staates in ganz Palästina erheben.

Aber auch das Verhältnis zur PLO-Führung hat sich gewandelt. Auf die Frage, wer die PalästinenserInnen auf einer internationalen Nahostkonferenz vertreten soll, heißt die einmütige Antwort: Die PLO. Mangels eines eigenen Nationalstaates verkörpert die PLO ihre nationale Identität.

Gleichzeitig haben die PalästinenserInnen im „Innern“ aber auch ein größeres



Palästinensische Frauen demonstrieren in Gaza-City für die Freilassung politischer Gefangener.

Selbstbewußtsein gegenüber der PLO entwickelt. Sie sind es, die den Kopf hinhalten. Sie sind es, die selbst den jordanischen König Hussein gezwungen haben, den amerikanischen Außenminister Shultz an die PLO zu verweisen, falls er ernsthaft über die PalästinenserInnen verhandeln wolle.

Der Aufstand hat die PalästinenserInnen gelehrt, sich selbst zu organisieren. Inzwischen gibt es in jeder Straße, in jedem Stadtteil, in jedem Flüchtlingslager

Volkskomitees. Diese Komitees organisieren Demonstrationen, organisieren die Konfrontation mit der Besatzungsmacht.

Die Komitees sammeln Lebensmittel und Geldspenden in den wohlhabenderen Stadtteilen von Gaza-City und verteilen sie in den Lagern. Nachdem die arabischen, von der Besatzungsmacht eingestellten Polizisten zurückgetreten sind, organisieren sie den Schutz der Zivilbevölkerung.

In Zusammenarbeit mit dem Nationalen Lehrerkomitee organisieren die Volkskomitees Nachhilfestunden in Moscheen und Privathäusern, wo die Schüler den durch Streiks und Schulschließungen ausgefallenen Unterrichtsstoff nachholen. In Zusammenarbeit mit Gesundheits- und Ärztekomitees organisieren sie die Sicherstellung der medizinischen Versorgung und Erste-Hilfe-Kurse.

In diesen Kursen lernen vor allem Frauen, wie sie sich gegen die ständigen CS-Gas-Einsätze schützen können und wie Prellungen, Knochenbrüche und Schußverletzungen zu behandeln sind. Diese Kenntnisse in Erster Hilfe haben den Frauen ein neues Selbstbewußtsein gegeben. Dies ermuntert sie gleichzeitig dazu, sich an anderen Aktivitäten zu beteiligen. Es sind vor allem die Frauen, die sich der Armee in den Weg stellen, wenn diese versucht, jugendliche Steinwerfer zu verhaften.

Ein nationales Händlerkomitee hat Preisobergrenzen für die meisten Lebensmittel festgesetzt, um zu verhindern, daß einzelne Händler die Verknappung von Lebensmitteln zur Vermehrung ihrer Gewinne nutzen. Die Händlerkomitees organisieren einen Steuerboykott, der sich gegen die von der Besatzungsmacht auferlegte Mehrwertsteuer wendet. Und sie versuchen zur Vorbereitung eines Boykotts israelischer Waren alternative Einkaufsquellen z.B. in der Westbank zu

erschließen. 80% aller Waren im Gazastreifen kommen aus Israel.

Mit der Nationalen Führung des Aufstands (zu deren Konzept siehe AIB 3/1988, S. 5ff. und DRITTE WELT 6/1988, S. 14ff.) hat sich inzwischen ein alternatives Machtzentrum in den besetzten Gebieten entwickelt. In der Altstadt von Gaza lernen wir Hussein kennen. Er ist Kommunist und arbeitet in einem der Volkskomitees. Wir diskutieren mit ihm über die Perspektiven des Aufstands.

„Es ist richtig, daß wir in den letzten Wochen auf manche der Maßnahmen der Besatzungsmacht nur noch reagieren konnten. Aber trotzdem, in den meisten Fällen waren wir diejenigen, die der Besatzungsmacht die Bedingungen diktiert haben, z.B. bei der Festlegung der Ladenöffnungszeiten, dem Rücktritt der Polizisten oder bei der Verweigerung der Mehrwertsteuer. Damit konnten wir beweisen, daß es eine zweite Macht gibt.

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, über die nächsten Schritte zur Eskalation des Aufstands nachzudenken. Aber solche Schritte müssen gut vorbereitet sein. Wir müssen genau prüfen, wozu die Massen bereit sind. Und wir müssen diese Schritte mit allen anderen Kräften koordinieren.“

Hussein weist darauf hin, daß die PalästinenserInnen im Gazastreifen aus den negativen Erfahrungen der palästinensischen Revolution im Libanon gelernt haben. Bei allem Respekt vor dem bewaffneten Kampf im Libanon, hätte sich dort das „palästinensische Gewehr“ verabschiedet.

„Die Verabsolutierung des Gewehrs und der Aufbau eines bürokratischen Apparates haben es den Israelis leicht gemacht, die Widerstandsorganisationen aus dem Libanon zu vertreiben. Und mit der Vertreibung des palästinensischen Gewehrs verschwand auch die PLO. So etwas kann uns nicht passieren. Wir sind fest in den Massen verankert. Und man kann uns nur vertreiben, wenn man die ganze Bevölkerung vertreibt.“

Heißt das, daß in den besetzten Gebieten der bewaffnete Kampf auszuschließen ist?

„Das kann man nicht so absolut sehen. Aber die Bedingungen müssen reif dafür sein. Wir müssen uns die Frage stellen: Haben wir überhaupt genug Waffen? Nein. Haben wir Leute, die mit Waffen umgehen können? Nein. Sind die Menschen bei uns schon bereit zum bewaffneten Kampf? Auch diese Frage müssen wir verneinen.

Solange diese Bedingungen nicht gegeben sind, wird sich der bewaffnete Kampf nur gegen uns wenden und extremistischen jüdischen Siedlern und der Besatzungsmacht als Vorwand zu schrecklichen Massakern dienen.“



Philippinischer Hafen: EG-Zollschranken behindern die Exporte der ASEAN-Staaten.

Frank Braßel

EG-ASEAN Die Wirtschaftsoffensive nach Fernost geriet ins Stocken

Allzuviel Schlagzeilen hat das Außenministertreffen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) am 2./3. Mai d.J. nicht gemacht. Dies ist erstaunlich, markierte es doch den 10. Jahrestag der Beziehungen zwischen den Staatenbündnissen. Das Treffen fand im Rahmen der derzeitigen EG-Präsidentschaft der BRD in Düsseldorf statt, so daß Bundesaußenminister Genscher, der wohl eifrigste Förderer der Kontakte, die Eröffnungsrede halten durfte.

Der Grund für das geringe Interesse an diesen Beratungen ist der, daß es — wie üblich — konkrete Beschlüsse nicht gab, sondern nur wohlklingende Phrasen im Abschlußkommuniqué verkündet wurden. Am konkretesten wurde es noch in der Kamputschea-Frage: Vietnam solle direkte Verhandlungen mit Sihanouk zur Lösung des Konflikts führen. Wie allerdings die wirtschaftliche Kooperation zu verbessern wäre, sei „zu prüfen“.¹

Schon immer war es leichter, einen politischen Konsens zwischen der EG und der ASEAN zu finden, als einen wirtschaftspolitischen, was aus dem klaren beiderseitigen antikommunistischen Grundbekenntnis zu erklären ist. So entstand die ASEAN im August 1967 als Bollwerk gegen eine mögliche Ausbreitung des Kommunismus in Südostasien im Gefolge des Indochinakrieges. Die Staatengemeinschaft, zu der sich Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, die Philippinen und (ab 1984) Brunei zusammenschlossen, blieb allerdings in den ersten Jahren ihrer Existenz im Schatten des Militärbündnisses SEATO.

Erst als dieses zerfiel und die USA in Vietnam eine bittere Niederlage einstecken und das südostasiatische Festland verlassen mußten, wurde der ASEAN mehr Leben eingehaucht und ihre Staatschefs trafen sich im Februar

1976 zu ihrem ersten(!) Gipfel (der zweite erfolgte bereits im Jahr darauf) auf der indonesischen Insel Bali.

Erneuert wurde hierbei das Ziel einer „Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität in Südostasien“. Es kam aber nur zu einem sehr begrenzten Kontakt mit den befreiten Ländern Indochinas, der mit der militärischen Intervention Vietnams in Kamputschea Ende 1978 praktisch völlig eingefroren wurde.

In den vergangenen Jahren war allerdings insbesondere Indonesien um eine Verbesserung der Beziehungen der ASEAN zu den sozialistischen Staaten Südostasiens bemüht, und nicht ohne Grund hat Vietnam im Mai d.J. nach seiner Ankündigung, 50.000 Soldaten bis Jahresende aus Kamputschea abzuziehen, akzeptiert, indirekt mit den kamputscheanischen Widerstandsgruppen zu verhandeln — in Indonesiens Hauptstadt Jakarta.²

Für Vietnam geht es darum, die enormen materiellen Belastungen schnellstmöglich zu reduzieren und auch international wieder Boden gutzumachen. Erst Ende April 1988 hat die Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank die Bitte Hanois um Kredite von einer Lösung des Kamputschea-Problems abhängig gemacht.³ Indonesien wiederum möchte insbesondere seine Position unter den Nichtpaktgebundenen verbes-

tern, da Präsident Suharto, wie der neue indonesische Außenminister Ali Alatas inzwischen auch öffentlich bestätigt hat, deren Vorsitz ab 1989 übernehmen möchte – gewissermaßen als Abschiedsgeschenk für den indonesischen Diktator.⁴ Makaber genug, wenn man bedenkt, daß sein von ihm selbst entmachteter Vorgänger, Sukarno, zu den mit viel emanzipatorischen und antiimperialistischen Hoffnungen bedachten Gründervätern der Blockfreien gehörte. Gefördert wird dieser Annäherungsprozeß zwischen ASEAN und Indochina natürlich auch durch das derzeitige globale Bemühen, regionale Spannungen abzubauen, und eine seit der Wladiwostock-Rede Gorbatschows vom Juli 1986 anhaltende außenpolitische Offensive der Sowjetunion im asiatisch-pazifischen Raum, der im März 1987 vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse bereist wurde. Zahlreiche hochrangige ASEAN-Politiker besuchten im Gegenzug Moskau, zuletzt im Mai 1988 Thailands Premier Prem. Suharto wird noch erwartet.

Eine politische Klimaveränderung zugunsten der Sowjetunion wurde sicher erreicht, die Verwirklichung ihrer weitgehenden abrüstungspolitischen Vorschläge für die Region dürfte allerdings durch die Vormachtansprüche der USA im Pazifik verhindert werden.⁵ So scheint sich die ASEAN inzwischen auch darauf geeinigt zu haben, für eine Beibehaltung der US-Militärstützpunkte in den Philippinen über 1991 hinaus zu plädieren.⁶

Wirtschafts- und handelspolitisch spielt die Sowjetunion für das ASEAN-Bündnis nach wie vor keine bedeutsame Rolle, doch mögen sich in dieser Hinsicht auch neue Perspektiven ergeben, wenn etwa Sukhumband Paribatra von der angesehenen Chulalongkorn Universität in Bangkok formuliert: „Die wirklich wichtigen wirtschaftlichen Verbindungen der ASEAN bestehen zu den nichtkommunistischen Industrienationen, aber es ist nicht schwierig, sich eine Situation vorzustellen, in der die ASEAN-Länder über den Protektionismus im Westen und Japans so verbittert sein werden, daß ernste Konflikte aufbrechen und daß sie wesentlich empfänglicher gegenüber den wirtschaftlichen Annäherungsversuchen der Sowjetunion werden.“⁷

Anfänge eines „neuen Denkens“? In jedem Fall Zukunftsmusik, denn noch sind in der Tat die westlichen Industrienationen die bei weitem dominierenden Wirtschaftspartner der ASEAN.

Die Anteile am Handel mit der südostasiatischen Staatengemeinschaft belaufen sich für Japan auf 25%, für die USA auf 20% und für die EG auf 14% mit relativ abnehmender Tendenz. Noch schlechter sieht es für die EG bei den

Auslandsinvestitionen in den ASEAN-Ländern aus: Ihr Anteil lag im vergangenen Jahr bei 13%, der der USA demgegenüber bei 16% und der Japans gar bei 37%.⁸ Das entspricht dem Bild in allen einzelnen ASEAN-Staaten mit Ausnahme der Philippinen und Singapurs, wo mit den USA und Großbritannien die ehemaligen Kolonialmächte vor Japan liegen.

Die EG befindet sich in jedem Fall im Hintertreffen, ihre Hoffnungen auf verbesserte Wirtschaftsbeziehungen durch ein erstes Außenministertreffen 1978 in Brüssel, dem zwei Jahre später in Kuala Lumpur ein formelles Kooperationsabkommen folgte, haben sich nicht erfüllt. Eine EG-Studie aus dem Jahr 1986 ergab, daß sich die europäischen Unternehmer von den unterschiedlichen Investitionsbestimmungen in den ASEAN-Ländern, die von einem einheitlichen Binnenmarkt noch weit entfernt sind, abschrecken lassen, sie über günstige Investitionsmöglichkeiten zu schlecht informiert seien und zudem längst nicht über die Risikobereitschaft der japanischen Unternehmer verfügten.⁹

Besonders unterrepräsentiert ist bundesdeutsches Kapital und Unternehmertum. Gerade 1,5% des BRD-Außenhandels, 1% der Auslandsinvestitionen und 8% der BRD-Investitionen in der Dritten Welt entfallen auf die ASEAN-Gemeinschaft. Bemerkenswert wenig, wenn man die Bemühungen sämtlicher Bundesregierungen seit Ende der 60er Jahre betrachtet, in Südostasien stärker Fuß zu fassen.¹⁰ Programmatisch hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Kittelmann noch im Sommer 1986 „die Offensive in Richtung Fernost“ gefordert, „um auch langfristig unsere nationalen Interessen in diesem Bereich zu sichern“.¹¹ In diesem Sinne dürfte auch das Engage-



Philippinische Textilarbeiterinnen.

ment Genschers in der EG-ASEAN-Kooperation, großzügige „Entwicklungshilfe“ und ein politisches Begleitkonzert, wie es sich z.B. an dem Besucherstrom bundesrepublikanischer Politiker auf die Philippinen seit Amtsantritt Corazon Aquinos äußert, zu verstehen sein. Es ist quasi der Versuch über die EG, als deren Führungsmacht sich die BRD versteht, stärker in der Großmachtspolitik mitzumischen. Nur klappt es mit dem unternehmerischen Geschick nicht so ganz.

Andererseits möchte die EG auch keinerlei Abstriche an ihrer handelspolitischen Abschottung gegenüber der Dritten Welt zugunsten ihrer „natürlichen Partner“ (Otto Graf Lambsdorff) aus der ASEAN machen. Entsprechende Forderungen etwa nach Einfuhrerleichterungen für ihre Agrarprodukte Reis und Soja hatte die EG bereits auf dem letzten Außen-

Die ASEAN-Staaten

Verband Südostasiatischer Nationen – Association of South-East Asian Nations



ZAHLBILDER

Stand: Bevölkerung 1983, Sozialprodukt 1982

876 590

Bevölkerung und Sozialprodukt je Kopf

Land	Bevölkerung (Mio)	Sozialprodukt in US-\$
Indonesien	156	580
Philippinen	53	820
Thailand	51	790
Malaysia	15	1 860
Singapur	2,5	5 910
Brunei	0,2	20 000

© Erich Schmidt Verlag GmbH

ministertreffen 1986 in Jakarta abgelehnt. In Düsseldorf sind diese Themen gar nicht mehr so offen zur Sprache gekommen. Genscher hat den ASEAN-Ländern nur geraten, sich auf den EG-Binnenmarkt ab 1992 einzustellen.¹² Konkreter ist da im übrigen die japanische Konkurrenz bereits im Dezember 1987 auf dem 3. ASEAN-Gipfel, der gleichzeitig das 20jährige Jubiläum des Bündnisses markierte, geworden. Premierminister Takashita teilte den südostasiatischen Staatschefs in Manilla mit, daß ihnen aus dem neugeschaffenen „ASEAN-Japan Development Fund“ Mittel in Höhe von 2 Mrd. \$ zur Förderung der Privatwirtschaft in ihren Ländern zur Verfügung gestellt würden, über die auch schon aufgestockten „Entwicklungshilfegelder“ seines Landes hinaus.¹³ Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, daß Japan seine Vorherrschaft in der Region energisch behaupten und auch die von den USA ihm zugewiesene Rolle als stärkere Ordnungsmacht annehmen will.

Daß die ASEAN durch die prinzipiell vernünftige Süd-Süd-Kooperation profitiert hätte, kann bislang wohl kaum behauptet werden. Die neokolonialen Bezüge sind nahezu unangetastet geblieben. Der leichte Anstieg des Inner-ASEAN-Handels von knapp 15% während der 70er Jahre auf inzwischen 17% (manche Zahlen sprechen von gut 20%) ist weniger einer politischen Entscheidung der ASEAN als vielmehr dem Protektionismus der Industrieländer geschuldet.¹³ Die von speziellen ASEAN-Zollpräferenzen begünstigten Produkte machen gerade 5% des Handels zwischen den Ländern des südostasiatischen Staatenbündnisses aus.¹⁴ Das Ziel des Manila-Gipfels, ihren Anteil auf 50% zu steigern, ist pures Wunschdenken. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil z.B. der ASEAN-Apparat mit einem 15köpfigen Sekretariat in Jakarta und einem Jahresetat von gerade 2 Mio. \$ solchen ehrgeizigen Zielen gar nicht gewachsen ist.

Daß anlässlich der EG-ASEAN-Außenministertagung am 2./3. Mai d.J. in Düsseldorf nicht nur über Wirtschaftsfragen berichtet worden ist, sondern ein Tabuthema eben dieser Tagung, nämlich der beklagenswerte Zustand der Menschenrechte in den ASEAN-Ländern, ebenfalls zur Sprache kam, war das Verdienst einer begleitenden „Anhörung“, die zahlreiche entwicklungspolitische Gruppen in Düsseldorf durchführten.¹⁵ Dabei war zu erfahren, daß die Menschenrechtsverletzungen auf den Philippinen inzwischen bereits wieder den Umfang der letzten Marcos-Jahre angenommen haben, daß der „indonesische Völkermord“ in Osttimor unvermindert weitergeht, wie auch der Frauenhandel mit Thailand und den Philippinen immer

umfangreichere Züge annimmt. Die Rechtsanwältin Tang Fong Har berichtete über ihre eigenen Erfahrungen in Singapur unter dem „Gesetz zur Inneren Sicherheit“ (ISA), das es – wie im benachbarten Malaysia – den Behörden möglich macht, jeden kritischen Bürger unter dem Verdacht, ein „marxistischer Verschwörer“ zu sein, für zwei Jahre ohne Gerichtsprozeß in den Knast zu stecken. Ein quasi legalisiertes Unrechtssystem, das nur schlecht zu dem bei uns bislang so dargestellten demokratischen Image des Stadtstaates paßt. Einen neuen Aspekt der Menschenrechtsdiskussion brachte der Thailänder Vitoon Puemphongsachroen während der „Anhörung“ vor: das Menschenrecht auf eine intakte Umwelt. Zwar konnte die recht gut entwickelte thailändische Umweltbewegung mit dem vorläufigen Stopp des Nam-Choan-Staudamms zu Beginn d.J. einen Erfolg vermelden, doch verwies Vitoon insbesondere auf die – im gesamten tropischen Asien wie in Thailand – rapide voranschreitende Entwaldung seines Landes, nur zu oft zum Nutzen westlicher Holzkonzerne. Also auch in dieser Hinsicht sind EG und ASEAN „natürlicher Partner“. Nur spricht man hierüber auf offizieller Ebene nicht so gern. Es könnte die Harmonie stören. Und das Geschäft.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 30.4., 3.5. und 4.5.1988 und die tageszeitung (taz), Westberlin, 4.5.1988
- 2) taz, 30.5.1988
- 3) Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 12.5.1988
- 4) Vgl. ebd., 14.4.1988
- 5) Vgl. ebd., 3.3.1988
- 6) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Paris, 12.5.1988
- 7) Sukhumbhand Paribatra, The Challenge of Co-existence. ASEAN's Relations with Vietnam in the 1990s, in: Contemporary Southeast Asia (CSEA), Singapur, Band 9, Nr. 2/September 1987, S. 140-156, hier S. 147
- 8) Angaben nach: taz, 3.5.1988
- 9) Vgl. FEER, 14.8.1986
- 10) Vgl. hierzu das noch unveröffentlichte Manuskript „BRD-Interessen in Südostasien“ von Frithjof Schmidt/Südostasien Informationsstelle, das gegen Jahresende in Buchform erscheinen soll.
- 11) Frithjof Schmidt, DM-Offensive auf den Philippinen. Die heimlichen Weltbank-Gouverneure, in: S. Pater (Hg.), Geld für die Welt, Bornheim-Merten 1987, S. 104-115, hier S. 104
- 12) Vgl. FAZ, 4.5.1988
- 13) Vgl. die umfangreiche Berichterstattung zum Naila-Gipfel am 14./15.12.1987 in südostasien aktuell, Hamburg, Januar 1988
- 14) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 16.9.1987 und CSEA, September 1987, S. 116
- 15) Vgl. Frankfurter Rundschau, 5. und 14.5.1988 sowie zum Thema generell das Heft März 1988 der südostasien informationen, erhältlich – wie auch weitere Infos zur „Anhörung“ in Düsseldorf bei der Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum

Die schwedische Bombe

40 Jahre geheim, 1985 aufgedeckt. In der BRD verschwiegen.



Hauen und Stechen
Der grüne Fernbildungsprozess

Rheinhausen
WASSER SAUBERER ...



Kein Frieden mit Palästina

ARBEITERKAMPF 295

(erschienen am 30.5.1988)

● 40 Jahre geheim, 1985 aufgedeckt, in der BRD verschwiegen: Von 1945 bis 1972 wurde in Schweden an der Entwicklung einer eigenen Atombombe gearbeitet. Unter dem Deckmantel der zivilen Nutzung. Unter sozialdemokratischer Regie.

● Opposition in Israel. Gespräche mit Uri Avnery von der Progressiven Friedensliste und Gideon Spiro von Jesch Gwul („Es gibt eine Grenze“). Wir stellen die Revolutionäre Kommunistische Liga – Matzpen mit einem Text zum palästinensischen Aufstand vor. Wir berichten über die Verweigerung des Militärdienstes in den besetzten Gebieten.

● „Weder panisch noch fortschrittsgläubig“. So will sich das Gen-ethische Netzwerk in Westberlin sehen. Gespräch mit Linda Bullard und Benny Härlin über die Gefahren der Gentechnologie und die politische Auseinandersetzung damit.

● „Die Abgeordneten sind nur ihrem Gewissen verantwortlich“. Offiziellen Abschied vom Imperativen Mandat, und damit von einem zentralen Element der Basisdemokratie, feiert die Grüne Partei. An der Frage der Gesetzgebung gegen Vergewaltigung fliegen die Fetzen. Wir dokumentieren den Streit.

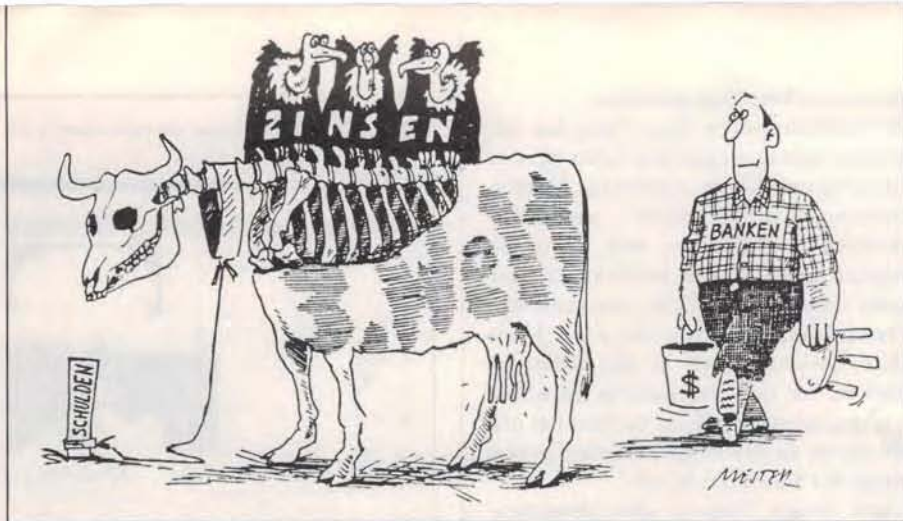
● Heftige Debatten. Kritik an den Leitungsmethoden. Orientierungskrise in der DKP sind keine Erfindung der TAZ, auch wenn sie dort als wenig informativer Aufguss aus antikommunistischer Häme und Spekuliererei serviert werden. Wer sich lieber anhand von Originaltexten informiert, wird im AK am besten bedient. Diesmal mit Debattenbeiträgen aus Bremen und Karlsruhe.

Der ARBEITERKAMPF erscheint vierwöchentlich als Zeitschrift des KOMMUNISTISCHEN BUNDES mit 40 Seiten im Zeitungsformat zu einem Preis von DM 5 pro Ausgabe. Er ist zu erhalten in allen linken Buchläden sowie in gut sortierten Zeitungsläden oder direkt bei der

Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20
Tel. 040 / 43 53 20

Der ARBEITERKAMPF kostet im Abonnement jährlich DM 60; halbjährlich DM 33 (bei Einzelbestellungen DM 5 plus DM -,90 Porto).

Kostenloses Probexemplar bestellen!



Selbstdarstellung der IWF/Weltbank-Kampagne

Vom 27.9.-29.9.1988 findet in Berlin(West) die Hauptversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank statt. Dieses Ereignis nimmt ein breites politisches Spektrum zum Anlaß, seinen Protest gegen die Politik dieser Organisationen in einer Gegenkampagne auszudrücken.

Innerhalb der Weltwirtschaftsordnung und der sich seit 1982 vertiefenden Verschuldungskrise stehen diese beiden Institutionen für eine rigide Auflagenpolitik gegenüber den verschuldeten Ländern der „Dritten Welt“. Mit ihren Auflagen und Strukturanpassungsprogrammen zielen IWF und Weltbank vorrangig auf die Erhaltung der Rückzahlungsfähigkeit um jeden Preis und greifen tief in die Souveränität der Länder ein.

In Zusammenarbeit mit den Eliten der ausgebeuteten Länder pressen sie die Bevölkerung zum Wohle der imperialistischen Länder aus und zerstören ökologische Ressourcen. Besonders hart werden die Frauen von dieser Politik getroffen. Sie tragen die größte Last zerstörter Lebens- und Produktionsstrukturen, ihre Arbeitskraft und Sexualität werden zunehmend den patriarchalen Ausbeutungsstrukturen der Industriemetropolen unterworfen.

Die Ursachen der Verschuldung dieser Länder liegen in der aggressiven Kreditpolitik der Geschäftsbanken und einer Weltwirtschaftsordnung, die den Ländern der „Dritten Welt“ exportorientierte, auf die Interessen der westlichen Industriemetropolen zugeschnittene Ökonomien aufgezwungen hat. Die Programme von IWF und Weltbank bedeuten für große Teile der Bevölkerung in diesen Ländern weitere Verelendung, Hunger und Tod.

Die Menschen in der „Dritten Welt“ leiden aber nicht nur unter den Eingriffen von Weltbank und IWF und den Auswirkungen der ungerechten Weltwirt-

schaftsordnung. In vielen Staaten tragen einheimische Staats- und Wirtschaftseliten Mitverantwortung für die explodierende Auslandsverschuldung, Aufrüstung, Korruption, verfehlte Industrialisierungsstrategien sowie interne Repression und Ausbeutung. Es muß allerdings gesehen werden, daß diese Eliten ihre Eigeninteressen häufig nicht aus eigener Kraft gegen die Bevölkerung durchsetzen können, sondern mit gezielter finanzieller und militärischer Unterstützung aus dem Ausland an der Macht gehalten werden.

Die IWF/Weltbank-Kampagne könnte der Beginn einer neuen, breiten internationalistischen Bewegung sein. Die Kampagne bietet die Möglichkeit zum Austausch unterschiedlicher Gruppen und eröffnet Perspektiven, um auf internationaler Ebene über Möglichkeiten der Gegenwehr und Zusammenarbeit der unterschiedlichsten politischen Ansätze zu beraten. Ein Ziel der Kampagne ist es, während der Tagung selbst die Breite des Protestes und des Widerstandes gegen die ausbeuterische Politik von IWF und Weltbank und den hinter ihnen stehenden imperialistischen Staaten zu dokumentieren.

Die Kampagne bezweckt nicht nur punktuelle Aktionen während der Tagung in Berlin (West), sondern bemüht sich darum, neben der Internationalismusbewegung, die Frauenbewegung, die Friedensbewegung, die neuen sozialen Bewegungen, Kirchen, gewerkschaftliche Kräfte sowie Jobber-, Erwerbslosen- und Flüchtlingsinitiativen einzu-

beziehen und internationalistische Politik weiterzuentwickeln und verstärkt in die öffentliche Diskussion zu bringen.

Mit der Kampagne beabsichtigen wir unter anderem:

- die Ursachen der Weltwirtschafts- und Verschuldungskrise darzustellen;
- die Funktion von IWF und Weltbank in der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung, ihre menschenverachtende und einseitig an den Interessen westlicher Industriemetropolen ausgerichtete Politik aufzeigen;
- die Rolle der BRD, der Banken und Konzerne in diesem System anzugreifen;
- zu erreichen, daß sich eine breite Öffentlichkeit an der kritischen Auseinandersetzung mit dem herrschenden Weltwirtschaftssystem beteiligt;
- angesichts der in Berlin(West) im Herbst versammelten Weltpresse ein Zeichen der Solidarität für die von IWF- und Weltbank-Politik am meisten Betroffenen zu setzen.

Die inhaltliche und organisatorische Grundlage der Kampagne ist auf bisher drei Aktionskonferenzen unter Beteiligung eines breiten politischen Spektrums festgelegt worden. Im Vorfeld der Tagung sollen in einer breiten Aufklärungskampagne die Hintergründe von IWF und Weltbank und ihrer Politik vermittelt werden. In ersten Aktionen während der Jahreshauptversammlungen bundesdeutscher Großbanken haben wir bereits unseren Protest zum Ausdruck gebracht.

In der Zeit vom 22.9.-29.9.1988 sollen verschiedene Veranstaltungen und Aktionen unmittelbar vor oder parallel zur Hauptversammlung stattfinden.

1. Am 23./24.9.1988 findet ein **Gegenkongreß** statt, auf dem öffentlichkeitswirksam Kritik am herrschenden Weltwirtschaftssystem und der Politik von IWF und Weltbank geübt wird und politische Alternativen und Strategien der oppositionellen Bewegungen diskutiert werden. Dieser Kongreß bietet die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs, der Vernetzung und Selbstdarstellung der teilnehmenden Gruppen. Zu ihm wird ein breites Spektrum in- und ausländischer ExpertInnen, Organisationen und Initiativen eingeladen. Der Gegenkongreß wird bislang von einem international besetzten Organisationsgremium getragen.

2. Am 25.9.1988 ist eine **Großdemonstration mit anschließender Kundgebung** unter bundesdeutscher und internationaler Beteiligung geplant. Auf ihr sollen die auf dem Kongreß diskutierten Inhalte und Alternativen in die Öffentlichkeit getragen werden. Außerdem wird mit ihr versucht, die Breite des Protestes gegen die IWF/Weltbank-Tagung und die auf ihr beschlossene Politik auszudrücken. Dieser Teil der Gegenkam-

pagne wird von einem in Berlin(West) ansässigen Gremium vorbereitet, das aus westberliner und bundesrepublikanischen Organisationen besteht.

3. Vom 26.9.-29.9.1988 ist eine Aktionswoche geplant, in der die unterschiedlichen Gruppen ihren Protest und ihren Widerstand gegen die Hauptversammlung und gegen die Politik von IWF und Weltbank mit dezentralen Aktionen

und Veranstaltungen verdeutlichen.

4. Das Permanent Peoples Tribunal ist eingeladen, seine auf einer Anklageschrift lateinamerikanischer Juristen basierende Verhandlung gegen die Auswirkungen der IWF- und Weltbank-Politik durchzuführen. Das Tribunal steht in der Tradition der Russell-Tribunale und wird organisiert von der Lelio-Basso-Foundation (Italien).

Zur organisatorischen Vorbereitung der Kampagne hat sich ein Arbeitsausschuß gebildet. Dieser sowie die Trägerkreise zur Vorbereitung des Gegenkongresses und der Demonstration/Kundgebung stehen weiterhin allen Organisationen und Gruppen zur Mitarbeit offen.

(Verabschiedet vom Arbeitsausschuß der IWF/Weltbank-Kampagne am 5.6.1988 in Frankfurt/Main)

Für die Überwindung der Schuldenkrise Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung

Die Planungen für die Aktivitäten vor und während der IWF/Weltbank-Tagung in Westberlin (Gegenkongreß am 23./24.9., bundesweite Demonstration am 25.9. und Aktionswoche vom 26.-30.9.) nehmen konkrete Formen an. Der Trägerkreis für den Internationalen Gegenkongreß, in dem u.a. BUKO, GRÜNE, Jusos, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Aktion Selbstbesteuerung (ASB), medico international und Katholische Landjugend mitarbeiten, hat Anfang Juni d.J. einen Aufruf verabschiedet. Unter ihm werden national und international Unterschriften gesammelt. Unterstützungserklärungen an: Gegenkongreß-Büro, c/o BAZ, Oranienstr. 159, 1000 Berlin, Tel. 030-6145098. Zur Finanzierung der IWF/Weltbank-Kampagne werden dringend Spendens benötigt: Sonderkonto IWF/Weltbank-Kampagne, Kto.-Nr. 610006177, Sparkasse der Stadt Berlin (West), BLZ 100 500 00.

Aufruf

Internationaler Gegenkongreß

Im September 1988 werden der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank in Berlin (West) ihre Jahrestagung durchführen. Im Zusammenhang mit der sich seit 1982 vertiefenden Schuldenkrise der 'Dritten Welt' tragen diese beiden Spitzeninstitutionen die internationalen Finanzsysteme eine Schlüsselverantwortung. Sie stehen für eine rigide Aufgabepolitik und sog. Strukturanpassungsprogramme, mit denen sie tief in die Souveränität der verschuldeten Länder eingreifen. Die Auslandsschulden der 'Dritten Welt' belaufen sich heute auf die gigantische Summe von 1,2 Bio US-Dollar. Die Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen dieser Länder übertreffen inzwischen bei weitem den Neuzufluß an finanziellen Mitteln. Einen immer größeren Teil ihrer Exporteinkünfte müssen die Schuldnerländer für den Schuldendienst aufwenden, immer weniger bleibt für die Befriedigung der Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung und einheimische Investitionen übrig. Die Schulden sind unbezahlbar geworden.

Die Ursachen dieser Situation liegen vor allem in einer aggressiven Kreditpolitik der Geschäftsbanken, in rücksichtslos verfolgten monetaristischen Konzeptionen in der Wirtschaftspolitik und allgemein in einer Weltwirtschaftsordnung, die den Ländern der 'Dritten Welt' eine untergeordnete, auf die Bedürfnisse der westlichen Industriemetropolen zugeschnittene Rolle aufzwingt.

Die Menschen in der 'Dritten Welt' leiden aber nicht nur unter den Eingriffen von Weltbank und IWF und den Auswirkungen der ungerechten Weltwirtschaftsordnung. In vielen Staaten tragen einheimische Staats- und Wirtschaftseliten Mitverantwortung für die explodierende Auslandsverschuldung, Aufrüstung, Korruption, verfehlte Industrialisierungsstrategien sowie interne Repression und Ausbeutung. Es muß allerdings gesehen werden, daß diese Eli-

ten ihre Eigeninteressen häufig nicht aus eigener Kraft gegen die Bevölkerung durchsetzen können, sondern mit gezielter finanzieller und militärischer Unterstützung aus dem Ausland an der Macht gehalten werden. Jeder Versuch, aus Unterentwicklung, Abhängigkeit und Elend herauszukommen, ist unter diesen Umständen zum Scheitern verurteilt.

Die Krise hat katastrophale Konsequenzen für die Menschen in der 'Dritten Welt': Hunger, Armut, Krieg, Umweltzerstörung, Massenarbeitslosigkeit, Krankheit und hunderttausendfach Tod. Das stille Sterben in der 'Dritten Welt' fordert jedes Jahr so viele Opfer wie der 2. Weltkrieg.

Der ökonomische Ruin der 'Dritten Welt' ist verknüpft mit der Auflösung bestehender sozialer Beziehungen, der Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen und der Zerstörung der kulturellen Identität. Er trifft in besonderem Maße auch die Frauen, die die größte Last zerstörter Lebens- und Produktionsstrukturen zu tragen haben.

Gegen dieses Elend und diese Not revoltieren die Menschen in vielen Ländern in Protesten und Aufständen. Elend und Not führen zur politischen Destabilisierung bis hin zur Auflösung gesellschaftlicher Strukturen. Diktatorische Verhältnisse sind sowohl die Folge dieses Widerstands, wie sie auch direkt bestimmte Länder erst dem Zugriff der internationalen Finanzinstitutionen öffnen. Der Kreis von Verelendung, Unterentwicklung und Militarisierung schließt sich.

Auch die Menschen in den Metropolen bleiben nicht verschont: Arbeitslosigkeit, neue Armut und Sozialabbau, Bauernsterben und die zunehmende Zerstörung der Natur sind nur ein anderer Ausdruck derselben Krise, die die 'Dritte Welt' in den Ruin treibt.

Ein Ausweg muß gefunden werden.

Die verhängnisvolle Entwicklung muß ge-

stoppt werden. Es ist höchste Zeit für eine große internationale Initiative zur Lösung der Probleme der 'Dritten Welt', vorrangig des Schlüsselproblems der Auslandsverschuldung. Das herrschende Schuldenmanagement von IWF, Weltbank, Geschäftsbanken und westlichen Regierungen mit Umschuldungen, Neukrediten und Fall-zu-Fall-Behandlung bringt keine Lösung; im Gegenteil, es festigt die Abhängigkeit und verschärft die Krise.

Ohne Schuldenstreichung kann kein Ausweg gefunden werden. Die Lasten müssen nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die dafür verantwortlich sind. Dies erfordert zugleich eine Veränderung der internationalen Beziehungen und Machtverhältnisse. Deshalb brauchen die politischen und sozialen Bewegungen, die ihre Lebensinteressen gegen das Machtkartell von Konzernen, Banken, IWF, Weltbank und Eliten durchsetzen müssen, unsere Solidarität.

Eine Schuldenstreichung allein wird jedoch die Probleme langfristig nicht lösen können. Solange die Beziehungen der Völker über den 'freien' Weltmarkt geregelt werden und das Prinzip des größtmöglichen Gewinns das politische und ökonomische Handeln bestimmt, wird die Kette der wirtschaftlichen Krisen mit ihren verheerenden Auswirkungen nicht abreißen. Die Errichtung einer neuen, gerechten Weltwirtschaftsordnung ist daher unumgänglich.

Anläßlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank rufen wir deshalb zu einem Internationalen Gegenkongreß am 23./24. September 1988 in Berlin (West) auf. Wir wollen die Öffentlichkeit auf die dramatische Situation aufmerksam machen und gemeinsam nach Auswegen aus der Krise suchen.

Unser Kongreß soll

– öffentlichkeitswirksame Kritik am herrschenden Weltwirtschaftssystem und der Politik von IWF und Weltbank formulieren;

– den Zusammenhang von Aufrüstungs- und sog. Entwicklungspolitik hervorheben;

– politische Alternativen und Strategien oppositioneller Kräfte und Bewegungen in der 'Dritten Welt' und hier bei uns diskutieren und sichtbar machen;

– ein unüberhörbares Zeichen der Solidarität mit den von IWF- und Weltbank-Politik am meisten Betroffenen setzen;

– Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch, zur internationalen Vernetzung und Selbstdarstellung der teilnehmenden Organisationen und Initiativen geben.

Wir rufen alle Kräfte im In- und Ausland, die hieran interessiert sind und zur Überwindung der Schuldenkrise beitragen wollen, auf, den Kongreß zu unterstützen und an seiner Vorbereitung und Durchführung mitzuwirken.

Leslie Goffe

Diego Rivera von Wand zu Wand

Von allen Ländern Lateinamerikas ist Mexiko wohl das künstlerisch ausgereifteste und bedeutendste dieses Jahrhunderts. Dieses Prädikat verdankt es in erster Linie seiner originellen nachrevolutionären Wandmalerei. Aus der nach der Revolution (1910-17) entfalteten schöpferischen Kulturbewegung ragten die drei großen Maler der „mexikanischen Renaissance“ Diego Rivera, José Clemente Orozco und David Alvaro Siqueiros heraus. Riveras Werke wurden in den 80er Jahren in Westberlin und Frankfurt (Anfang 1988), danach in New York ausgestellt.

Als eine Ausstellung des Werkes des verstorbenen mexikanischen Wandmalers Diego Rivera kürzlich in New York gastierte, nahm die „New York Times“ auf ihren Kunstseiten keinerlei Notiz davon. Sie bemerkte lediglich an anderer Stelle, daß Riveras Werk, nur weil es revolutionäre Wirkung hatte, noch lange keinen wichtigen Künstler aus ihm mache.

Riveras Wandgemälde, sichtbar an vielen öffentlichen Gebäuden und Innenhöfen Mexikos, waren sicherlich gedacht als Propaganda für Mexikos Bauernschaft und Arbeiter und für den revolutionären Sozialismus. „Wir erklären in dieser Zeit sozialer Veränderungen“, hieß es in einem Künstlermanifest der revolutionären Periode, das Rivera mithalf zu schreiben, daß „die Schöpfer der Schönheit ihre besten Anstrengungen nutzen müssen, um ideologische Werke für das Volk hervorzubringen: Kunst darf nicht länger der Ausdruck individueller Befriedigung sein, der sie heute ist, sondern

sollte eine kämpferische erzieherische Kunst für alle sein.“

Rivera war der bekannteste der Künstler, die mit dem Wiederaufleben der mexikanischen Wandmalerei in Verbindung stehen. Er studierte und arbeitete in Europa, wobei er einen wichtigen Beitrag zum Kubismus leistete, bevor er 1921 in sein Geburtsland Mexiko zurückkehrte. Dort bot das Erziehungsministerium Künstlern öffentliche Aufträge an, um die Errungenschaften der mexikanischen Revolution zu feiern.

Von einem kurzen Zeitraum zwischen 1910 und 1911 abgesehen, war Rivera im Grunde ein Exilant in Paris bis zum Sommer 1921. Im Jahre 1920 war General Alvaro Obregón, eine führende Figur in der Revolution, zum Präsidenten gewählt worden und hatte eine nationale Wiedergeburt begonnen.

Am Ruder stand Erziehungsminister José Vasconcelos, der Dichter, Autoren und Maler zusammenbrachte, um dem neuen Geist Ausdruck zu verleihen:

Wandmalereien, von Vasconcelos in Auftrag gegeben, sind noch immer der positivste und aussagekräftigste Ausdruck der Revolution.

Die erste wesentliche Sammlung von Riveras Staffelei-Gemälden und Zeichnungen, die seit vielen Jahren außerhalb Mexikos gezeigt wird, gelangte jetzt zur Ausstellung. Die Retrospektive, präsentiert von dem Kunstinstitut Detroit und der mexikanischen Regierung, war auf Tournee durch den Osten und den Mittelwesten der USA im Jahre 1986, und in Madrid, Berlin und London im Jahr 1987. Linda Downs, die organisierende Kuratorin, beschreibt Riveras Stil der Wandmalerei als „geformt durch Studien von italienischen Renaissance-Fresken, klassischen Proportionen, vorkolumbianischen Formen der Bildhauerei, kubistischen Raum und futuristischen Bewegungsauffassungen“. Der Stil, sagt sie, „hat wenig Ähnlichkeit mit sozialistischem Realismus“.

Riveras erstes Wandgemälde „Die Schöpfung“ schmückt das Bolivar-Amphitheater und widerspiegelt die Spannung zwischen Riveras akademischem Hintergrund und seinem Bestreben, innerhalb einer radikalen oder populären mexikanischen Tradition zu malen.

Die am Erziehungsministerium zwischen 1922 und 1928 angebrachten Wandmalereien markieren Riveras bedeutendstes Stadium. In diesen sechs Jahren, die die Nachfolge eines neuen Präsidenten und die Ablösung eines in Ungnade gefallenen Vasconcelos sahen, trat Rivera der Mexikanischen Kommunistischen Partei bei.

Mit der Hilfe von Assistenten malte er auch 235 einzelne Fresken, die eine



Das „Hof der Fiestas“-Wandgemälde in Mexiko-Stadt (l.); eine Loggia beschreibt den Kampf zwischen Azteken und Spaniern (unten).



Fläche von 1.400 qm bedecken. Seine „Hof der Fiestas“-Wandgemälde gehören zu seinen besten Werken. Das „Wall Street Bankett“, eine bissige Satire auf den internationalen Kapitalismus, ist ein populäres und umstrittenes Stück.

Zu der Zeit, als er seine Arbeit am Ministerium für Erziehung beendete, hatte Rivera ein „riesiges Portrait des mexikanischen Volkes“ geschaffen, sagt Desmond Rochfort, einer von Großbritanniens führenden Wandmalern – „wenn es auch Kritik gab, daß er sich der Geschichtsfälschung hingegeben hätte“. Erst 1929 und 1930, in seinem epischen Wandgemälde „Die geschichte Mexikos – Von der Eroberung bis zur Zukunft“, begann Rivera sich der Entwicklung Mexikos zuzuwenden.

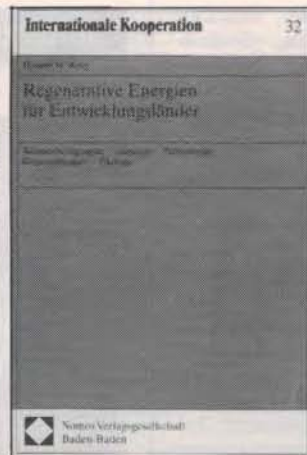
Während der 30er Jahre verbrachte Rivera vier Jahre in den USA, wo er immer noch als der führende Künstler der Wiedergeburt mexikanischer Wandmalerei betrachtet wurde.

Seine Zeit beim Rockefeller Center war von Auseinandersetzungen begleitet und rief Anklagen des Opportunismus hervor, weil seine Arbeit für diese Institutionen keinerlei Kritik ihres kapitalistischen Systems enthielten. Im Gegenteil, es schien als ob er sich damit begnüge, den Überfluß und den Genius der USA zu verherrlichen. Seine Reputation wurde nach dem Zusammenstoß mit John D. Rockefeller wegen der Einbeziehung Lenins in das Mauergemälde am Rockefeller Center etwas wiederhergestellt. Er führte schließlich zu seiner Entlassung. Wenn Rivera auch nur vier Jahre in den USA verbrachte, so hatte er doch riesigen Einfluß auf eine Generation von US-Wandmalern wie Lucienne Bloch, Ben Shahn und Thomas Hart Benton.

Von der Zeit seiner Rückkehr nach Mexiko 1934 bis zu seinem Krebsstod 1957 war sein Schaffen ungeheuer; Hunderte von Staffeleigemälden strömten aus seinem Atelier.

Rochfort widerspricht solchen Kritikern, besonders in den USA, die Rivera als stilistisch rückständig und historisch isoliert betrachten. Er sagt: „In der bildlichen Vereinigung der auseinanderstrebenden kulturellen Wurzeln der Geschichte seines Landes mit den Forderungen seiner nationalrevolutionären Gegenwart hat er das erste große Beispiel nachkolonialer Kunst geschaffen.“

(Quelle: South, London, Mai 1988)



Energieverschwendung und Alternativen

Die Ölpreiskrisen von 1973/74 und 1979/80, die in ihrem Gefolge aufgetretene Brennstoffkrise sowie die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 haben neue Fragen über Energienutzung, Industrialisierungsstrategien und Energiebereitstellung, Entwicklung alternativer, regenerierbarer Energien sowie Umweltschutz aufgeworfen. Drei Bücher gehen diesen Fragen in unterschiedlicher Weise nach: Georg Cremer, **Mangel und Verschwendung**, iz3w, Freiburg 1986, 186 S., DM 12,80; Worldwatch Institute Report, **Zur Lage der Welt 87/88**, Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1987, 315 S., DM 25;

Hussein M. Rady, **Regenerative Energien für Entwicklungsländer**, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1987, 512 S., DM 61.

Die beiden erstgenannten Bücher behandeln sowohl global als auch entwicklungslandspezifische Themenkomplexe, wobei sie wichtige Beziehungen und Wirkungszusammenhänge aufzeigen. Ein gemeinsamer Ansatzpunkt ist beispielsweise die Abhängigkeit zwischen Bevölkerungswachstum, Verstädterung sowie zentralen exportorientierten Industrialisierungsstrategien und Energiebereitstellung (1, 37-53; 2, 13-80). So verbraucht der Großraum Sao Paulo in Brasilien mit 10% der Bevölkerung 44% der Elektrizität.

Daß dies notgedrungen zur Vernachlässigung der ländlichen Räume, zur Landflucht, schließlich zur weiteren Verslumung der Städte führt, belegen die Autoren nachhaltig. Auch würden sich wegen der hohen Investitionen für zentrale Energieversorgungsunternehmen und dem gleichzeitigen Fehlen adäquater Summen für die überlebenswichtigen Belange der Bevölkerung die sozialen Spannungen verschärfen.

Cremer folgert daraus, daß alle Versuche der Entwicklungsländer, durch energieintensiv-exportorientierte Entwicklungsstrategien den Süd-Nord-Abstand zu verringern, gescheitert sind. Im Gegenteil haben hohe Kreditaufnahmen für im Nachhinein unsinnig erscheinende Großprojekte die Verschuldung und damit die neokoloniale Abhängigkeit der Entwicklungsländer zusätzlich verschärft. So werden allein die Kredite an Energieversorgungsunternehmen auf über 180 Mrd \$ geschätzt (2, 128).

Ausgehend von der Energiepreiskrise weisen die Autoren auf die wachsenden ökologischen Belastungen durch den Raubbau an den Holzreserven hin, die zunehmend als billige Alternative zu fossilen Brennstoffen herangezogen

wurden und werden (1, 32-36; 2, 55-58). Nimmt man z.B. die Vergleichszeiträume 1972-75 und 1980-82, so sanken z.B. im Raum Delhi in Indien die Waldflächen um 60% (2, 56).

Konsequenzen sind Erosion, Vernichtung landwirtschaftlicher Nutzflächen und Nahrungsmittelfezite. Die werden durch Importe abgedeckt, die durch Kreditaufnahmen im Ausland gedeckt werden müßten. Da langfristig durch den ungehemmten Verbrauch fossiler Energieträger sowie die gleichzeitige Vernichtung der Holzreserven ein beängstigender Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und dadurch die Gefahr einer Temperaturerhöhung zu befürchten ist, fordern die Autoren dringend Alternativen (1, 127-132; 2, 255-290).

In der Atomenergie wird eine solche Alternative nicht gesehen. Das Worldwatch Institute weist nach, daß in den meisten Entwicklungsländern mittlerweile die Bereitschaft wie auch die finanziellen Möglichkeiten gesunken sind, solche zu errichten (2, 80-117). Darüber hinaus wären Atomkraftwerke wegen ihrer Mindestgröße bei der Stromabgabe nicht dezentral einzusetzen, trieben wegen des Technologieimportes die Entwicklungsländer einmal mehr in Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten. Weiter steigt die Gefahr des nuklearen Waffeneinsatzes bei solchen Staaten, die mittlerweile in der Lage sind, einen geschlossenen atomaren Brennstoffkreislauf nutzen zu können, z.B. Pakistan, Israel oder Südafrika (1, 69-81).

Alternativen dagegen stellen sich auf den Feldern dezentraler Wasserkraftwerke, die die Natur weniger belasten und keine umfassende Vertreibung der Bevölkerung hervorrufen, der Wind-, Bio- und Sonnenenergie (1, 62-68; 2, 119-152). Diese Energiearten könnten in Kombination mit energieeinsparendem Recycling (so können z.B. beim Aluminium-Recycling 95% des Strombedarfs eingespart werden: 2, 153-192), tiefgreifenden Energieparmaßnahmen, Maßnahmen zur Erhöhung des Wirkungsgrades von Elektrizität und mit dem Einsatz angepaßter Technologien, beispielsweise in Form der traditionellen Lehm-bauweise (1, 54-61), Energie aus fossilen Energieträgern zum großen Teil ersetzen. Sie könnten auch die Lücke schließen, die aus dem prognostizierten wachsenden Energiebedarf erwächst, um auch längerfristig zu einer unmittelbaren Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Masse der Bevölkerung

gung mit gesundem Trinkwasser, sanitären Einrichtungen, Transportmitteln, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion (Bewässerung, Bearbeitung, Düngung) zu kommen (1, 44-53; 2, 193-254).

Als Einstieg in die Problematik sind beide Bücher sehr zu empfehlen. Sie sind verständlich geschrieben und regen zur Weiterbeschäftigung an, wozu der umfangreiche Anmerkungsapparat wichtiges Material an die Hand gibt.

Rady richtet sich da schon an Spezialisten. Im ersten Teil (31-145) verzichtet er weitgehend auf die oben als positiv erachtete Darstellung und Analyse von Wirkungszusammenhängen. Er liefert aber eine nicht uninteressante Zustandsbeschreibung über Erfahrungen aus den Auswirkungen der Energiekrise. Und er entwickelt, ausgehend von dem verfügbaren Energiepotential und dem zu erwartenden Energiebedarf der ölimportierenden Entwicklungsländer, eine dezentrale Energieversorgungsstrategie auf der Basis regenerierbarer Energiequellen, wie Solar-, Wasser-, Wind- und Bioenergie. Er erfaßt das Potential der regenerativen Energiequellen und bewertet das zu ihrer Entwicklung notwendige Know-how.

Zwar wähnt Rady die Versorgung von Großräumen vorläufig nur durch zentrale Einrichtungen machbar. In der nächsten Zukunft hält er allerdings auch hier eine Dezentralisierung für möglich, und zwar durch den Einbau von Solaranlagen zu Heizzwecken/Stromversorgung. Hauptsache seiner Untersuchung ist aber der Einsatz regenerativer Energieträger in ländlichen Räumen, zur Wasserversorgung, zum Antrieb von Maschinen oder zum Ersatz fossiler Brennstoffe bei Autos/Traktoren.

Die Darstellung ist sehr technisch und über weite Strecken dem Laien kaum verständlich, wenn Rady anhand von Tabellen, mathematischen und chemischen Formeln Wirkungszusammenhänge erläutert und Wirtschaftlichkeitsberechnungen anstellt. Man muß ihm einfach vertrauen, wenn man seine Ergebnisse nicht nachrechnen und nachprüfen will. Auch nicht jedermanns Sache dürften die Bau- und Konstruktionszeichnungen von Solaröfen, Biogasanlagen oder Destillationsanlagen zur Gewinnung von Bioalkohol sein. Für den Praktiker, Techniker oder Entwicklungshelfer allerdings liefert er wichtiges und unverzichtbares Hilfswerk.

Ulrich Rupp

Infos zur Solidarität



Objektkunstwerk „Sharpeville Six“ des Dortmunder Künstlers Hartmut Schröter.

Südafrika

Aktionen für die Rettung der Sharpeville 6

Immer noch ungewiß ist derzeit das Schicksal der „Sharpeville-Sechs“ – jener sechs Schwarzen, welche im Dezember 1985 wegen angeblicher Beteiligung an der Tötung des schwarzen Stadtrates Jacob Dlamini zum Tode verurteilt worden waren.

Insbesondere der Tatsache, daß den Sechs niemals eine direkte Beteiligung an der Tat nachgewiesen wurde und ihre Verurteilung einzig auf der Grundlage der „Doktrin der gemeinsamen Absicht“ zur Durchführung der Tat fußte, waren massive, weltweite Proteste und Gnadensuche geschuldet.

Auf die nach zahlreichen gescheiterten Beruungsverhandlungen zunächst für den 18. März d.J. angesetzte Hinrichtung hatten auch die bundesdeutschen Anti-Apartheid-Kräfte mit

massiven Protestaktionen, Demonstrationen und Handlungsaufforderungen an die Bundesregierung geantwortet.

Erst nachdem der Hauptbelastungszeuge kurz vor der Hinrichtung zugegeben hatte, daß seine Aussage unter Folter erpreßt worden sei, wurde die Hinrichtung zunächst auf den 18. April d.J., dann um mehrere Monate verschoben. Der Oberste Gerichtshof in Südafrika hat es jedoch am 13. Juni d.J. abgelehnt, das Gerichtsverfahren wieder aufzunehmen. Derselbe Richter, der die Sechs zum Tode verurteilt hatte, erklärte, es gebe genügend „unstrittige Beweise“ für ihre Schuld. Die Hinrichtung wurde bis zum 19. Juli d.J. ausgesetzt.

Angesichts der Tatsache, daß die massiven weltweiten Proteste nichts an der Ablehnung einer Begnadigung der „Sharpeville-Sechs“ durch Apartheid-Chef Botha zu ändern vermochten und die westlichen Regierungen sich auf verbale Proteste beschränken, tritt die Forderung nach umfassenden Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika immer mehr in den Mittelpunkt der Diskussion.

Ausländerpolitik

GDF und Amnesty gegen neues Ausländergesetz

Die beiden türkischen Immigrantverbände Einheit für Demokratie/Europa – Föderation der Arbeiter aus der Türkei (DIBAF) und Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland (FIDEF) haben sich am 7./8. Mai d.J. auf einem Vereinigungskongreß in Duisburg zur Föderation der Immigrantvereine aus der Türkei (GDF) zusammengeschlossen. Zum Bundesvorsitzenden dieser Föderation wurde Hasan Özcan, zu seinem Stellvertreter Erol Boyraz gewählt. Dabei wurde die Notwendigkeit zur Schaffung „einer möglichst breiten Gemeinschaft der Immigranten“ hervorgehoben.

Die ca. 250 Delegierten aus 69 Städten der BRD faßten u.a. einen Beschluß gegen die geplante Verschärfung der Ausländergesetze. Darin wird Bundesinnenminister Zimmermann vorgeworfen, durch die Novellierung des Ausländergesetzes die Rechte der Immigranten zu beschneiden und die hierzulande leben-

AIB
DRITTE
WELT
ZEITSCHRIFT

Schuldenkrise

Bezahlt
wird nicht.

IM Weltbank-Kampagne 88



Sonderheft 3/1988

SCHULDENKRISE und IWF-Kampagne

Die Verschuldung ist kein **MODETHEMA**
 ● Exemplarisch: **AFRIKA** und **LATEIN-AMERIKA** ● Die **METROPOLLEN** bleiben nicht **VERSCHONT** ● **ALTERNATIVEN** zur Verschuldung ● **DOKUMENTATION** von Lösungsansätzen ● **Aufruf der IWF/WELTBANK-Kampagne** ● **BÜCHER, MATERIALIEN** und **AKTIONEN** zum Thema

36 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM

33% RABATT ab 10 Exemplaren

Vorauszahlung in Briefmarken
(2,50 DM + 0,60 DM Porto) bei Bestellung eines Exemplares

Bitte Bestellkarte benutzen

den Ausländer auszugrenzen. Der Gründungskongreß der GDF beschloß daher:

- die demokratische Öffentlichkeit in der BRD, Organisationen und Einzelpersonen, aufzufordern, gegen die o.g. Gefahren anzugehen und in dieser Sache eine Zusammenarbeit vorzuschlagen;
- die türkische Regierung sowie Parteien, Gewerkschaften und demokratische Organisationen in der Türkei über die Lage der 1,5 Mio Türken im Ausland zu informieren, um sie zu geeigneten Maßnahmen zugunsten der Immigranten zu bewegen;
- alle Immigrantensorganisationen ohne Vorbedingungen auf der „Grundlage gegenseitigen Verständnisses“ zum gemeinsamen Handeln aufzurufen.

Die bundesdeutsche Sektion von amnesty international (ai) kritisierte auf ihrer Jahresversammlung Ende Mai d.J. die geplanten Änderungen im Ausländerrecht. Dabei wurde besonders bemängelt, daß der Entwurf des Bundesinnenministeriums für ein neues Ausländeraufenthaltsgesetz (AAG) vom 1. Februar 1988 Personen, denen in ihren Heimatländern politische Verfolgung im Sinne von Haft, Folter oder Todesstrafe drohe, nicht hinreichend vor Abschiebung schütze.

Das geplante AAG sichere denjenigen Opfern von Menschenrechtsverletzungen, denen aufgrund der Spruchpraxis kein Asyl gewährt werde, auch ausländerrechtlich keinen Abschiebeschutz zu und biete somit keine Lösung für die aufenthaltsrechtliche Situation politisch Verfolgter, sondern schränke ihren Schutz weiter ein. Daher lehnt ai den Entwurf ab und fordert die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, daß den betroffenen Personen ein ausländerrechtlich verankerter Abschiebeschutz zukomme und ihnen dementsprechend eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werde.

Medien

„Pintig“ – für die Befreiung der Philippinen

Die erste Ausgabe der Philippinen-Zeitschrift „pintig“ ist jetzt von der Arbeitsgruppe Philippinen (agphi) herausgegeben worden. Das Blatt, das vierteljährlich erscheint, soll Öffentlichkeit schaffen, um die Notwendigkeit struktureller Veränderungen der philippinischen Gesellschaft aufzuzeigen.

„pintig“ will als Sprachrohr für die verschiedenen Kräfte der nationalen demokratischen Bewegung gegensätzliche Positionen ausleuchten und Entwicklungen verständlich machen. Dazu sollen vor allem Dokumente und Analysen dienen. Die Zeitschrift kann für 20 DM im Jahr bei agphi, Postfach 32, 5444 Polch bezogen werden.

Namibia

Gewerkschaftsführer wirbt für Solidarität

Auf Einladung der Anti-Apartheid-Bewegung und 10 weiterer Organisationen hielt sich der Generalsekretär der namibischen Bergarbeiter-Gewerkschaft MUN, Ben Ulunga, Ende April/Anfang Mai zu einer Rundreise in der Bundesrepublik auf. Ulunga hatte in zahlreichen Gesprächen mit Vertretern von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Solidaritätsgruppen und Jugendorganisationen sowie in vielen

öffentlichen Veranstaltungen auf die Verantwortung der Bundesrepublik für das Fortbestehen von Rassismus und Kolonialismus im von Südafrika widerrechtlich besetzten Namibia aufmerksam gemacht.

Er verwies dabei immer wieder auf die völkerrechtswidrige Kollaboration bundesdeutscher Firmen (u.a. Nukem) bei der Ausbeutung der namibischen Uranvorkommen. Die hochrangigen Gesprächspartner (u.a. NRW-Ministerpräsident Johannes Rau), die beachtliche Medienresonanz und die z.T. gewaltigen Zuhörer Massen bei seinen Auftritten (z.B. die 1. Mai-Veranstaltungen in Hannover und Hamburg und das DGB-Jugend-Konzert in West-Berlin) haben die Rundreise zu einem großen Erfolg für die Solidaritätsarbeit mit dem Befreiungskampf des namibischen Volkes gemacht.

Ökologie

Aktionen gegen Regenwaldzerstörung

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Deutsche Naturschutzring (DNR) haben in einem am 24. Mai d.J. in Bonn veröffentlichten Brief an den Präsidenten der Weltbank, Barber Conable, gefordert, daß die Weltbank keine Kredite mehr für Projekte in der Dritten Welt gewährt, die die Umwelt gefährden.

Der Weltbankpräsident wurde in dem Schreiben ersucht, Kredite nur noch dann zu vergeben, wenn in den betreffenden Ländern eine „sozial und ökologisch unbedenkliche Regionalentwicklung“ gewährleistet sei. BUND und DNR werfen der Weltbank vor, durch ihre finanzielle Unterstützung Projekte, wie etwa Staudämme, in der Dritten Welt zu fördern, „die großräumig tropische Regenwälder vernichten und den Ureinwohnern dieser Regionen ihre Lebensgrundlage entziehen“.

Seit geraumer Zeit befaßt sich auch die AG Dritte Welt der GRÜNEN im Bundestag mit den Ursachen und Konsequenzen der Zerstörung tropischer Regenwälder. Das von ihnen herausgegebene Falblatt „Raubbau am Regenwald“ sowie weitere Materialien zum Thema sind über Barbara Unmüßig, DIE GRÜNEN im Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn 1, zu erhalten.

Friedensbewegung

Aktionskonferenz beschließt neue Kampagne

Mit einer langfristig angelegten Aktions- und Informationskampagne will die Friedensbewegung die aus den Globalverhandlungen UdSSR-USA erwachsenden Chancen nutzen, um eine Abrüstungsdynamik voranzutreiben und die von NATO-Kreisen vorbereitete neue „Nachrüstung“ bzw. Ersatzaufrüstung zu bekämpfen. Dies beschloß die Aktionskonferenz der Friedensbewegung, die am 7./8. Mai d.J. in Tübingen tagte.

Die rund 400 Teilnehmer setzten sich in ihrem Abschlusdokument einerseits das Ziel, Feindbilder abzubauen (Versöhnung mit der UdSSR!) und andererseits aktive Friedensvorbereitung zu betreiben mit den Kernzielen: Atom- und Chemiewaffen abschaffen; auch konventionelle Waffen einschneidend abrüsten; das westeuropäische Atomwaffenstreben, speziell die französisch-bundesdeutsche Waffenbrüderschaft, zurückzudrängen. Dies läuft auf die Überwindung der Abschreckungslogik und des Strebens nach militärischer Überlegenheit hinaus. Und es ist verknüpft mit

einer Kampagne für die Verankerung des BRD-Atomwaffenverzichts im Grundgesetz. Die Friedensbewegung will die auf der Strategie- und Aktionskonferenz von Bonn (November 1987) entworfenen Alternativideen weiterdiskutieren und gleichzeitig ab Herbst d.J. Aktionen gegen die NATO-„Modernisierung“ starten. So am 1. Oktober in Böblingen, dem Standort der ersten deutsch-französischen Brigade, am 15. Oktober vor dem NATO-Kriegführungsbunker in Linnich und am 16./17. November anlässlich der Tagung der NATO-Versammlung in Hamburg.

Am 12. November soll in Frankfurt-Eschborn, dem Sitz des für die Genehmigung für Rüstungsexporte zuständigen Bundesamtes für Wirtschaft, eine Demonstration für den Stopp aller Rüstungsexporte stattfinden. „Die Bundesrepublik ist“, so der Aufruf, „durch ihre Rüstungsexport-Politik an den Kriegen in der 'Dritten Welt' direkt beteiligt, insbesondere auch am Iran-Irak-Krieg...“ Und: die durch Abrüstungsschritte „freiwerdenden Gelder sollen zugunsten der Beziehungen mit der Dritten Welt ... eingesetzt werden“.

Außerdem unterstützte die Tübinger Konferenz „die Aktionen, die die ausbeuterische IWF-Politik verdeutlichen und Alternativen aufzeigen sollen und ruft zu den Aktionen der IWF/Weltbank-Kampagne in Westberlin mit auf“.

SAHARA-INFO

Gesellschaft der Freunde des Saharaischen Volkes e.V.

9. Jahrgang / Nr. 3 Juni 1988 Preis: 2,50 DM



- berichtet regelmäßig über
- den Befreiungskampf der F. POLISARIO
 - die diplomatischen Auseinandersetzungen um die WESTSAHARA
 - das Leben in den Flüchtlingslagern der Sahrauis
 - die Demokratische Arabische Republik Sahara

Das
SAHARA INFO
erscheint alle 2 Monate

Jahresabonnement nur 15,- DM!
Probeheft und Abbestellung bei
GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES
SAHARAIISCHEN VOLKES e. V.
U. Hilpert, Am Wall 46
2800 Bremen 1

Sudan

Moslebrüder in neuer Regierung

Die Regierungskrise, die seit August 1987 zwischen den beiden Koalitionspartnern, der Umma-Partei des Premierministers Sadek al Mahdi und der Demokratischen Unionistischen Partei (DUP) schwelte, wurde am 16. Mai d.J. durch die Bildung einer Regierung der „nationalen Einheit“ beigelegt. Bedeutend ist dabei die Übernahme von Ministerposten durch die Nationale Islamische Front (NIF), der politischen Vertretung der Moslebrüder und drittstärksten Partei im Parlament.

Auf ihr Verlangen hin soll das islamische Rechtssystem, die Sharia, wieder in Kraft gesetzt werden. Sie war 1983 unter der Regierung Numeiri vom damaligen und jetzigen Justizminister, Hassan al Tourabi, dem Führer der NIF eingeführt worden. Dies war mit ein Grund für den Sturz Numeiris im April 1985 und das Wiederaufflammen des Bürgerkrieges im nichtmoslemischen Süden. Die in der Sharia vorgesehenen körperlichen Strafen – Amputationen, Geißelungen und Steinigungen – waren nach 1985 ausgesetzt worden.

Der Regierungseintritt der Moslebrüder ist auf scharfen Protest der Linken und der meisten Parteien des Südens gestoßen. Die Regierung hat unterdessen die Opposition davor gewarnt, die Gewerkschaften für politische Zwecke zu benutzen und insbesondere die Regierung an der Einführung der Sharia zu hindern. Innenminister General Abdel Majid Khalil warf der Kommunistischen Partei vor, „Streiks und Protestbewegungen zu initiieren“. Am 22. Mai d.J. war es in Omdourman, in der Nähe der Hauptstadt Karthum, und in Atbara, 280 km nördlich davon, zu Streiks und Demonstrationen gegen Brot- und Stromknappheit gekommen.

Libanon

Hizbollah verdrängt die Amal in Ost-Beirut

Mehr als 250 Tote und 800 Verletzte sind die blutige Bilanz der jüngsten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Schiitenmilizen von der proiranischen Hizbollah und der pro-syrischen Amal im Süden Beiruts. Die Kämpfe, die zu großen Geländegewinnen der Hizbollah führten, waren am 6. Mai d.J. aufgeflammt, nachdem die Hizbollah sich geweigert hatte, drei des Mordes verdächtige Mitglieder ihrer Organisation an die Amal auszuliefern.

Den tieferen Hintergrund für die Eskalation der Kämpfe bildete allerdings die anhaltende Rivalität der beiden Schiitengruppen um die Vorherrschaft im Südlibanon. Diese insbesondere von Hizbollah für Aktionen gegen Israel, das immer noch einen sog. Sicherheitsstreifen im Südlibanon besetzt hält, genutzte Region war Anfang April zunehmend unter den Einfluß der Amal geraten. Zusätzlich angeheizt wurden die Kämpfe durch zwei israelische Militäraktionen im Südlibanon am 2. und 22. Mai d.J., welche insbesondere gegen die Hizbollah gerichtet waren und die Bewegung mehr als 40 Kämpfer kosteten.

Syrien, das seit Februar 1987 mit einem Truppenkontingent als Ordnungsmacht im Südlibanon präsent ist, zögerte mit einer Intervention zugunsten der von ihm unterstützten

Amal und zur Beendigung der Kämpfe. Es wollte sein Zweckbündnis mit dem Iran, welcher die Hizbollah finanziell und militärisch fördert, nicht gefährden. Erst nachdem in langwierigen syrisch-iranischen Verhandlungen Einigkeit darüber erzielt worden war, keine vollständige Entwaffnung der Schiitenmilizen vorzunehmen, wurden die Kämpfe durch die am 27. Mai in Süd-Beirut einrückenden syrischen Soldaten beendet. Von einer grundsätzlichen Befriedung Südlibanons kann hingegen keine Rede sein.

Algerien-Marokko

Annäherung auf Kosten der POLISARIO?

Am 16. Mai d.J. vereinbarten Algerien und Marokko, diplomatische Beziehungen wieder aufzunehmen und das Verhältnis zwischen beiden Staaten zu normalisieren. Marokko hatte 1976 die Beziehungen abgebrochen, nachdem Algerien die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) anerkannt hatte. Die DARS war von der Volksfront für die Befreiung von Saguia el-Hamra und Rio de Oro (POLISARIO), die am 20. Mai d.J. den 15. Jahrestag ihrer Gründung feierte, in der von Marokko besetzten Westsahara ausgerufen worden.

Mauretanien, Tunesien und Libyen hatten eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Algerien und Marokko zur Voraussetzung für eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Staaten der Region gemacht. Alger hatte in letzter Zeit mehrere Initiativen ergriffen, um die Integration der Maghreb-Staaten voranzutreiben.

Im gemeinsamen algerisch-marokkanischen Kommuniqué wird zur Lösung des Westsahara-Konfliktes die Abhaltung eines Selbstbestimmungsreferendums befürwortet. Die DARS, die mittlerweile von 71 Staaten, darunter der Mehrheit der afrikanischen, anerkannt ist, begrüßte die Annäherung zwischen Algerien und

Guatemala

Putschversuch gescheitert

Am 11. Mai d.J. versuchte ein Teil der Armee gegen die seit Januar 1986 in Guatemala amtierende Regierung des Christdemokraten Vinicio Cerezo zu putschen. Die Rebellion konnte nach wenigen Stunden von regimetreuen Truppen unter Führung von Verteidigungsminister Hector Gramajo unblutig beendet werden.

Nach offiziellen Angaben beteiligten sich an der Erhebung ca. 1.000 Soldaten und Offiziere zweier Garnisonen in Jutiapa und Retalhuleu. Nach neuesten Erkenntnissen aber waren weit mehr Personen verwickelt, als bisher angenommen. Insgesamt werden acht Zivilisten und 10 Militärs direkt verantwortlich gemacht, unter ihnen auch der Generalsekretär der rechtgerichteten Nationalistischen Partei, Mario Castejon, und der ehemalige Präsidentschaftskandidat des Authentischen Nationalistischen Zentrums (CAN), Gustavo Anzueto Vielman. Mindestens 10 Offiziere des Heeres befinden sich nun in Untersuchungshaft. Einige hohe Offiziere wurden strafversetzt. Oberst Galvéz Cortéz, der im Verteidigungsministerium arbeitete, wurde aus dem Militärdienst entlassen,

Rabat, da sie die Chancen für die Erreichung des Friedens verbessere. Wie die UNO und die OAU fordert die DARS jedoch weiterhin direkte Verhandlungen mit Marokko und die Abhaltung eines Referendums nach dem Abzug von marokkanischen Truppen, Verwaltung und Siedlern. Dies wird weiterhin von Marokko abgelehnt.

Ecuador

Borja gewinnt Präsidentschaftswahl

Bei der Stichwahl am 8. Mai d.J. wurde der Sozialdemokrat Rodrigo Borja zu neuen Präsidenten Ecuadors gewählt. Nach heftigem Wahlkampf siegte der Anwalt mit 54,1% der Stimmen über seinen populistischen Rivalen Abdala Bucaram von der Roldoistischen Partei (PRE). Die zweite Wahlrunde war notwendig geworden, da beim ersten Urnengang am 31. Januar d.J. keiner der Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit erlangt hatte (vgl. AIB 4/1988, S. 50f.).

Am 10. August d.J. wird Borja, dessen Partei der Demokratischen Linken (PID) mit 30 von 71 Sitzen über den größten geschlossenen Block im Parlament verfügt, seinen konservativen Vorgänger Leon Febres Cordero ablösen. Zur Bekämpfung der schweren Wirtschaftskrise will der künftige Präsident Reformen in der Landwirtschaft, im Finanzsektor und im sozialen Bereich einleiten.

Durch Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung will er die Produktion ankurbeln. Borja tritt für eine verstärkte staatliche Planung ein, ohne jedoch das Prinzip der gemischten Wirtschaft durch Verstaatlichungen anzutasten. Der neue Präsident kündigte außenpolitisch die sofortige Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nicaragua, eine aktive Mitarbeit seines Landes in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, der Contadora-Gruppe und in der Gruppe der Acht an, unter Betonung der nationalen Souveränität Ecuadors gegenüber den USA.

die Namen von fünf am gescheiterten Staatsstreich beteiligten Zivilisten den Gerichten zwecks Einleitung von Untersuchungen bekanntgegeben.

Während Gramajo und Cerezo den Putschversuch als „Disziplinlosigkeit“ und „eine emotionale Reaktion“ einiger von rechtsextremen Elementen beeinflusster Militärs herunterspielten, beurteilen viele Beobachter die Hintergründe als tiefreichender. Sie benennen als Anführer eine geheime Gruppe rechtsextremer Offiziere, die wiederholt in der Presse als „Offiziere der Berge“ gegen die Regierung und den Verteidigungsminister gehetzt hatten. Finanziell und politisch unterstützt wurden sie nicht nur von rechten Politikern und Parteien, sondern auch von Privatunternehmern und Medienvertretern, die die wenigen sozialen und politischen Zugeständnisse der Regierung revidieren wollen.

Der ultrarechte Flügel der Armee opponiert sich nun in Untersuchungshaft. Einige hohe Offiziere wurden strafversetzt. Oberst Galvéz Cortéz, der im Verteidigungsministerium arbeitete, wurde aus dem Militärdienst entlassen,

Revolutionären Einheit Guatemalas (URNG) im Rahmen des Esquipulas-Friedensplanes. Eine neue Dialogrunde zwischen der Nationalen Versöhnungskommission (CNR) und der URNG war für den 21. und 22. Mai d.J. in San José (Costa Rica) vorgesehen. Die Ultra-rechten fordern als Vorbedingung für weitere Verhandlungen die bedingungslose Kapitulation der Aufständischen und lehnen jegliche Beteiligung der linken Opposition an politischen Entscheidungen ab.

Die Militärerhebung wird auch als Versuch interpretiert, den der Regierung nahestehenden Gramajo-Flügel in den Streitkräften (also die Militärspitze) durch eine rechtsgerichtete Alternative zu ersetzen, die noch härter gegen die Guerilla durchgreift und gegen die demokratischen Massenorganisationen vorgeht. Obwohl der Putschversuch fehlgeschlagen ist, ist er doch, zumindest für die Streitkräfte, als Erfolg zu werten.

Die CNR gab bekannt, daß die Gespräche mit der Guerilla wegen der schwierigen internen Situation des Landes erst einmal verschoben werden. Cerezo beeilte sich zu versichern, die Regierung wolle künftig den Bedürfnissen des Militärs stärkere Beachtung schenken.

Hinter dieser Haltung steckt auch die Angst, daß die Militärs bei einem als zu hart empfundenen Vorgehen gegen die Putschisten einen zweiten, diesmal erfolgreichen Handstreich durchführen könnten. Die Warnungen dazu sind unüberhörbar. Zwei Generale, die von Gramajo als „mit der gegenwärtigen Heeresführung unzufrieden“ bezeichnet werden, äußerten die Ansicht, eine Bestrafung der in den Umsturzversuch verwickelten Offiziere könnte zu einer „allgemeinen Erhebung im Heer“ führe.

Ökologie

Giftmüll für die Dritte Welt

Um Umweltschutzaufgaben und die hohen Kosten für die Giftmüllbeseitigung zu umgehen, exportieren westeuropäische und US-amerikanische Firmen schädliche Produktionsrückstände verstärkt in Länder der Dritten Welt. Sie nutzen dabei die wirtschaftliche Notlage und die geringen Kontrollmöglichkeiten dieser Länder aus.

In einer Resolution hat die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) Ende Mai d.J. auf ihrem Gipfel in Addis Abeba diese Praktiken verurteilt. Anlaß hierfür waren u.a. Verträge zwischen Guinea-Bissau und westeuropäischen Unternehmen, in denen sich der westafrikanische Staat bereit erklärt hatte, 15 Mio t Giftmüll zum Preis von 40 \$/t aufzunehmen. Die Einnahmen würden den zweifachen Gegenwert der Auslandsschulden des Landes ausmachen. Die Regierung will die Verträge jetzt annullieren.

Auch Benin soll im Januar d.J. die Aufnahme von bis zu 5 Mio t Giftmüll jährlich zum Preis von 2,50 \$/t vereinbart haben. Außerdem will die französische Regierung dem westafrikanischen Staat zusätzliche Finanzhilfe über 30 Jahre als Ausgleich für die Lagerung von Atom-müll gewähren.

In andere Länder wird der Giftmüll auch illegal eingeführt. So forderte die nigerianische Regierung Anfang Juni d.J. Italien auf, 1.200 t gefährlicher Chemikalien zurückzunehmen. Die Lieferung war ohne Wissen der Regierung zwischen italienischen und nigerianischen Geschäftsleuten vereinbart worden.

Ähnlich erging es auch der Türkei. 1.581 t PCB-haltiger Farb-, Lack- und Lösemittelreste waren illegal aus Baden-Württemberg importiert worden. Das türkische Parlament be-

schloß daraufhin einen Importstopp für Giftmüll. Bundesumweltminister Töpfer und sein türkischer Amtskollege Atasoy vereinbarten Anfang Mai d.J., daß der Giftmüll von der Bundesrepublik zurückgenommen wird.

Paraguay

Opposition nutzt Papst-Besuch

Zum Abschluß seiner neunten Lateinamerika-reise weilte Papst Paul II. vom 16.-18. Mai d.J. in Paraguay. Da die Diktatur unter General Alfredo Stroessner ein Zusammentreffen des Papstes mit Vertretern der Opposition zunächst verboten hatte, war der Besuch in Frage gestellt worden. Erst durch massiven Druck des Vatikans, des katholischen Episkopats sowie breiter Kreise der Oppositionsbewegung wurde die Regierung zum Einlenken bewegt. Zu keiner Zeit geriet der Besuch des Papstes zu der für das Regime Stroessner und seiner regierenden Coloradopartei erhofften politischen Anerkennung und Stabilisierung. Der Papst sprach sich für eine Landreform zugunsten landloser Bauern, für die Einhaltung der Menschen- und Bürgerrechte sowie für das soziale und politische Engagement der Kirche aus.

Die von Hunderttausenden besuchten Messen und Kundgebungen nahmen Züge von Protestdemonstrationen an, bei denen Parolen wie „Demokratie und Freiheit sind das, was Paraguay wünscht“ und „Nieder mit den Unterdrückern“ gerufen wurden. Außerdem fanden parallel zur Papstvisite Hungerstreiks von 15 Oppositionsgruppen statt.

Neukaledonien

Soldaten ermorden Befreiungskämpfer

Am 29. Mai d.J. ordnete der neue französische Justizminister Pierre Arpaillange eine Untersuchung wegen Mordes und Körperverletzung mit Todesfolge an, um die Umstände aufzuklären, unter denen 19 Kämpfer der Sozialistischen Kanakischen Nationalen Befreiungsfront (FLNKS) bei einer Geiselbefreiung durch die französische Armee am 5. Mai d.J. ums Leben kamen.

Nach Zeugenaussagen, soll Alphonse Dianou, der Chef des FLNKS-Kommandos, das seit dem 23. April d.J. 23 Polizisten in seine Gewalt gebracht und vier getötet hatte, nachdem er sich ergeben hatte, ins Bein geschossen worden sein. Nach anschließenden Mißhandlungen

habe man ihn verbluten lassen. Zwei weitere Mitglieder des Kommandos seien nach der Geiselbefreiung kaltblütig ermordet worden. Erst nachdem die Presse die verschiedenen Zeugenaussagen öffentlich gemacht hatte, mußte Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement eine Untersuchung zulassen. Er warf dem damaligen Präsidenten Jacques Chirac vor, die Geiselbefreiung drei Tage vor der zweiten Runde der französischen Präsidentschaftswahlen angeordnet zu haben, um daraus politisch Kapital zu schlagen, und die Verhandlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft zu haben.

Während 29 Kanaken bereits nach Paris gebracht wurden, um ihnen den Prozeß zu machen, wird wegen der beschränkten Möglichkeiten der Justiz, Verbrechen in den Streitkräften nachzugehen, mit monatelangen Verzögerungen gerechnet und werden die Erfolgsaussichten als gering eingeschätzt. Einen Monat nach der Geiselbefreiung, hatte nicht einmal eine Obduktion der ermordeten Kanaken stattgefunden.

Sri Lanka

JVP-Terror gegen Regionalwahlen

Bei der zweiten Runde der Provinzwahlen am 2. Juni d.J. in der West- und Zentralprovinz konnte sich die regierende Vereinigte Nationalpartei (UNP) – wie zuvor schon am 28. April d.J. – diesmal mit 87 von 158 Sitzen durchsetzen. Die Vereinigte Sozialistische Allianz (USA) erreichte 60, der Moslemische Kongreß 9 und die Liberale Partei 2 Sitze.

Überschattet wurden Wahlkampf und Abstimmung durch die anhaltende Attentatsserie der extrem nationalistischen Volksbefreiungsfront (JVP), die mehr als 20 Mitglieder und Kandidaten vorwiegend der UNP, darunter ihr Generalsekretär Nandalal Fernando, das Leben kostete. Die UNP unterstützt das indisch-srilankische Abkommen vom 29.7.1987 zur Beilegung des Tamilenkonflikts und wird deshalb von der JVP bekämpft (siehe AIB 6/1988, S. 66).

Die Erklärung des Sicherheitsministers Lalith Athulathmudali vom 10. Mai d.J., daß es zwischen Regierung und JVP zu einem Abkommen gekommen sei, welches die Legalisierung der JVP für den Fall ihrer Waffenübergabe vorsähe, hat sich inzwischen als haltlos erwiesen. JVP-Führer Rohana Wijeweera verneinte, daß überhaupt jemals ein JVP-Mitglied autorisiert worden wäre, ein solches Abkommen zu unterzeichnen.

Französische Angehörige von Sondereinheiten führen einen überlebenden FLNKS-Kämpfer ab.

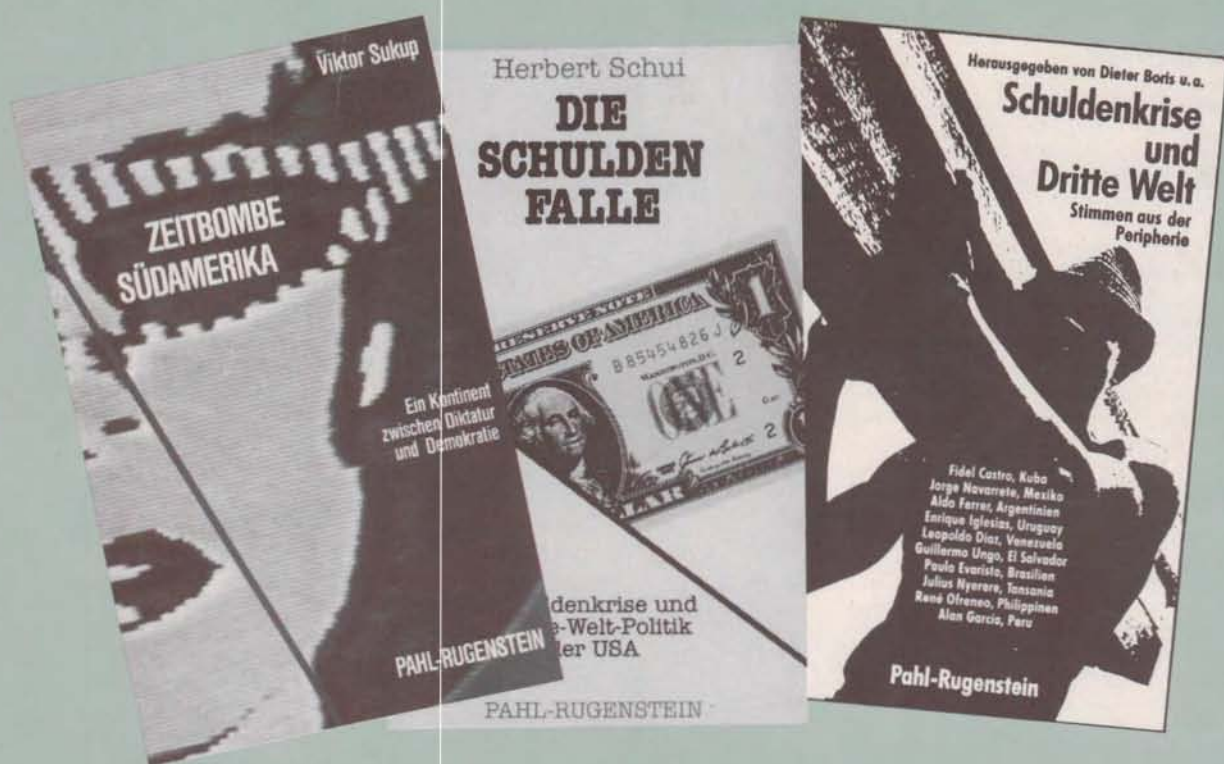


Wir verschenken

Bücher . . .

. . . an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen oder die **DRITTE WELT** verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Viktor Sukup
Zeitbombe Südamerika
Ein Kontinent zwischen
Diktatur und Demokratie
Pahl-Rugenstein
272 Seiten, 14,80 DM

Herbert Schul
Die Schuldenfalle
Schuldenkrise
und Dritte-Welt-Politik der USA
Pahl-Rugenstein
184 Seiten, 14,80 DM

Dieter Boris u. a. (Hg.)
Schuldenkrise und Dritte Welt
Stimmen aus der Peripherie
Pahl-Rugenstein
240 Seiten, 14,80 DM